

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochpreisigste Koloniale oder deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellensuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Sozialpolitik des Kolonial-Amtes.

Anfang November vorigen Jahres war dem „Vorwärts“ aus Kiel gemeldet worden, daß sich eine Anzahl Metallarbeiter der kaiserlichen Werft, Maschinenschlosser, Schmiede, Dreher usw., für Südwestafrika hatte anwerben lassen, um dort den Stamm der Arbeiter für die Betriebsverfälschung der Eisenbahnstrecke Lüderichbuch-Stubub zu bilden. Unserem Kieler Korrespondenten hatte der Kontrakt vorgelegen, durch den sich diese Arbeiter auf drei Jahre der Verwaltung des Schutzgebietes verschrieben hatten, und es war aus den Bestimmungen des Vertrages im einzelnen nachgewiesen worden, daß für die Arbeiter, trotz des in Aussicht gestellten hohen Lohnes — 2400 Mark pro Jahr bei freier Unterkunft — das Engagement ein ähnlich zweifelhaftes Unternehmen im kleinen bedeutete, wie für das deutsche Volk das südwestafrikanische Kolonialabenteuer im großen. Abgesehen von den Paragraphen, die in ganz einseitiger Fassung der Kolonialverwaltung die Lösung des Vertrags jederzeit offen hielten, während die Arbeiter bei vorzeitigem Verlassen des Dienstes aller ihrer Rechte verlustig gehen sollten, erschien äußerst bedenklich zumal die grundlegende Bedingung, daß die Arbeiter als Angehörige des Mannschafsbefandes der Schutzgebiete betrachtet und dem Kommandeur der Truppen, mithin der militärischen Disziplinargewalt unterstellt werden sollten.

Unter diesen Umständen hält es der „Vorwärts“ für seine Pflicht, die deutschen Arbeiter vor dem Engagement nach Südwestafrika eindringlich zu warnen. Wie berechtigt diese Warnung gewesen, geht jetzt aus einem Schreiben hervor, das einer jener Betörten, ein organisierter Metallarbeiter, an einen Freund in Kiel gerichtet hat. Wir geben nachstehend den wesentlichen Inhalt des Briefes im Wortlaut des Originals ausführlich wieder, einmal, weil er die sozialpolitischen Praktiken der Kolonialverwaltung in das hellste Licht rückt, dann aber, weil er Vorgänge schildert, die, wie unsere Leser gleich sehen werden, das Belastungsmaterial wider unsere Kolonialwirtschaft um ein ganz unglaubliches Kapitel vermehren.

Es heißt in dem Schreiben, das aus Karibib vom 3. Juni datiert ist:

... Die Sache hat sich hier mächtig geändert. Am Himmelfahrtstage sollten wir hier arbeiten, es wurde uns dies abends zuvor durch den Werkführer mitgeteilt. Es sollte den ganzen Tag, wie gewöhnlich, das sind acht normale Arbeitsstunden und die übliche Ueberstunde, gearbeitet werden. Da uns dies für einen Feiertag etwas Neues war, es wurde sonst nur bis mittags gearbeitet, fragten wir sofort, was dafür bezahlt würde. Die Antwort lautete: 9 Stunden, 9 x 80 = 7,20 M. Das wäre noch weniger gewesen, wie wir sonst Tagesverdienst haben. Unter diesen Umständen dankten wir natürlich für die Arbeit, da es sonst für den halben Sonntag 7 Stunden gab, in der richtigen Voraussetzung, daß der Ueberstundenlohn von 80 Pf. im Verhältnis zu unserem Verdienst zu niedrig ist, vorläufig aber keine Neuregelung stattgefunden hat; so ward es allgemein üblich, einige Stunden mehr zu schreiben.

Es erschienen nun am Himmelfahrtmorgen circa 5-6 Mann von 50 zur Arbeit. Wie der Maschinenmeister in die Werkstätte kam, war derselbe ziemlich perplex, daß wohl die Betriebsmaschine lief, aber weder Drehbänke noch Schraubstöcke besetzt waren. Bis mittags befanden wir uns alle im Besitz eines höflichen Schreibens, worin wir gebeten wurden, die Gründe anzugeben, die uns zum Nichterscheinen zum Dienst veranlaßt hätten. Wir, ebenso höflich, beantworteten dieses Schreiben. Zwei Kollegen, W. A. (Verband) und J. W. (Verband), verbateten sich in dem Schreiben noch eine beleidigende Äußerung des Maschinenmeisters, der in einer Auseinandersetzung mit Kollegen W. über die Arbeit sich in der Erregung zu der Äußerung verließ, wir wären ihm alle noch viel zu grün. (Einige Kollegen von uns sind dabei älter wie er.)

Am nächsten Morgen prangte nun folgender Was am schwarzen Brett:

„Sämtlichen Leuten, die gestern der Arbeit unentschuldig ferngeblieben sind, wird für diesen Tag der Proviant entzogen.“  
 gez. Hälbig, Hauptmann (hier Betriebsleiter) in Vert.: Reichhof, Maschinenmeister.“

Wir erklärten natürlich sofort den Herren, daß sie sich durch eine derartige Maßregel gegen unseren Vertrag vergehen würden. Nach einigem Hin- und Herreden leuchtete den Herren dies denn auch ein und der Was wurde zurückgenommen. Die Kollegen A. und W. wurden wegen der oben angeführten Äußerung im Briefe vor dem Hauptmann zitiert und erhielten nach einer scharfen Aussprache jeder 3 Tage Arrest (W. gelinden, A. mittel).

Ich muß hier einschalten, daß wir, die aktiv gedient haben, militärisch eingezogen sind, mit unserer Einwilligung, seit dem 19. 2. 06; werden jedoch demnächst auf Antrag wieder entlassen werden. Von den älteren Kollegen, die schon mehrere Jahre hier beschäftigt sind, wurden zwei entlassen. Grund: „Sie sind unzufrieden, Sie sind entlassen.“ (Ausspruch des Maschinenmeisters Reichhof.) Beide waren durchaus tüchtige Arbeiter, fanden auch keine Annahme bei der Otawibahn, da von hier dorthin telephoniert wurde, also ganz wie zu Hause. Das war eins.

2. Am 26. 5. 06 war in Berlin Reichstags-Sitzung, es den laut Bericht abgelehnt in dritter Lesung der Bahnbau Stubub-Stetmanshoop und die weitere Entschädigung für die Farmer. Am

28. 5. 06 nachmittags wurde hier folgender Anschlag (Telegramm des Auswärtigen Amtes) angeschlagen:

1. Die Zulagen und Vergünstigungen kommen ab 1. Juni in Fortfall.
2. Nacht- und Sonntagsfahrten werden nicht mehr vergütet.
3. Kilometergelder werden wie früher gezahlt (jetzt für Fahrer 5 Pf., für Fahrer 3 Pf., frühere Sätze 3 bzw. 1 Pf.).
4. Ueberstunden dürfen nicht mehr gemacht werden.

Auswärtiges Amt  
 gez.: Voc.  
 Nach diesem Was wollte natürlich sofort alles aufhören. Es erfolgte nun am 20. 5. 06 folgender Verhängungsantrag:

1. Das Hinstel (Zulage) wird weiter gezahlt.
2. Proviant erhalten nur diejenigen, die militärisch eingezogen sind, nicht die Kapitalanten (d. h. die im Verhältnis stehen, aber der Disziplinargewalt unterstellt sind).
3. Ueberstunden dürfen nur von Handwerkern der Werkstätten gemacht werden.

Clappenkommando Karibib.  
 (Unterschrift nicht lesbar.)  
 Die zweite Verfügung kann nur provisorisch sein, da sie nicht wie die erste gezeichnet ist. Wir, d. h. sämtliche Kontraktler, kamen nun dahin überein, folgenden Antrag zu stellen: 100 M. Zulage und 1,50 M. für die Ueberstunden. Dieser Antrag ist abgelehnt, versehen mit unseren Namen und der Verantwortung der Vorgesetzten, die durch den Erlaß ebenso getroffen werden, wie wir. Das Ding muß nach Berlin und können einige Monate ins Land gehen, ehe wir Antwort erhalten.

Inzwischen haben wir eine Eingabe an die Betriebsleitung in Windhak gemacht betreffs des Abzuges von Proviant. Wir haben darauf hingewiesen, daß der Erlaß direkt ein Verstoß gegen unseren Kontrakt ist, wo es im § 3 Absatz 3 folgendermaßen heißt:  
 „Auf die durch den augenblicklichen Kriegszustand im Schutzgebiete bedingten besonderen Vergütungen und Vergünstigungen hat der Vertragsschließende nach den darüber erlassenen allgemeinen Bestimmungen Anspruch.“  
 Es ist hier aber noch nichts darüber bekannt, daß der Kriegszustand als beendet erklärt ist. Bleibt die Eingabe erfolglos, dann Klage.

Diese unsere Zulage, das Hinstel und der Proviant, machen circa 110-120 Mark aus. Ohne Proviant muß man 120-130 Mark allein für Kost zahlen. Also mit 200 Mark auszukommen, ist ein Un Ding. Die Truppe erhält 88 Mark monatlich; rechnet die Verpflegung mit nur 100 Mark, dazu sämtliche Bekleidung frei, so ergibt sich, daß der Soldat circa 50 Mark monatlich mehr verdienen würde, wie wir bei dem bloßen Gehalt von 200 Mark. Ein Un Ding!

Da bei der Otawibahn gleichfalls Abzüge versucht wurden, sie wurden allerdings nach eintägigem Streik wieder zurückgenommen, so ist keinem Handwerker zu raten, nach hier zu kommen. Es sei denn, er hätte Kontrakt mit einem Mindestgehalt von 350 M. und freier Wohnung (nicht etwa „Unterkunft“). Die Fluktuation unter den nicht kontraktlichen Arbeitern ist naturgemäß unter diesen Verhältnissen eine große. Wenn wir keine Zugeständnisse bekommen, dann wird wohl nach Ablauf des ersten Jahres keiner mehr hier sein.

Ich glaube, es sind hier von der Leitung weitere Arbeitskräfte vom Auswärtigen Amt verlangt worden (Mitte Mai), mit besonderem Hinweis auf Kieler. Wir haben sonst hier ja auch mit der Leitung bisher gut gearbeitet. Unter den jetzigen Verhältnissen aber wäre es vielleicht zweckmäßig, daß die Kieler Oberwerftdirektion darauf verwiesen würde, daß sie tüchtige Arbeitskräfte entliehe, diese hier aber ablosat das nicht finden, was versprochen wird, denn mit 3,80 Mark Tagelohn ist's drüben besser, wie hier mit 250 Mark (Monats-) Gehalt.

NB. Der Bahnbau ist ja abgelehnt, das Material ist jedoch bereits an Ort und Stelle und der Bau wird wohl auch begonnen. (Verhängte Nachricht).

So weit der Brief. Die allgemeine Schilderung der Arbeitsverhältnisse spricht ohne Kommentar in dem eingangs erwähnten Sinne für sich selbst, und die Warnungen des Schreibers werden auf abenteuerlustige Kollegen ihre Wirkung gewiß nicht verfehlen. So niedrig wie möglich aber verdient der Passus des Schreibens gehängt zu werden, in dem erzählt wird, wie die Reichsregierung bzw. das Auswärtige Amt versucht hat, die Schlappe, die sie in jener denkwürdigen Reichstags-Sitzung vom 26. Mai dieses Jahres erlitten hat, an den Arbeitern im südwestafrikanischen Schutzgebiet (wer wird doch eigentlich geschickt?) zu rächen. Am Sonnabend, den 26. Mai, wird in Berlin im Reichstage die Fortführung der Bahn Lüderichbuch-Stubub nach Stetmanshoop abgelehnt, und am Montag darauf prangt bereits in der Betriebswerkstatt zu Karibib der telegraphische Was des Auswärtigen Amtes, durch den entgegen den kontraktlichen Zusicherungen den Arbeitern der Drohkorb höher gehängt wird! Der innere Zusammenhang dieser Vorgänge liegt auf der Hand, in wörtlichem Sinne ein innerer Zusammenhang, insofern er allein in der ganz unglaublichen, logisch wie psychologisch perleren Weißesverfassung der für diese „Verfügung“ verantwortlichen Stellen des Auswärtigen Amtes begründet ist, die folgermaßen die Arbeiter in Südwestafrika zu Prügelknaben der blamablen Niederlage machen wollten, die der Regierung in jener Reichstags-Sitzung das Ungeheuer ihrer Vertreter verschafft hat. Nur durch ihre entschlossene Haltung

und die Drohung, sofort die Arbeit niederzulegen, haben es die Arbeiter durchgesetzt, daß von der örtlichen Betriebsleitung der skandalöse Streich des Auswärtigen Amtes damals provisorisch pariert wurde.

Gegenüber dem empörenden Gewaltakt, den der Vorgang an sich darstellt, verschwindet ganz der gravierende Neben- umstand, daß der Erlaß des Auswärtigen Amtes auch noch einen eklatanten Kontraktbruch gegenüber den in die südwestafrikanische Wüste gelockten Arbeitern bedeutet. Von welcher finanziellen Tragweite aber für die Arbeiter die Entziehung des ihnen kontraktlich zustehenden freien Proviantes ist, geht aus den sogar vom Obersten Deimling im Reichstage angeführten exorbitanten Preisen der Lebenshaltung in Südwestafrika ohne weiteres hervor und der Ausfall ist mit 100 M. pro Monat in der Forderung der Arbeiter gewiß nicht zu hoch veranschlagt, wie denn auch die Bemerkung des Briefschreibers, daß der Kieler Werfttagelohn von 3,80 M. einem südwestafrikanischen Monatsgehalt von 250 M. vorzuziehen ist, sicher den Tatsachen entspricht.

Danach kann man lebhaft bezweifeln, ob das Material, das der Abgeordnete Erzberger neuerdings gegen die koloniale Wirtschaft „auspacken“ zu wollen gedroht hat, Posten von auch nur annähernd so aufreizendem Charakter, wie die in diesem Briefe geschilderten Vorgänge, enthalten wird.

## Die russische Revolution.

### Aufruf der Sozialdemokratie Polens.

Das Zentralkomitee der Russischen Sozialdemokratie hat aus Anlaß der Dumaauflösung ein Flugblatt herausgegeben, in dem es die vom Proletariat in der nächsten Zeit zu befolgende Taktik feststellt. Das Flugblatt kritisiert scharf die Mängel und Schwächen der Duma und der in ihr vorherrschenden „liberalen“ Partei; es weist auf den Scheitern des Konstitutionalismus der Duma hin und auf die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für eine konstituierende Versammlung: „Die Zeit der liberalen Reden ist zu Ende, die Zeit des revolutionären Kampfes bricht an.“ — Das Zentralkomitee warnt das Proletariat vor den Provokationen der Regierung, die durch die Dumaauflösung das Volk in einen unbesonnenen Verzweiflungsaufstand heben wolle, um diesen in einem Meer von Blut zu ertrinken: „Arbeiter! Zeigt, daß das revolutionäre Volk der seiner harrenden wichtigen Aufgabe gewachsen ist. Keine unbesonnenen Aufstände! Keine planlosen, spontanen Streiks! Das polnische Proletariat kann den entscheidenden Kampf wagen nur im Verein mit seinen russischen Brüdern, nur wenn zu ihm die Kunde bringt von dem Aufstand in Petersburg, in Moskau, im Herzen Russlands; denn das Proletariat kann in den Kampf rücken nur als eine geschlossene, festgefügte revolutionäre Armee. Arbeiter! An Euch ist die Reihe, zu zeigen, wie groß die politische Reife, der revolutionäre Mut und die Kraft des Proletariats ist. Die Helden des Wortes — die liberale Bourgeoisie — sind von der politischen Szene verschwunden. Die Helden der Tat — das Proletariat — treten auf. Laßt Euch nicht von den verächtlichen Provokationen der zarischen Schergen betören. Drohendes Schwelgen und Vereinfachung zum unerbittlichen Kampfe in Reich und Glied mit dem revolutionären Volke ganz Russlands — dies sei unsere Losung!  
 Nieder mit der liberalen Komödie! Es lebe die Revolution!  
 Nieder mit der Selbstherrschschaft! Es lebe die allrussische konstituierende Versammlung!  
 Es lebe die demokratische Republik!

Petersburg, 30. Juli. (Von einem Spezialkorrespondenten.) Die Arbeitsgruppe und die sozialdemokratische Fraktion der aufgelösten Duma bereiten die Verfassungskonferenz eines Aufrufes an die Armee und die Flotte vor, in dem sie diese auffordern, der Regierung den Gehorsam zu kündigen und mit den regelmäßig gewählten Volksvertretern den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen, die durch eine Verhöhnung mit Österreich und Deutschland über eine eventuelle Einmischung sich des Landesverrats schuldig gemacht habe.

## In Wiborg

### Petersburg, 24. Juli. (Eig. Ber.)

Der Bahnsinn der Verzweiflung der russischen Regierung hat sich also in verzweifelter Wahn sinn verwandelt. Die Duma ist aufgelöst, das Schwungrad der Revolution in Bewegung gesetzt. Sehr vorsichtig, arglistig, schlau hat die Regierung die Auflösung der Duma bekannt gemacht. Sie hat dazu einen Sonntag, wo es keine Sitzung gibt, erwählt! Keiner Zeitung war es möglich, die Bevölkerung zu benachrichtigen, und nur in der „Rossija“ und im „Regierungsboten“ wurde der kurze Was an den Senat veröffentlicht. Die Türen der Duma sind versiegelt, die Volksabgeordneten begegnen frechen Wächtern und Polizisten, die sie ironisch auf den Auflösungsakt hinweisen, der hier an die Posten angeschlagen ist. Am selben Sonntag reisten 180 Mitglieder der Duma: Kadetten, Sozialdemokraten und Mitglieder der Arbeitsgruppe, nach Wiborg, wo man über das Weitere beratschlagen wollte. Vor allem haben Beratungen einzelner Fraktionen stattgefunden und dann eine gemeinsame Sitzung der anwesenden Duma-Mitglieder. Für die Kadetten galt es, die Frage zu lösen: Mit der Bürokratie gegen das Volk oder mit dem Volk gegen die Bürokratie? Die frühere Politik weiter zu verfolgen oder sie scharf ändern?  
 Die sozialdemokratische und die Arbeitsgruppe stellten das Ultimatum, daß sie ihre Unterschriften nur dann geben würden, wenn der Aufruf das Volk klar und deutlich zum Kampfe auf-fordern werde zur Nichtbezahlung der Steuern und zur Nichtstellung von Rekruten, und wenn die Regierung für vogelfrei erklärt werden würde.  
 Am Sonntag waren die Kadetten noch sehr nervös gestimmt und mit jener Bedingung, wenn auch nicht so scharfer Formulierung, einverstanden. Um 2 1/2 Uhr nachts wurde die Sitzung

unterbrochen, damit die Kommission den definitiven Text des Manifestes ausarbeite. Die Kommission, aus je zwei Vertretern der drei anwesenden Fraktionen gebildet, arbeitete bis 6 1/2 Uhr morgens.

Montag früh um 8 Uhr wurde die zweite Sitzung eröffnet. Während der Nacht hatte sich aber die Stimmung der Kadetten (hauptsächlich infolge der ruhigen Aufnahme der Kunde von der Auflösung der Duma in der Hauptstadt) geändert! Viele sagten nicht mehr, das Manifest mit den angeführten Forderungen zu unterschreiben! In der Sitzung im Plenum begannen heisse Debatten. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß das Volk das Recht haben werde, die Duma wegen Verrats anzuklagen, wenn sie nicht einen zum Kampfe auffordernden Aufbruch annehme. Zu dieser Zeit, d. h. gegen 12 Uhr, kamen aus Petersburg die Herren Stachowitsch, Graf Seyden und Fürst Lwow, Vertreter der Rechten, an. Sie halfen aber durch ihre taktlos geschwungenen Reden der Freiheit. Sie empörten durch ihre lobalen Reden, durch ihre Ratschläge, friedlich auseinanderzugehen, selbst die Jagdstellen. Graf Seyden hatte die Unverschämtheit, zu sagen, er werde nie „eine Absurbität unterschreiben!“

Unterdessen ward von der Straße und vom Garten aus bemerkt, daß Reiterpatrouillen und Scharen von Häshern überall umher rekonnozierten. Sodann zogen mehrere Bataillone Soldaten mit Gefang an den Fenstern des „Belvedere“ vorüber. Endlich wurde Kuronitz zum Wiburger Gouverneur eingeladen, der ihm erklärte, daß er in Erfüllung der aus Petersburg eingetroffenen Anordnungen den Kriegszustand über die Stadt verhängen werde, wenn die Duma nicht binnen 20 Minuten auseinandergehe! Sobald dies der Versammlung bekannt gemacht war, nahm sie das Manifest mit allen sozialdemokratischen Amendements einstimmig an. „Nach dieser Ohrfeige müssen wir die sozialdemokratischen Vorschläge annehmen,“ sagte einer der Führer der Kadettenpartei, dessen Namen wir aus sehr natürlichen Gründen verschweigen.

Das Dumanifest ist vom ganzen Präsidium und 180 Mitgliedern unterzeichnet. Die Versammlung ist also als Duma gültig! Man erwartet, daß noch zirka 80 Personen ihre Unterschrift hinzufügen, da viele Abgeordnete lange vor der Auflösung der Duma zu agitatorischen Zwecken in ihre Provinzen abgereist waren.

Wir können hier natürlich nicht davon sprechen, wie das Manifest gedruckt und verbreitet werden wird. Die revolutionären Organisationen werden das ihre tun! Die Auflösung der Duma bedeutet die Revolutionisierung des ganzen ländlichen und städtischen Kleinbürgertums!

Petersburg, 29. Juli. Im sogenannten Petersburger Stadtteil wurde gestern eine Druckerlei von Bewaffneten überfallen, welche den Verwalter und die anderen Angestellten der Druckerlei festhielten, eine von ihnen mitgebrachte Matrize des Wiburger Auftrags stereotypierten und auf der Rotationsmaschine in 150 000 Exemplaren druckten! Während dies geschah, wurde in einer gegenüber der Druckerlei liegenden Kapelle ein Gottesdienst abgehalten, dem eine große Menschenmenge beiwohnte und der von vielen Polizisten überwacht wurde! Trotzdem erfuhr die Polizei den Vorfall erst, nachdem die Bewaffneten spurlos verschwunden waren!!!

Väterchen's Rache.

Sewastopol, 29. Juli. Das Marinekriegsgericht sprach heute das Urteil über die wegen der militärischen Unruhen zu Ende des vorigen Jahres unter Anklage gestellten Matrosen. Die vier Hauptangeklagten wurden zum Tode, ein Angeklagter zu lebenslänglicher und 32 zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt. 50 Matrosen erhielten Gefängnisstrafen. 6 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das erste Aufzucken der Empörung.

Zusowka, 29. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine von vielen Tausenden von Bergarbeitern heute hier abgehaltene Versammlung hat wegen der Auflösung der Reichsduma beschlossen, die Arbeit in allen hiesigen Hüttenwerken einzustellen. Infolgedessen sind Dragoner nach Zusowka abkommandiert worden.

Sympathieen.

Die französische Liga der Menschenrechte sprach am Sonnabend auf einem Drehtisch zu Ehren russischer Vorkämpfer den Mitgliedern der Reichsduma und dem russischen Volk seine Sympathieen aus. Von einem Redner wurde die Hoffnung ausgedrückt, die französische Regierung möchte dem Vorbilde Campbell-Bannermans folgen und eine Kundgebung zugunsten der Duma veranstalten. Die Versammlung ging mit einem Hoch auf die Gerechtigkeit, die Duma und das russische Volk auseinander.

In Mailand fand am Sonnabend eine Versammlung von Vertretern der sozial-radikalen und republikanischen Gruppen statt, um Mittel und Wege zu beraten, die russische Nation im Kampfe für Freiheit und Recht zu unterstützen. Anwesend waren mehrere Deputierte sowie russische Emigranten. Professor Richieri von der Mailänder wissenschaftlichen Akademie hielt eine längere Ansprache über die Lage in Russland. Er wies darauf hin, welche Gefahren für Deutschland und Oesterreich eine Unterstützung des russischen Despotismus mit sich bringen würde. Sollte die Reaktion in Russland siegen, so würde sie auch den Freiheiten aller übrigen europäischen Länder einen harten Stoß versetzen. — Robuzzi, der Direktor des „Secolo“, brachte eine Tagesordnung ein, worin dem russischen Volke die Sympathieen Italiens ausgesprochen werden. Der Deputierte Turati schlug vor, eine Versammlung der äußersten Linken in Mailand und gleichzeitig ein großes Meeting abzuhalten zugunsten der russischen Revolutionäre. Schließlich wurde der Antrag Turati angenommen, der Duma die Sympathieen Italiens auszusprechen und gegen die Auflösung der Duma Protest zu erheben.

In Barcelona tagte am Sonntag der internationale republikanische Kongress, an welchem Delegierte Frankreichs, Portugals und Italiens teilnahmen. Ein italienischer Abgeordneter wurde zum Präsidenten gewählt; dieser hielt eine längere Ansprache, in der er sich für eine Vereinigung der freien Völker aussprach. — Sein Vorschlag, den russischen Dumanmitgliedern eine Sympathie-Adresse zu übermitteln, fand Annahme.

In London hat sich ein Komitee zur Sammlung von Unterschriften für eine an die früheren Mitglieder der russischen Duma zu richtende Adresse gebildet. Zahlreiche politische Persönlichkeiten, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, sowie viele Mitglieder des Adels haben die von dem Komitee in Umlauf gesetzte Adresse bereits unterzeichnet.

In der serbischen Skupstschina hat am Freitag der sozialdemokratische Abgeordnete Lapitschewitsch den Antrag gestellt, dem russischen Volk den Ausdruck der Sympathie der Skupstschina zu übermitteln und sich mit Abscheu gegen die Auflösung der Reichsduma auszusprechen. Der Redner schloß die Begründung seines Antrages, indem er seiner Erklärung gemäß im Namen des serbischen Proletariats den Ruf erschallen ließ: „Hoch die russische Revolution!“ Totenstille in der Skupstschina. Diskussion wurde nicht zugelassen und der Antrag abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli.

Ein neuer Kolonialskandal!

Major Fischer, der Vorstand der Bekleidungsabteilung beim Oberkommando der Schutztruppen, ist in Untersuchungshaft genommen worden. Dem Berliner

Tagelbl. wird über die Person des Verhafteten und die mutmaßliche Unterlage des gegen denselben eingeleiteten Verfahrens geschrieben:

Der frühere Geheimsekretär Böplau hat bereits im Dezember 1902 das auswärtige Amt unter anderem darauf hingewiesen, daß Major Fischer in zwei Fällen Amtsvergehen sich schwerer Art zu schulden kommen lassen. Es handelte sich in dem einen Falle um eine Liquidation über Kosten für eine Dienstreise von Berlin nach Hamburg. Der jetzige Finanzdirektor von Deutsch-Südwestafrika Bahl, zeigte im Jahre 1897 der Kolonialabteilung an, daß Fischer für die an demselben Tage vollendete Dienstreise Kosten noch für den darauf folgenden Tag liquidiert hätte. Auf diese amtliche Anzeige geschah nach Angabe des Personalreferenten Geheimrats v. König, wie allemmäßig feststeht, nichts.

Der zweite Fall betrifft die Fälschung eines Attestes betreffend die Gehaltsverhältnisse eines Schutztruppenarztes. Die betreffende Urkunde enthält, wie nachträglich festgestellt wurde, an entscheidender Stelle eine Matur, die durch den Major Fischer oder auf dessen Veranlassung hin vorgenommen sein soll. Die Sache wurde von dem Geheimen ergebenden Sekretär Hering im Dienstaufsichtsweg schriftlich zur Sprache gebracht und von den Geheimräten Hellwig, v. König und dem Obersten Ohnesorg behandelt. Hellwig erledigte die Sache dadurch, daß er den amtlichen Hinweis über die vorgelommene Urkundenfälschung bis zur Unkenntlichkeit durchstrich, überlebte und sodann die Sache „als erledigt“ zu den Akten schrieb.

Der frühere Geheimsekretär Böplau hat darauf zunächst den Geheimrat Hellwig im Zusammenhang mit vielen anderen, innerhalb der Kolonialabteilung begangenen Ungeheuerlichkeiten aufmerksam gemacht. Dieser suchte Böplau von einer Anzeige mit den Worten abzubringen: „Wollen Sie denn Herrn Fischer unglücklich machen?“ In diesen Worten des damaligen stellvertretenden Kolonialdirektors Hellwig, welcher inzwischen unter ganz eigentümlichen Verhältnissen pensioniert wurde, liegt das Eingeständnis, daß Fischer gegen das Gesetz verstoßen hatte. Auch nachdem Böplau den Staatssekretär des auswärtigen Amtes, v. Richthofen und darauf besonders noch den Reichszentralrat v. Altwitz über diese Fälle, welche ebenso wie andere angezeigten Amtsvergehen seitens des Personalreferenten v. König ununtersucht geblieben waren, Mitteilung gemacht hatte, erfolgte seitens der Behörde nicht die Herbeiführung strafgerichtlicher Abhandlung. Böplau hat neuerdings Veranlassung genommen, von vielen, dem Geheimen Legationsrat v. König vorgeworfenen Vergehen und wegen der Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen der Staatsanwaltschaft Kenntnis zu geben.

Die Angabe, daß Major Fischer sich in großer Geldverlegenheit befunden habe, wird von zuverlässiger Seite mit dem Hinzuweisen bestätigt, daß dies amtlich bekannt war, und daß Fischer von der Behörde in ganz außerordentlicher Weise mit hohen Extrarationen und Unterstufungen bedacht worden ist, obwohl er schon seit Jahren ein festes Einkommen von jährlich etwa 8000 M. bezog.

Saubere Geschichten das! Aber es kommt noch besser. In einer offenbar noch zugunsten Fischers verbreiteten Version heißt es, daß das wegen Versuchs der Versteigerung eingeleitete Verfahren kaum Beweise einer strafbaren Handlung bringen werde, da bereits feststehe, daß eine materielle Schädigung des Fiskus nicht vorliege. Es handle sich lediglich darum, daß Fischer, der in überaus schlechten Verhältnissen gelebt habe (bei einem festen Einkommen von 8000 M. jährlich und anderweitiger hoher Remunerationen und Extrabergütungen?), von einem Teilhaaber der Firma Tippelskirch bedeutende Darlehen bezogen habe, die zurückzahlen er kaum je in der Lage sein dürfte!

Ueber diese Beziehungen des Vorstandes der Bekleidungsabteilung des Oberkommandos der Schutztruppen zu der Kolonialausrüstungsfirma Tippelskirch erhalten die „Ham b. Nachr.“ folgende interessante Darstellung:

Die Sensationsnachricht von der Verhaftung des Majors Fischer, des Vorstandes der Bekleidungsabteilung des Oberkommandos der Schutztruppen, erregt weit über die zunächst interessierten Kreise hinaus großes Aufsehen. Ohne die Frage, wie weit der gegen den Verhafteten vorliegende Verdacht sich als begründet erweist, vorzugreifen, läßt sich nicht in Abrede stellen, daß über seine Stellung und Geschäftsführung in den über die Dinge orientierten Offizier- und Beamtenkreisen seit geraumer Zeit arge Bedenken in Umlauf waren. Es war gegen allen Brauch, daß in seiner Person die Bekleidungsbeschaffung und Bekleidungsübernahme für die Schutztruppen sich konzentrierten. Major Fischer ist auch der Vater der vielangekündigten Tippelskirch-Verträge, insbesondere der allen Traditionen des Heeres und der Flotte widersprechenden Einräumung, daß die Kammerbestände der Schutztruppen nicht im Besitz der Verwaltung, sondern mit den Lagern der Firma Tippelskirch u. Co. identisch waren. Auf die Autorität Major Fischers hin sind für außerordentliche Uniformlieferungen, die aus Anlaß der Aufstände in den afrikanischen Schutzgebieten notwendig wurden, auf Grund mündlicher Abmachungen der Firma von der Kolonialabteilung höhere Beträge gezahlt worden, als sie nach den Lieferungsverträgen waren, ein Verfahren, das, wie aus der Branche berichtet wird, kaufmännisch wie vom Verwaltungspunkte aus insofern nicht zu rechtfertigen war, als bei Lieferungsverträgen mit Militärbehörden die Möglichkeit des Notwendigwerdens von plötzlichen großen Lieferungen in die Kalkulation einbezogen wird. Major Fischer war fast täglich in der Fabrik der Firma in der Hledomstraße. In den Kreisen seiner Kameraden wurde es unpassend gefunden, daß er bei seiner Beförderung zum Major, die vor ungefähr zwei Jahren geschah, in der Fabrik festlich empfangen wurde, ferner daß ihm ein Tippelskirch'sches Automobil zur Verfügung stand usw.

Wie bei früherer Gelegenheit an dieser Stelle bereits erwähnt wurde, ist die Zeichnung gewisser Schriftstücke im Verkehr zwischen der Firma und der Kolonialabteilung bei den zunächst zuständigen Beamten der Abteilung vergeblich wiederholt auf Schwierigkeiten gestoßen. So soll ein wichtiger Lieferungsvertrag aus Anlaß des Aufstandes in Südwestafrika die Unterschrift des Dezerenten Geheimen Legationsrates Goltz nicht erhalten haben, weil dieser die Verantwortung für seinen Inhalt nicht übernehmen wollte. Von der Firma Tippelskirch u. Comp. wird das Verhalten gegen Major Fischer auf einen Mordakt zurückgeführt. Ist der Major des ihm zur Last gelegten Vergehens schuldig, so wartet seiner eine Zuchthausstrafe eventuell bis zu fünf Jahren.

Das „Berl. Tagebl.“ teilt weiter mit, daß Major Fischer Duzbruder des Herrn v. Tippelskirch war und von seinem Freunde in Beträgen von je 2-3000 M. im Laufe der Jahre nahe an 100 000 M. Darlehen erhalten hat. Besonders pikant sei es auch, daß gerade Major Fischer die Verträge mit der Firma Tippelskirch sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum des Reichstags verteidigt habe!

Wenn alle diese Mitteilungen richtig sind, und die Verhaftung Fischers erfolgte doch sicher nicht ohne triftigste Gründe, so dürfte dieser Skandal die Kolonialverwaltung schwer kompromittieren! Solche Vorkommnisse erinnern denn doch geradezu an die Korruption der russischen Armeeverwaltung während des russisch-japanischen Krieges! —

Die Reichseinnahmen haben im ersten Viertel des laufenden Finanzjahres, d. h. in den Monaten April, Mai und Juni, wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren. Die Einnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat 207,9 Millionen Mark, 16,6 Millionen Mark mehr als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, betragen. Zu dem Mehr hat in erster Reihe die Zucksteuer und zwar 7,6 Millionen M. beigetragen. Des weiteren hat die Branntweinverbrauchsabgabe ein Mehr und zwar in Höhe von 3 Millionen M. geliefert. Die Einnahme aus der Salzsteuer steigt stetig; sie hat zu dem Mehr diesmal 1,1 Millionen M. beigetragen. Auch sämtliche übrigen Verbrauchsabgaben haben Ueberschüsse gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erbracht, nur bei der Tabaksteuer war ein Weniger von einer Viertelmillion M. zu verzeichnen.

Was die anderen in den monatlichen Nachweisen aufgeführten Reichseinnahmen betrifft, so haben die Erträge der Reichsstempelabgaben im ersten Vierteljahr 18,8 Millionen Mark oder nahezu 1 Million Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres eingebracht. Von dem Mehr entfällt der Hauptteil auf die Verbrauchssteuer, die bekanntlich schon im Vorjahre eine Summe abgeworfen hat, wie nie zuvor. Die beiden Hauptbetriebsverwaltungen des Reiches, Post und Eisenbahnen, weisen gleichfalls Mehreinnahmen auf; jene im Betrage von 7,8, diese in Höhe von 2,8 Millionen Mark. Bei beiden aber ist zu beachten, daß die Erweiterung des Verkehrs, der die Mehreinnahmen zu danken sind, auch mit Mehrausgaben verknüpft sind, und daß eine Brutto-Mehreinnahme noch keine Erhöhung des Netto-Ueberschusses verbürgt.

Die Einnahmen des Reiches befinden sich demnach in rascher Zunahme, doch noch weit stärker steigen die Ausgaben für Heer und Marine. —

Aus der bayerischen Abgeordnetenversammlung. Im Finanzausschusse der Abgeordnetenversammlung hat sich ein politisch wie sozialpolitisch hochinteressanter Zwischenfall ereignet. Der genannte Ausschuss herät zurzeit den Eisenbahnetat. Beim Titel: Löhne der Gehilfen betrug der Mehrertrag im Etat anfangs 400 000 M., ein Betrag, der später um 200 000 M. erhöht worden ist. Es frug nun der sozialdemokratische Abg. Timm an, ob dieser Mehrertrag denn auch genüge, um die von der Kammer einstimmig angenommene Beschlässe des 10. Ausschusses über den Antrag Segh u. Gen. zu erfüllen. Der Ausschuss und nach ihm das Plenum hat nämlich folgende Grundlohnkosten einstimmig genehmigt:

Table with 2 columns: Klasse, Betrag. I. Klasse 3,20 M., II. 3,—, III. 2,80, IV. 2,00

Der Verkehrsminister suchte auf die Anfrage Timms die Köpfe und erklärte obenhin, man werde für die Zukunft statt der bisherigen 10 Klassen 5 in Aussicht nehmen, beginnend von 2,40 M. an. Zur Durchführung der Beschlässe des 10. Ausschusses seien ja 2 1/2 Millionen nötig.

Darauf verlangte Timm, daß dann selbstverständlich die 2 1/2 Millionen einzuflehen seien und beantragte die dementsprechende Erhöhung der Summe. Dieser selbstverständliche Antrag führte zu einer völligen Verwirrung des Ausschusses. Regierungsdirektor und Zentrumsmitglieder wackelten mit den Köpfen, als ob ihnen Schauerliches widerfahren sei. Nur die liberalen Mitglieder des Ausschusses behielten ihre Fassung und stimmten für den Antrag Timm, der jedoch vom Zentrum und Vorkennbund abgelehnt wurde!

Im Plenum wird indes der sozialdemokratische Antrag wiederkommen, vielleicht werden die christlichen Delegationen ihrem Zentrum bis dahin den Rücken steifen. —

Reichsverbändlerisches.

Die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zur Förderung patriotischer Gefühle und Pflege der Moral herausgegebene Korrespondenz erleidet ihren Mangel an Einsicht in die sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch eine um so größere Phantastie. In ihrer Nr. 42/43 erzählt sie z. B. folgende Fabel:

—us— Das Hoch auf die Sozialdemokratie! Die Haltung, welche die sozialdemokratischen Blätter den bürgerlichen Zeitungen zollen, ist ja satzungsbekannt und hat sich fast bei jeder Gelegenheit bewiesen: „Wurfschlächten, Quackalberblatt, Linten- und Zeitungskäse“ usw. sind einige Titulaturen aus diesem Register sozialdemokratischer „Medemunk“. Daß aber von einigen Sozialdemokraten versucht wird, die Pressevertreter bürgerlicher Zeitungen zu zwingen, in das nach jeder Veranlassung übliche Hoch auf die „internationale völkervereinende Sozialdemokratie“ mit einzustimmen, dürfte trotz den Klüden wohl noch nicht dagewesen sein. Und doch ist es in dem so idyllischen, ruhigen Berliner Vorort Groß-Lichterfelde vorgekommen. Seit einiger Zeit besteht dort ein Streik der Gummifabrik Schwantz u. Co. Die Lokalzeitungen hatten in durchaus unparteiischer Weise die Ansichten der Arbeiterschaft als auch die Gegenäußerungen der Direktion zum Ausdruck gebracht. Am 16. Juni wurde dort im Kaiserhof (Sozialdemokraten im Kaiserhof!) eine öffentliche Versammlung abgehalten, um der am Ort befindlichen „Kaiserpresse“ die Leutchen zu lesen, die versucht hätte, der Arbeiterschaft einen Mittel zwischen die Beine zu werfen. Dieser Versammlung wohnte auch der Redakteur Hauser vom dortigen „Lokal-Anzeiger“ bei, der schon bei seinem Niederschreiben der Äußerungen des Redners nicht gerade mit liebenswürdigen Juraten beglückt wurde. Man beachte: trotzdem sich diese Zeitung streng unparteiisch gehalten hat und beide Parteien zu Wort kommen ließ. Als dann am Schluß der Versammlung das Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht wurde, stimmte Redakteur Hauser selbstverständlich nicht mit in das Hoch ein, erhob sich aber von seinem Platze. Da hätte man die Entrüstung einiger „Jelbewächter“ sehen sollen: „Wollen Sie mal gleich mit Hoch rufen!“ „Daher kommen, aufstrecken und ausspionieren,“ und ähnliche schöne Anreden in ähnelnden Töne wurden dem nichtsozialdemokratischen Pressevertreter zuteil. Es entwickelte sich ein Tumult, so daß es Herrn Hauser, der betonte, daß er doch als Nichtsozialdemokrat nicht ein Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmen könne, nur mit Mühe gelang, den Saal zu verlassen, wenn er sich nicht Lätzlichkeiten aussetzen wollte. Es wird immer schöner im monarchisch regierten deutschen Vaterlande!

Auf diese Notiz haben wir bei Teilnehmern der Versammlung Erläuterung eingezogen und erhalten darauf folgende Zuschrift: „Von dem ganzen Geschwätz ist nur wahr, daß die freitenden Gummiarbeiter im „Kaiserhof“ eine Versammlung abhielten und dieselbe mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung (nicht auf die Sozialdemokratie, obwohl dies durchaus verständlich gewesen wäre) schloßen. Alles übrige ist ganz gemeiner Schwundel! Auch im Bericht des „Lokal-Anzeiger“, dessen Redakteur doch eben jener Herr Hauser ist, stand davon keine Silbe. Bei allen sozialdemokratischen Versammlungen in Groß-Lichterfelde erfreuen sich die bürgerlichen Berichterstatter in der Ausübung ihres Berufes des weitesten Entgegenkommens und durchaus höflicher Behandlung. Es ist dem Reichsverband nur darum zu tun, sein Äußerungsmaterial um eine Nummer zu komplizieren. Spasshaft ist die Entrüstung über die Frechheit, daß die Sozialdemokraten im „Kaiserhof“ eine Versammlung abgehalten haben. Ob das Lokal „Kaiserhof“ oder „Dahnerhof“ heißt, ist uns ganz gleichgültig.“

### Nachmal's Jests.

Jeber die Disziplinaruntersuchung gegen Jests v. Puttkamer läßt sich die „Braunschw. Landesztg.“ von ihrem Berliner Korrespondenten, der auch als Zeuge in der Sache vernommen wurde, einige Mitteilungen machen. Am Mittwoch vormittag hatte der Herr, wie er schreibt, das „Bergnügen“, auf eine freundliche Ladung hin vor dem Untersuchungsrichter im Zimmer Nr. 21 der Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes zu erscheinen und unter seinem Eide Zeugnis abzulegen. Bei dem streng geheimen Charakter der Disziplinaruntersuchung war es dem Korrespondenten, wie er bemerkt, leider nicht möglich, Einzelheiten aus der Schule zu plaudern. „So viel steht aber fest, daß mit einem ungeheuren Eifer daran gearbeitet wird, die letzte verschwiegene Stelle aufzudecken, und daß der Abschluß der Untersuchung nicht allzu lange auf sich warten lassen wird. Die Kugel ist nun im Rollen: weder Freund noch Feind hält sie mehr auf. Drei ganze Stunden hat sich der Schreiber dieser Zeilen einem Kreuzverhör unterwerfen müssen, und man kann hier nicht daselbe sagen wie im Falle Götz, Schneider und Genossen, es sei nichts dabei herausgekommen. Wer so lange Zeit mit der untersuchenden Stelle verhandelt, tut unwillkürlich tiefe Einblicke in Anlage und Entlastungsmaterial. Und da muß gesagt werden, daß dem Gouverneur von Kamerun nichts unerwünschter kommen konnte wie diese Disziplinaruntersuchung. Schon damals, als eben erst der Fall Puttkamer aufgerollt worden war, war man versucht, das Wort anzuhängen: „Herr Götz mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selber schützen!“ Heute ist das kaum noch mehr am Platze. Hätte nicht Dr. Arendt und seine Gefolgschaft um jeden Preis aus ihm ein Lämmlein weiß wie Schnee machen wollen, so hätte die Opposition gegen Puttkamer niemals einen Umfang angenommen, wie sie ihn später erreicht hat. Man hielt ihn in weiten Kreisen für einen Schädling und wünschte seine Erziehung auf dem Kameruner Posten durch eine andere Persönlichkeit. So weit aber wollte keiner die Dinge treiben, wie sie heute getrieben sind. Nun ist nichts mehr daran zu ändern, das Schicksal schreibt seinen Gang.“

Wir wollen doch lieber die Entwicklung der Affäre erst abwarten!

### Die Simultanschule in Straßburg.

Straßburg, 29. Juli. (Fig. Ver.)

Die drei demokratischen Mitglieder des hiesigen Gemeinderats haben den Antrag eingebracht, die Elementarschulen aus konfessionellen in interkonfessionelle zu verwandeln. Da der Gemeinderat noch 16 sozialdemokratische unter 36 Mitgliedern zählt, wurde an der Annahme dieses Antrages von den Antragstellern nicht gezweifelt. Tatsächlich aber entbehrt er jeder rechtlichen Grundlage, da in Anwendung der im Reichsland noch geltenden, in Frankreich praktisch nach dieser Richtung antiquierten Verfassung vom 15. März 1850 die Gestaltung der Elementarschulen als konfessionelle die Regel bildet und jede Aenderung von der Zustimmung des Bezirksunterrichtsrats und der Schulverwaltung abhängig ist. Nur die übrigen Schulen, also die höheren Schulen (Gymnasien ufm.), die Mittelschulen, Meisterschulen können als Simultanschulen eingerichtet werden. Wären die Demokraten also etwas vorsichtiger zu Werke gegangen, so hätten sie ein Ersuchen des Gemeinderats an die Schulverwaltung und ein Vorhaben zwecks Modifizierung der Gesetzgebung fordern müssen — und sie hätten sich nicht blamiert! Jedenfalls wird auch nach Ablauf der Ferien des Gemeinderats der Antrag in diesem Sinne aufgenommen werden. Bei der reaktionären Zusammensetzung unseres „Kammerparlamentes“, wie Herr von Söllner den Landesauschuss einst nannte, ist allerdings eine derartige Reform sehr unwahrscheinlich.

### Bierkrieg in Leipzig in Sicht.

Auf wie geradezu skandalöse Art und Weise die Konsumenten betäubt werden, zeigt die Bierpreiserhöhung in Leipzig.

Die vereinigten Leipziger Bierbrauereien haben vor dem 15. Juli durch Neuantragsangelegenheiten, daß sie dem 15. Juli ab, veranlaßt durch die Biersteuer, der erhöhten Salz-, Hafers-, Holz- und Pferdegeld, um 2 M. pro Hektoliter das Bier teurer verkaufen werden. Damit haben sie das glatt durchgeführt, was sie den Gastwirten schon vorher angekündigt haben, nämlich daß die Brauereien die erhöhte Biersteuer auf die Gastwirte abwälzen würden.

Und die Leipziger Gastwirte, anstatt sich mit Sähen und Klauen dagegen zu wehren, haben nicht nur — was ja immerhin noch begreiflich erscheinen könnte — nicht nur die 2 M., die sie pro Hektoliter an die Brauereien mehr bezahlen müssen, auf die Konsumenten abgewälzt, sondern gleichfalls ein Extrapostchen machen wollen. Sie erhöhten den Preis des Glases Bier von 13 auf 15 Pfennige, — forderten also dem Biertrinkenden Publikum mehr Geld ab, als sie selber an die Brauereien bezahlen müssen. Dagegen hatte die „Leipziger Volkszeitung“ in der vorigen Woche losgeschossen. Die Gastwirte erwiderten damit, daß sie zum Mittwochabend eine öffentliche Versammlung einberiefen, um dem Publikum ihre wirtschaftliche Lage auseinandersetzen zu lassen.

In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß 90 Proz. aller Leipziger Gastwirte in der Schuldnerschaft der Leipziger Großbrauereien sind. Ferner, daß die Brauereien auch den Preis der Flasche Bier um einen Pfennig erhöht und gleichzeitig den Inhalt der Flasche um 1 Pf. verringert haben. Die Versammlung verurteilte diese Handlungsweise von Großbrauereien und Gastwirten, nahm aber von einem Votum-Beschluß Abstand, da demnach die Sozialdemokratie Leipzigs zur Frage der Bierpreiserhöhung Stellung nehmen wird.

Der Bierkrieg in Chemnitz spitzt sich immer mehr zu. In sechs stark besuchten Versammlungen nahm die Chemnitzer Arbeitererschaft Stellung gegen die Ringbrauereien und die mit ihnen marschierenden Schank- und Gastwirte, die zwar den Preisaufschlag von zwei Pfennigen halbieren haben, aber auf den Preis von 16 Pf. für das 0,4-Literglas bestehen. In allen Versammlungen wurde nach scharfer Kritik der Profitsucht der Brauereien folgende Resolution angenommen:

„Die heute tagende Volksversammlung hat mit Entschiedenheit Kenntnis genommen von der rigorosen Erklärung der Ringbrauereien, wonach diese nicht gewillt sind, von den angekündigten Preiserhöhungen zurückzutreten. Die Versammlung begrüßt deshalb die seitens des Agitationskomitees vorgeschlagenen intensiven Maßnahmen und verspricht, mit Energie und Ausdauer dahin zu wirken, daß nur Biere getrunken werden, die aus ringfreien Brauereien zu alten Preisen geliefert werden. Die Parole lautet also: Von nun ab wird nur ringfreies Bier — auch Flaschenbier — zu alten Preisen getrunken oder andere Getränke genossen.“

Zur Reichstags-Erwahl in Städt.-Bremervörde. Die National-Liberalen haben endlich einen Erfolgskandidaten für den verstorbenen Dr. Sattler gefunden. Die Kandidatur des Buchdruckereibesetzers und Herausgebers des „Gannoverschen Kuriers“ hat nur geringe Unterstützung gefunden; vielmehr hat die am Sonntag in Giesebünde abgehaltene Delegiertenkonferenz des Kreises den Brauereibesitzer Reefe als nationalliberalen Kandidaten aufgestellt.

Auch die Freisinnigen haben ihren Durchfallskandidaten gefunden. Sie haben in einer ebenfalls am Sonntag abgehaltenen Konferenz wieder den Lehrer Otto (Charlottenburg) aufgestellt.

### Ausland.

#### Ungarn.

##### Zwei Niederlagen der Regierung.

Daß der Frieden zwischen „Nation“ und „Herrschern“ zustande kam, dazu hat mit am meisten beigetragen der radikale achtundvierziger Kofjutbaner Dr. Bela Barabas, der im Parlamente die intelligenteste Freyingsstadt Ungarns, Szeged, vertikal. Die „Privi-

legierten“ haben ihn im ganzen Lande gefeiert als den Mann der Zukunft! Bei den letzten Reichstagswahlen erhielt er von der dankbaren Nation drei Mandate! Das Mandat von Nagybörö (Großwardein) hat er bald niedergelegt, hingegen das von Szeged und Budapest VII beibehalten, aber verabsäumt, in der gesetzlichen Frist einem der beiden zu entsagen, wodurch das Mandat von Budapest VII erlosch. Demzufolge legte er beide Mandate nieder und unterwarf sich einer Reuwahl Bloß in Budapest VII, wo dieser Tage die Wahl stattfand und mit dem überraschenden Resultate endete, daß Barabas mit 1000 Stimmen in der Minorität blieb und somit über sein Mandat mehr verfügt!

Diese Niederlage des Barabas ist von großer Bedeutung; denn sie gilt viel weniger ihm als der Regierung, die alle Hebel in Bewegung setzte, ja sogar PreSSION ausübte, um das Mandat für Barabas zu retten. Sein Gegenkandidat war Karl Eötvös, der bereits eine 35jährige parlamentarische Vergangenheit hinter sich hat und Mitbegründer der achtundvierziger Kofjutpartei ist. Bei der letzten Hauptwahl hat er nicht kandidiert, da ihm die Koalitions-politik nicht gefiel, woraus er kein Geheimnis machte. Dies genügt, daß die Regierung jetzt den Sieg des bedeutendsten ungarischen Politikers vereiteln wollte. Doch vergebens! Eötvös hat gesiegt, und die Regierung und das Klassenparlament werden gezwungen sein, ihr Sündenregister aus dem Munde eines „Kernmagaren“ anzuhören; denn Eötvös ist ein entschiedener Befürworter des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes.

Eine weitere Niederlage erlitt die Regierung in Szeged, wo drei Kandidaten um die Palme stritten. Der offizielle Kandidat erhielt hier die wenigsten Stimmen! —

#### Frankreich.

##### à la „Vorassin“.

Paris, 29. Juli. Dem „Temps“ zufolge hat der mit der Untersuchung der Katastrophe von Courrières beauftragte Richter Béthune in einem amtlichen Bericht die Niedererschlagung des Verfahrens gegen die der fahrlässigen Tötung angeklagten Staatsingenieure empfohlen. Der Untersuchungsrichter stellt in dem Bericht fest, daß die Ingenieure ihre Pflicht getan hätten. — Der „Temps“ teilt ferner mit, daß die Arbeiten zur Vergütung der Leichen der verunglückten Arbeiter ihrem Ende entgegengehen. 1064 Tote seien bis zum 25. Juli geborgen worden. Die Leichen der noch fehlenden 31 Arbeiter würden wahrscheinlich innerhalb 14 Tagen heraufgeschafft werden können.

Béthune empfiehlt der Richter Béthune noch, die paar Exekutiven wegen Fahrlässigkeit zur Verantwortung zu ziehen. —

#### Ein Rückzug Clémenceaus.

Paris, 28. Juli. (Fig. Ver.)

Das Juktular Clémenceau über die Anwendung des Altersuntersuchungsgesetzes hat eine solche Aufregung und Erbitterung hervorgerufen, daß sich der Herr Minister zum Rückzuge veranlaßt gesehen hat. Der Generalrat des Departements der Rhonemündung sandte eine Delegation an den Minister, die diesem darlegte, daß das Departement schon jetzt den Greisen 750 Frank, also mehr als das von Herrn Clémenceau vorgeschriebene „Maximum“ von 5 Frank monatlich gezahlt hat. Clémenceau schob die Schuld auf den Finanzminister Poincaré, der von ihm dringend Ersparnisse gefordert hätte, und erklärte sich bereit, alles zu tun, um diesen zum Verzicht auf seine Forderung zu bewegen. — Er telegraphierte in diesem Sinne an Poincaré, der sich jetzt in der Sommerfrische befindet. Die Budgetkommission der Kammer hat auf Antrag Vertheaux einstimmig erklärt, daß sie die volle Anwendung des Altersuntersuchungsgesetzes als unbedingte Pflicht betrachte, und sie hat Vertheaux zugleich mit dem Dank für seine Initiative den Auftrag erteilt, in diesem Sinne weiter auf die Regierung einzuwirken. —

#### Belgien.

##### Das Sonntagsruhegesetz für Belgien.

Brüssel, 29. Juli. (Fig. Ver.)

Das vor einem Jahre von der Kammer beschlossene Gesetz über die Sonntagsruhe trat heute in Kraft. Daß ihm kein übertriebenes Lob zukommt, läßt sich schon daraus schließen, daß es von einer Kammer mit liberal-reaktionärer Regierungsmajorität beschlossen ist, von einer Kammer, deren Herz zu warm für die Kapitalisten schlägt, um der Arbeiterschaft ein allzu großes und eheliches Maß sozialer Fürsorge zu gewähren. Auch haben gerade bei der Beratung dieses Gesetzes die Liberalen, die doch gern als der Hort des Fortschritts in dem schwarzen Lande gelten wollen, eine nicht weniger als sozialpolitische Rolle gespielt, vielmehr ihre echt manchesterliche Auffassung bei der Beschlußfassung durch ihre Abstimmung fundiert. Der Hauptwert des Gesetzes besteht in der Verkündung des Prinzips, daß der Arbeiter ein gesetzliches Recht auf einen Ruhetag in der Woche hat. Daß dieses Recht durch Konzessionen an die Unternehmerklasse genügend durchbrochen wird, ist ja bei unserem Parlamente und unserer Gesellschaft begreiflich genug. An Konzessionen an die Unternehmer oder — wie es euphemistisch heißt — an die „Produktion“, mangelt es diesem Gesetze also nicht, und die Ausnahmeregelungen werden zweifellos Anlaß zu Mißbräuchen und Uebertretungen aller Art geben. Das Gesetz hat seine Gültigkeit für Privat- und Staatsbetriebe (für deren Anbetrag ein besonderes Reglement sorgt) und umfaßt alle Arbeiterkategorien mit Ausnahme der mit dem Schiffsverkehr zusammenhängenden und der in Fischereierunternehmungen und in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Die Sonntagsruhe der Arbeiterinnen war bereits in dem Gesetz aus dem Jahre 1889 über die Frauen- und Kinderarbeit geregelt. Für die industriellen Unternehmungen ist ein ganzer Tag und ausnahmslos der Sonntag als Ruhetag festgesetzt. Für die Arbeiter und Angestellten der Lebensmittelgewerbe, der Hotels und Restaurants, der Drogerien, Apotheken usw., sowie für die Betriebe, deren Arbeit ihrer Natur nach weder Unterbrechung noch Aufbruch erleiden darf, ist ein ununterbrochener halbtagiger Ruhetag einmal wöchentlich oder ein voller Tag innerhalb 14 Tagen vorgelesen. Die Sonntagsruhe der Angestellten der Detailgeschäfte sowie die der Briefeute beginnt um 12 Uhr mittags, doch können die Ruhestunden bei besonderen Anlässen eingeschränkt oder „nach Bedarf“ verlegt werden. Auch werden einzelne Unternehmer, bei denen die Arbeiter im Tageslohn stehen, infolge der unbestimmten Fassung des Gesetzes die Arbeiter um den halbtagigen Lohn zu pressen suchen. Diese und andere Lücken und Unvollkommenheiten des Gesetzes wird die Arbeiterschaft im Auge behalten und überhaupt wird sie scharfe Kontrolle über müssen, um dem Gesetz seine volle Wirksamkeit zu geben. Die Uebertretung der Bestimmungen wird mit Geldstrafen von 20 bis zu 1000 Frank bestraft. Die Uebertretung des Gesetzes liegt den Gewerbeinspektoren ob. Alles in allem: ein beschämender Schritt nach vorwärts in dem Lande der liberal-kapitalistischen Reaktion.

#### Italien.

##### Rom nicht als Parteitagstag proklamiert!

Obwohl die vorgestern mitgeteilten Zahlen über den Ausgang des Referendums, die wir dem „Avanti“ entnommen haben, sich fast ganz mit den offiziellen, jetzt bekannt gewordenen decken, haben die Mitglieder der Referentenkommission des Parteivorstandes (Ferri, Vissolati, Longobardi zugegen, Verda abwesend) nicht Rom als Parteitagstag proklamiert, sondern beschlossen, Stichtagwahl zwischen Rom und Modena anzufügen! Untere an den Ausgang des Referendums geknüpften Betrachtungen werden durch diesen Beschluß der Referentenkommission nicht berührt, da — wie gesagt — die Zahlenverhältnisse kaum eine Verschiebung erfordern. Für Rom stimmten 347 Sektionen, für Modena 189, für Bologna 107, für Modena oder Bologna 33, auf Pisa, Florenz, Ancona, Neapel, Palermo, Perugia, Livorno, Mantua,

Vari, Alexandria und Mailand zersplitterten sich weitere 34 Stimmen, die Rom die absolute Mehrheit nahmen. Ueber die Anfügung einer Stichtagwahl durch Urabstimmung muß der gesamte Parteivorstand befragt werden.

#### England.

Vom Unterhause wurden am Freitag die Vorschläge der Regierung einstimmig angenommen, nachdem der Konserverable Lee sich gegen die Einschränkung der Rüstungen erklärt und Premierminister Campbell-Bannerman im Namen der Regierung dem Wünsche Ausdruck verliehen hatte, dem Wettkampfe in den Rüstungen ein Ende zu machen. —

### Soziales.

#### Die Staatsanwaltschaft gegen Sittlichkeitsforderungen der Landarbeiter.

Vor dem Halleschen Schöffengericht stand dieser Tage das Landarbeiterpaar Maloff aus Kösen unter der Anklage, das berichtigte preussische Ausnahmengesetz vom April 1864 durch unberechtigtes Verlassen des Dienstes verlegt und sich dadurch strafbar gemacht zu haben. Die Beschuldigten sollen den Dienst bei dem Gutbesitzer Huhle in Brudorf ohne gegenseitigen Grund verlassen haben. Sie behaupteten, sie wären zweifelsohne zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt gewesen. Ihre Schlafstellen hätten sich unter dem Dach befunden und da wären Mann und Frau bei jedem Regenwetter vollständig durchnäßt worden. Der Ehemann habe sich infolgedessen eine Augenentzündung zugezogen. Nach jener Erkrankung habe man ihnen zwar ein kleines Zimmer angewiesen; in diesem habe aber noch ein anderes Ehepaar mit schlafen müssen. Das Essen sei unzureichend und zuweilen ungenießbar gewesen; der Ehemann war deartig eng, daß gewöhnlich zwei bis drei Personen schlafen müssen. Der Herr Staatsanwalt bezeichnete die Angeklagten als sehr anspruchsvolle Menschen und beantragte gegen Mann und Frau je 15 Mark Geldstrafe. — Das Gericht erkannte an, daß die Beschwerden der Angeklagten wohl berechtigt sein mögen, meinte aber, zum kündigungsfreien Verlassen des Dienstes habe immerhin noch kein ausreichender Grund vorgelegen. Die Angeklagten wurden „milde“ mit je 8 Mark bestraft.

Das Urteil ist noch rückgängiger als das Gesetz von 1864 und ist auch nach dem Gesetz ein ungerechtes. Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter regeln sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches. Nach § 618 B. G. B. hat der Arbeitgeber während der Arbeiter, denen Wohnung gewährt wird, in Ansehung des Wohn- und Schlafraums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche nach Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Arbeiters erforderlich sind. Der den Angeklagten gewährte Schlafraum widersprach diesen Anforderungen sowohl nach der hygienischen wie nach der sittlichen Seite aus größtmöglicher. Die Landarbeiter waren demnach nach § 620 Bürgerliches Gesetzbuch, der da sagt:

„Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung der Kündigungsfrist gelündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.“

berechtigt und als Menschen verpflichtet, den Dienst sofort aufzugeben. Die Staatsanwaltschaft bestritt das Recht der Angeklagten und bezeichnete diese gar als sehr anspruchsvolle Leute, weil sie ihr mit Rücksicht auf die Gesundheit und Sittlichkeit vom Gesetz ausdrücklich eingeräumtes Recht ausübten. Da bei dem Vertreter der Staatsanwaltschaft hervorragender Mangel an Strenge des Gesetzes nicht vorangesehen werden kann, so kann die total träge Ansicht des Halleschen Staatsanwalts wohl nur darauf beruhen, daß in der Halleschen Gegend von Arbeitgebern auf Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter Rücksicht nicht genommen, vielmehr dauernd die Vertragspflicht von den Arbeitgebern aus größtmöglicher verletzt wird. Es ist für den Unternehmern, unter dem die Aufschauungen der Behörden über Recht und Sittlichkeit stehen, bezeichnend, daß eine Staatsanwaltschaft es für anspruchsvoll erachtet, wenn Landarbeiter die vertragliche Erfüllung der bescheidensten Forderungen, die an Gesundheit und Sittlichkeit zu stellen sind, begehen. Wegen das Urteil des Schöffengerichts legt der Landarbeiter hoffentlich Berufung mit Erfolg ein.

### Aus Industrie und Handel.

#### Deutschlands Kohlenproduktion und Kohlenverbrauch.

Die Kohlenversorgung Deutschlands hat im ersten Semester des laufenden Jahres eine kräftige Steigerung gegenüber der Vergleichszeit 1905 erfahren. Nimmt man nämlich zu der inländischen Produktion die Menge eingeführter Kohle hinzu und bringt davon die Ausfuhr in Abzug, so ergibt sich eine Versorgung des Inlandes von 92 741 562 Tonnen im ersten Semester 1906 gegen 82 112 101 Tonnen in den ersten sechs Monaten 1905. Das bedeutet eine Zunahme von rund 13 Proz. Die bedeutende Steigerung entfällt ganz und gar auf die inländische Produktion, die um nicht weniger als 14 Proz. über die vorjährige hinausging. Es wurden nämlich 94,17 Millionen Tonnen Kohle gewonnen gegen 81,57 im ersten Halbjahr 1905. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet ging die Kohlenversorgung Deutschlands von 1365,8 Kilo im ersten Halbjahr 1905 auf 1522,7 Kilo in der Vergleichszeit 1906 hinauf. Es stellte sich nämlich die Kohlenversorgung Deutschlands in Tonnen — pro Kopf der Bevölkerung berechnet — auf:

	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
1902 . . .	592,9	618,1
1903 . . .	649,2	626,1
1904 . . .	705,6	660,1
1905 . . .	688,0	700,8
1906 . . .	795,4	727,3

Die Vereinigung der Habelschen Brauerei mit der Brauerei Königsbad. Bekanntlich plant die Verwaltung der Brauerei Königsbad, Aktiengesellschaft, den Ankauf der Brauerei Habel. Sie hat deshalb zum 1. August eine Generalversammlung ihrer Aktionäre zur Bewilligung der nötigen Kapitalerhöhung berufen. Die Verwaltung macht über ihren Plan folgende Angaben: „Die Brauerei Habel soll für 3 700 000 M. erworben werden, wogu noch 500 000 Mark für Bestände und Kassenstände hinzukommen. Der Kaufpreis soll dadurch bestritten werden, daß 500 000 M. auf dem Grundstück ruhende Hypothek übernommen und 1 500 000 M. mit 4 Proz. auf zehn Jahre hypothekarisch kreditiert werden. Beim Kauf selbst sollen 500 000 M. und der Rest von 1 700 000 M. bei der Ausrüstung, welche spätestens am 1. Oktober cr. zu erfolgen hat, bezahlt werden. Der Nettogewinn betrug in den letzten zwei Jahren durchschnittlich circa 240 000 M. und wird für das laufende Jahr mindestens ebenso hoch geschätzt. Vereinbarungen entsprechend geht dieser Gewinn seit dem 1. Oktober 1905 schon für die Ausrüstung der Brauerei Königsbad. Dementsprechend sollen auch die neuen Aktien, deren Emission in Aussicht genommen ist, mit Dividendenberechtigung bereits vom 1. Oktober 1905 ausgehändigt werden.“

### Gewerkschaftliches.

#### Katholische Unternehmer und christliche Gewerkschaften.

Am Niederrhein ist der sogenannte Mittelstand durchweg katholisch und als solcher zählt das Kleinbürgertum politisch zum Zentrum. Diese katholischen Unternehmer werden in letzter Zeit sehr auffällig gegen die Leitung der Zentrumspartei, weil diese ihrer Ansicht nach die christlichen Gewerkschaften zu sehr protegiert! Um das Einbringen der freien Gewerkschaften in die gut katholischen Kreise in der äußersten Ecke des Niederrheins zu verhüten,

Sind dort Filialen der christlichen Gewerkschaften gegründet worden. Bei der Gründung stand die katholische Geistlichkeit Pate, in der frohen Hoffnung, die Arbeiter dauernd am Gängelbunde halten zu können. Auf die Dauer wurden die Arbeiter es aber müde, in den Gewerkschaften nur religiöse Thematika zu behandeln, sie sprachen auch einmal von der Verbesserung ihrer Lebenslage. Um die Herrschaft über die Massen nicht zu verlieren, gaben die Führer, wenn auch widerwillig, ihre Zustimmung zu Lohnforderungen, und die Folge waren die Kämpfe dort am Niederrhein; sogar in dem frommen Wallfahrtsort Avelaer kam es, wie wir schon berichteten, zu Streiks.

Jetzt scheint es auf die Vernichtung des christlichen Holzarbeiter- und des christlichen Tabakarbeiterverbandes abgesehen zu sein. Die Unternehmer dieser Branchen haben sich in Verbände zusammengeschlossen und sich laut Statut verpflichtet, keinen streikenden, wegen Streiks entlassenen oder in Aussperrung befindlichen Arbeiter einzustellen. Es sollen die „unberechtigten“ Forderungen und die „ungesetzlichen“ Uebergriffe der Arbeiter und der Vereinigungen zurückgewiesen werden. Den Arbeitern werden von den katholischen Unternehmern, um „Ruhe“ zu schaffen, Verträge von fünfjähriger Dauer mit gleichbleibenden Löhnen vorgelegt, die zu unterschreiben sich die ersteren weigern.

Von Seiten der Führer der Gewerkschaften wurden die Arbeiter veranlaßt, dreijährige Verträge in Vorschlag zu bringen, doch ließen sich die Unternehmer auf solche Vorschläge nicht ein und warfen die Arbeiter aufs Pflaster. Die Spannung zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Unternehmern ist infolge der Vorkommnisse sehr groß. Erbittert sind die katholischen Unternehmer auch über die Leitung des Volksvereins für das katholische Deutschland, weil diese ihn und wieder mit den Streikenden oder Aussperrten sympathisierte. Dem Volksverein wird Einseitigkeit vorgeworfen, es käme den Führern nur darauf an, die Arbeiter in Organisationen zusammenzuhalten, um sie besser leiten zu können. Die katholischen Unternehmer wären bis jetzt stets für den Verein eingesprungen, aber kein Finger wäre für sie gerührt worden, dieses müsse anders werden.

In einer Versammlung des Handwerkervereins in München-Bladbach, die dieser Tage stattfand, wurde dem Volksverein in einer Resolution die entschiedenste Mißbilligung wegen seiner Haltung ausgesprochen. Es wird also der offene Kampf gegen den Volksverein für das katholische Deutschland gepredigt; die katholischen Bauern in Westdeutschland, die auch nicht gut auf den genannten Verein zu sprechen sind, erhalten Bundesgenossen.

Die Führer des Zentrums werden, um es nicht ganz mit den beiden großen Schichten zu verderben, nachgeben müssen und wird die katholische Arbeiterschaft der leidende Teil bei der Versöhnung sein. Wenn nur durch diese Klaffencheidung im Zentrum die katholischen Arbeiter so viel an Einsicht gewinnen, um zu erkennen, daß ihr Platz in den freien Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Partei ist.

### Berlin und Umgegend.

**Wähtung, Schmiede!** Der Streik der Schmiede bei der Firma S. J. Eckert zu Friedrichshagen ist am Sonnabend durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Die Affordräge sollen einer Revision unterzogen werden, wodurch eine Erhöhung des Verdienstes um 5-7 Proz. eintritt; des ferneren wurden die übrigen Wünsche der Kollegen anerkannt. Sämtliche Kollegen werden wieder eingestellt. Zentralverband der Schmiede. Zahlstelle Berlin.

**Wähtung, Steinarbeiter der Filiale Berlin I.!** Wir fordern unsere Kollegen auf, nach wie vorher das Anfertigen von Streikarbeit (Kalkstein) zu unterlassen. Zu unterbleiben hat das Bearbeiten von Kalkstein, das Bearbeiten und Versehen halbfertiger Arbeit.

Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

Die ausgesperrten Lithographen und Steinbruder hielten am Montag wieder eine Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Der Referent Gasse sagte, wir treten heute in den dritten Monat der Aussperrung ein. Es handelt sich nicht darum, ob wir einen Pfennig mehr Lohn erhalten, sondern die Aussperrung ist ein Klassenkampf, in dem die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer ihre Kräfte messen. Man hielt unsere gewerkschaftliche Organisation bisher für unbedeutend und glaubte, sie würde einen längeren Kampf nicht bestehen können. Nun hat aber der gegenwärtige Kampf den Beweis geliefert, daß unsere Gewerkschaft eine der festesten und stabilsten ist, und daß sie den Kampf mit der größten Energie führt. Wir können auch heute wieder feststellen, daß auch nicht einer von uns wankend geworden ist. Die Prinzipale werden sich davon gewöhnen müssen, daß keiner von den Aussperrten umfällt. Die Unternehmer in unserem Verufe machen es gerade so, wie seinerzeit die Unternehmer in Grimnitzkau, sie lassen lieber eine blühende Industrie zu Grunde gehen, ehe sie von ihrem Herrenstandpunkt abgehen. Der Schaden, den die Industrie durch diesen hartnäckigen Standpunkt der Unternehmer erlitten hat, beläuft sich schon auf Millionen und es ist gar nicht abzusehen, bis zu welcher Höhe er noch anschwellen wird. Der Umstand, daß die Firma Schumann u. Schmidt von ihren 21 Maschinen 7 durch die Vereinigung der Streikbrüder hat in Betrieb sehen können, konnte ja den Kampf ein wenig in die Länge ziehen, aber die Situation wird dadurch nicht wesentlich beeinflusst. Vergebens bemühte man sich in voriger Woche auf Seiten der Unternehmer, Kollegen unter der Einwirkung des Alkohols zum Abfall zu bringen. Die Arbeit drängt, und mit jedem Tage des Kampfes wird der Schaden der Unternehmer, besonders der kleinen, größer. Die Aussperrten können dem weiteren Verlauf des Kampfes ruhig entgegensehen. Sollte der schließlich Erfolg auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllen, so ist doch das eine sicher, daß die feste Haltung unserer Organisation und vor Angriffen unserer Unternehmer in der Zukunft schützt. Ein zweites Mal werden sie den Kampf mit uns nicht aufnehmen.

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine kurze Diskussion in demselben Sinne. Unter anderem wurde mitgeteilt, daß die Firma Hellriegel ihr gesamtes Geschäftspersonal zum 1. September gekündigt hat, wahrscheinlich, weil sie sich durch die Aussperrung so weit gebracht hat, daß sie kein Personal mehr braucht. Der Schutzbund der Unternehmer hat die Firma Weigand in Lauban, die größte Steinbrudererei in Europa, zum Anschlag an die Aussperrung zu bewegen versucht, indem der Firma die Kundenschaft abzugeben versucht wird, weshalb sie, wie es heißt, mit einer Klage gegen den Schutzbund vorzugehen beabsichtigt. — Der verbandsvorsitzende Sillier machte die mit Beifall aufgenommene Mitteilung: Von gegnerischer Seite werde als ein für die Aussperrten ungünstiges Zeichen hingestellt, daß ein Vorstandsmittel auf die Reise gegangen ist, um Geld flüchtig zu machen. Es sei richtig, daß ein Vorstandsmittel in Hamburg ohne Rüge 100 000 Mark flüchtig gemacht habe. Das sei kein ungünstiges, sondern ein durchaus günstiges Zeichen, wenn der Verband immer noch Quellen habe, aus denen er schöpfen könne. Das bürge dafür, daß es die Aussperrten und Streikenden noch lange aushalten könnten. — Buchner aus München übermittelte der Versammlung unter lebhaftem Beifall die Grüße und Solidaritätsbekun-

dungen der Münchener Kollegen. — Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Gegenüber dem Beschluß des Ausschusses vom Schutzbund deutscher Steinbruderereibischer, in örtliche Verhandlungen nicht eher einzutreten, als bis überall die Arbeit wieder aufgenommen ist, erklären die ausgesperrten Lithographen und Steinbruder Vereins mit gleicher Entschlossenheit, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor nicht die lokalen Forderungen durch Verhandlungen geregelt sind. Sie sind nach wie vor entschlossen, die Opfer des Kampfes, die sie bereits 8 Wochen getragen haben, auch für die Zukunft bis zum Erfolge auf sich zu nehmen.“

### Der neue Tarifvertrag für das Buchbindergewerbe.

Es wird den Berliner Buchbindern und Buchbindereiarbeiterinnen offenbar äußerst schwer, sich mit den in Leipzig getroffenen Abmachungen einverstanden zu erklären. Die Mitgliederversammlung der Buchbindereibrände, die am Sonntag bei Duggenhagen stattfand und hauptsächlich von den nicht von der Aussperrung betroffenen gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, verließ, ohne daß es zu einer Abstimmung über den Vertrag kam. Und doch hatten sich die Vertreter der Organisation, besonders die Verbandsmitglieder Brückner und Hauelsen, alle mögliche Mühe gegeben, den Versammelten die Ueberzeugung beizubringen, daß unter den gegebenen Umständen und im allgemeinen Interesse der Kollegenchaft Deutschlands die Beendigung des Kampfes auf Grundlage des neuen Vertrages notwendig sei. Wie bereits früher erwähnt, haben die Prinzipalvertreter alles versucht, um den Vertrag für die Arbeiter so unangenehm wie nur irgend möglich zu gestalten. Natürlich wollten sie auch unbedingt an dem 30. April als Ablaufzeit des Vertrages festhalten und sich auf keinen Fall wieder mit dem 31. August einverstanden erklären. Der Vertrag sollte eben in einer Zeit des harten Geschäftsganges ablaufen, wo in vielen Großbuchbindereien mit vermindertem Personal nur halbe Tage oder auch nur einige Stunden täglich gearbeitet wird. Sie gaben aber dann dem Drängen der Arbeitnehmervertreter erst insofern nach, daß sie den 1. Juni als Ablaufzeit vorschlugen. Es blieb jedoch nicht — wie wir irrtümlich in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ berichteten — bei diesem Datum, sondern der Ablauf des Vertrages wurde auf den 1. Juli 1911 festgesetzt, also eine Uebereinkunft, die genau die Mitte zwischen dem von den Arbeitern und dem von den Unternehmern geforderten Termin enthält. Auf Grundlage der in Berlin nach dem 15. Juli gefassten Resolution zu verhandeln, hatten die Prinzipale von vornherein abgelehnt, und demgemäß bildeten die Leipziger und Stuttgarter Resolutionen die Grundlage der Verhandlungen. Die Lohnerhöhungen, die dann bewilligt wurden, übersteigen den in Leipzig zuletzt geforderten Stundenlohn für Arbeiterinnen um 1 Pf., bleiben um 2 Pf. hinter dem ursprünglich für Gehältern geforderten und um 1 Pf. hinter dem für Arbeiterinnen ursprünglich geforderten Lohn zurück, allerdings abgesehen davon, daß der Vertrag auf fünf Jahre gilt und die letzte Erhöhung der Löhne erst am 1. Januar 1908 eintritt. Eine Verbesserung gegenüber dem Vertrage vom 15. Juli besteht auch darin, daß bei den regelmäßigen Tarifverhandlungen, die alljährlich viermal stattfinden sollen, nicht, wie es damals hieß: der Vorstand des Buchbinderverbandes, sondern der Verband selbst durch 8 Delegierte vertreten sein muß, so daß also außer dem Vorstand die drei Tarifstädte durch eigene Delegierte vertreten sein können.

Den Vertretern der Organisation wurde es in der Sonntagsversammlung äußerst schwer gemacht, zu Worte zu kommen, und selbst dem Verbandsvorsitzenden wurde durch Debattenschluß das Wort abgeschnitten. Gasse stellte die Behauptung auf, in dem neuen Vertrage sei ein Passus enthalten, worin der Verbandsvorsitzende den Prinzipalen sein Bedauern über irgendwelche ihnen während des Streiks angetanen Beleidigungen ausdrückt. Verlangt hatten das die Prinzipale wohl, aber dieser Passus war schon aus dem Vertrage vom 15. Juli gestrichen worden. Durch Vorlegung des Originalvertrages wiesen denn auch die Vertreter des Vorstandes nach, daß jene Behauptung falsch ist. Gasse stellte dann einen Antrag, der die Ablehnung des Vertrages und außerdem die Aufforderung enthielt, die Vorstandsmitglieder sollten ihre Ämter niederlegen, weil sie eigenmächtig bei Abschluß des Vertrages gehandelt hätten. Der Antrag kam jedoch nicht zur Abstimmung. Die Versammlung wurde vertagt. Es war der Wunsch geäußert worden, daß eine zweite Versammlung schon innerhalb dreier Tage einberufen werde. Dem kann jedoch, wie der Vorsitzende klar bemerkte, nicht nachgegeben werden, da am Dienstag die Generalversammlung der Zahlstelle stattfindet.

Die Stuttgarter Buchbinder nahmen ebenso wie die Leipziger den Vertrag an.

### Wähtung, Buchbinder allerorten!

Zwar ist der Friede offiziell für die Tarifstädte abgeschlossen, allein ein Teil der Aussperrten wird nicht sofort, sondern erst im Laufe der nächsten Zeit wieder eingestellt werden. Einzelne Arbeitgeber scheinen auch das nicht halten zu wollen, was bei den Einigungsverhandlungen in Leipzig vereinbart wurde, sondern eine Art Auslese in Aussicht zu nehmen, wie wenigstens ein Inserat im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ vom 27. Juli vermuten läßt. Es heißt dort:

„Nach dem Streik werden für Stuttgart gesucht: Preßhergolder, Auftragsreiner, Fertigmacher, Festerinnen, Rarmorierer, Sortimenter, Dauernde Stellen, gut lohnende Stückarbeit. Näheres unter D. 6475 an die Expedition dieses Blattes.“

Das Inserat ist zwar vor dem Stattfinden der Einigungsverhandlungen in Leipzig ausgegeben worden, aber bezeichnend ist es immerhin, daß in demselben Blatte, das für die Veröffentlichung des Friedensvertrages seitens der Arbeitgeber vorgesehen ist, eine solche Annonce erschien. Man darf wohl hoffen, daß nunmehr „nach dem Streik“ nicht nach jener Annonce verfahren wird, denn aus den Reihen der Aussperrten selbst können alle jene Arbeitskräfte genügend genommen werden. Auf keinen Fall wird sich aber der Buchbinderverband eine solche Heranziehung von Arbeitskräften nach dem Tarifstädten durch die Prinzipale gefallen lassen, solange noch Aussperrte ohne Beschäftigung sind.

Die Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart bleiben daher solange für Buchbinder gesperrt, bis eine Bekanntmachung des Verbandsvorsitzenden in der „Buchbinder-Zeitung“ die Sperre aufhebt. Zureisenden Verbandsmitglieder werden daher bei Zuwiderhandlung die Verbandslegitimationen abgenommen und steht ihnen des weiteren event. der Ausschluss aus dem Verbandsbesitz bevor.

Alle arbeitersfreundlichen Blätter aus dem Nachdruck ersucht.

### Die Stuttgarter Buchbinder über den neuen Tarif.

Stuttgart, 30. Juli. In einer heute abgehaltenen Versammlung beschlossen die ausländischen Buchbindereitarbeiter mit 266 gegen 238 Stimmen, daß der Streik entgegen dem gestrigen Beschluß, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, so lange fortgesetzt werden soll, bis die Arbeitgeber die schriftliche Erklärung abgegeben hätten, daß sämtliche Buchbindereitarbeiter innerhalb von 2 Wochen ausnahmslos wieder eingestellt werden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes hat erklärt, daß, falls morgen in Stuttgart die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden sollte, die Buchbindereitarbeiter in Berlin und Leipzig, die heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, wieder ausgesperrt werden würden.

**Reiseeffekten-Sattler.** In der Reiseeffektenfabrik von Wädström in Göteborg (Schweden) ist es zu einem Konflikt gekommen, weil der Fabrikant die Löhne um 20 Proz. erniedrigen wollte. Da Wädström in Deutschland und Oesterreich Arbeiter suchen will, so werden die Kollegen gewarnt, nach Göteborg zu reisen. Internationale Vereinigung der Sattler und verwandten Verufe. J. A.: Sassenbach.

Die Erfolge des Metallarbeiterverbandes durch den Streik der Gießereiarbeiter, dem die bekannte Metallarbeitersperrung in der Metallindustrie folgte, sind von den Christlichen, vornehmlich aber von den Hirsch-Dunderschen, in Abrede gestellt. Wie gewöhnlich, haben diese Organisationen damit nur die Geschäfte der Scharfmacher bezogen, haben sie sich deren arbeitersfeindliche Abneigungen einer Niederrückung der Metallindustriellen in Hannover strapellos zu eigen gemacht. Das geschah im wesentlichen wohl deshalb, weil der Metallarbeiterverband es abgelehnt hatte, sich mit den Christlichen und Hirsch-Dunderschen zu verbinden und weil nun diese beiden Richtungen ihre Jesuitenmoral mit dem besten Willen nicht so betätigen können, daß sie in die Welt hineinposaunen, nur ihrem taktischen Geschick sei der errungene Erfolg zuzuschreiben. So leugnen sie einfach jeden Erfolg. Wahrscheinlich wird sich nun die bürgerliche Presse dieser Christlich-Hirsch-Dunderschen Lügen bemächtigen. Aus diesem Grunde halten wir es für ratsam, die wahren Tatsachen, wie sie vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Hannover für den dortigen Bezirk festgestellt sind, hier zu veröffentlichen. Die „gewaltige Niederlage“ des Metallarbeiterverbandes sieht danach so aus: Es haben laut Bestellungen für die Gießereibetriebe erhalten: 105 Lohnarbeiter eine Erhöhung von 5 Pf. pro Stunde, 117 Arbeiter 4 Pf., 152 Arbeiter 3 Pf., 63 Arbeiter 2 Pf. und 142 Arbeiter 1 Pf. Es waren vor dem Streik in 4 Betrieben Löhne unter 30 Pf. zu verzeichnen, jetzt dagegen in einem Betriebe, und zwar in einem Falle, es erhält nämlich ein Gießereiarbeiter der Hannoverischen Maschinenfabrik, der dort jahrgelungel beschäftigt ist, 25 Pfennige Lohn. Die Fabrik zahlte zwei Millionen Mark Dividende aus! Jede Kritik dieser Tatsache würde die Wirkung nur abschwächen, lassen wir diese daher für sich selbst sprechen. Diese circa 800 Lohnarbeiter erhalten außerdem die 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden. Ferner waren vor dem Streik tüchtige Former mit Wochenverdiensten von 12 bis 18 Mark abgeseift worden, deshalb die Forderung nach festen, zu gewährleisten Stundenlöhnen für alle Affordarbeiter. Vor dem Streik waren solche zu verzeichnen in vier Betrieben von vierundzwanzig, jetzt dagegen sind in allen Gießereien feste Stundenlöhne vereinbart und zwar auf folgender Grundlage: Mit 329 Affordarbeitern ist ein Lohn vereinbart von 30-35 Pf., mit 524 Arbeitern 36-40 Pf., mit 173 Arbeitern 41-45 Pf., mit 27 Arbeitern 46-50 Pf. Die sich hieraus ergebende „gewaltige Niederlage“ wird noch erhöht durch die Tatsache, daß die in den Einigungsbedingungen vorgesehene 59 stündige wöchentliche Arbeitszeit in einer Anzahl Betrieben nicht nur den Gießereiarbeitern, sondern auch den übrigen Abteilungen mit dementsprechenden Lohnzulagen für die Lohnarbeiter zugute kommt.

Die Hirsch-Dunderschen scheinen sich über eine Niederlage des Metallarbeiterverbandes zu freuen, statt sich zu entrüsten über die Brutalität der Metallgewaltigen, denn sonst würden sie nicht die Tatsachen zuungunsten der Arbeiter in das Gegenteil verkehren. Mit solchen Verunglimpfungen der Arbeiter sehen sich jene Arbeiterorganisationen aber selbst ein Denkmal der Schande. Gewiß ist der Erfolg nicht groß, das lag aber nicht am Metallarbeiterverband, sondern an der Schamlosigkeit der Scharfmacher. Aber von einer Niederlage zu reden, das ist eine Dreistigkeit, die man bis her nur bei den Trabanten des Scharfmachertrums voraussetzte.

### Ausland.

**Die Lohnbewegung der schwedischen Eisenbahner.** Die Distriktsverwaltungen der schwedischen Staatsbahnen sind dem Extrapersonal nun auch insoweit entgegengekommen, als sie die Verhandlungen über die Lohnforderungen schon auf den 10. August am herauf zu haben, und als gleichzeitig sowohl über die Forderungen des eigentlichen Bahnpersonals wie des Verfügtpersonals beraten werden soll. Die Wahl der Vertreter des Personals soll durch Wahlgittel erfolgen. Bei der Ausübung der Stimmen soll auch ein besonderer Vertreter des Eisenbahnerverbandes anwesend sein, wie ja auch besondere Verbandsvertreter an den Verhandlungen selbst teilnehmen werden. Abgesehen von der Lohnbewegung bei den Staatsbahnen finden gegenwärtig bei nicht weniger als sechs Privatbahnen, sämtlich in der Landschaft Schonen, Lohnbewegungen statt. Verhandlungen, die geführt wurden, sind gescheitert. Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes hat nun beschlossen, auf weitere Verhandlungen vorläufig zu verzichten, damit die ganze Kraft des Verbandes auf die Lohnbewegung bei den Staatsbahnen konzentriert werden kann.

## Haus der frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf, Mittwoch, 1. August, bei Thiel, Bergstr. 151-152, Vortrag der Genossin S. Kiesel über: Heinrich Heine.

## Versammlungen.

Die Fliesenleger und Hülfsarbeiter hielten am Freitag eine gemeinsame Versammlung ab. Zunächst wurde die jüngste Entscheidung des Einigungsamtes über die Arbeitsniederlegung bei der Firma Schmalisch u. Below besprochen. Bei dieser Firma hatten 40 Fliesenleger aufgehört, weil sie überzeugt waren, daß die Firma, entgegen dem Vertrage, in Afford arbeiten lasse. Die Schlichtungskommission unter Vorsitz eines Gewerberichters hatte die Arbeitsniederlegung als einen Verstoß gegen den Vertrag bezeichnet. Gegen diesen Entscheid hatten die Arbeitnehmer das Einigungsamt angerufen und dasselbe hat am Freitag in der Angelegenheit verhandelt und ebenfalls erklärt, daß die Arbeitsniederlegung, weil sie gemeinsam und auf Verabredung erfolgt sei, gegen den Vertrag verstoße. Diese Entscheidung wurde in der Versammlung besprochen und dagegen geltend gemacht, daß es sich weder um eine Verabredung, noch um ein gemeinsames Vorgehen gehandelt habe. Die betreffenden Arbeiter hätten einfach eine ihnen nicht mehr zusagende Arbeit aufgegeben. Durch Annahme einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Verhalten ihrer Mitglieder in der Schlichtungskommission einverstanden. — Die weiteren Erörterungen der Versammlung drehten sich um die in letzter Zeit oft besprochene Tatsache, daß große Firmen Arbeiten an sogenannte Subunternehmer vergeben, was die Fliesenleger als verschleierte Affordarbeit betrachten. Man einigte sich dahin, daß gegen dieses System vorgegangen werden müsse. Es soll Material gesammelt und in jedem Falle, wo Affordarbeit vorliegt, das Einigungsamt angerufen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unterdrückung der Presse.

Petersburg, 30. Juli. (V. S.) In Odeffa, Kola, Wilna und Zaganrog wurde das Erscheinen der Zeitungen verboten, die Druckerien geschlossen, weil dieselben den Wiborger Aufruf der ehemaligen Dumamitglieder veröffentlichten.

Warschau, 30. Juli. (V. S.) Hier ist wieder die strengste Zeitungstelegramm-Zensur eingeführt worden.

### Trogdem zu „liberal“.

Petersburg, 30. Juli. (Bureau Herald.) Der Chef der Oberprokuratorverwaltung Wellegarde wurde, wie verlautet, seines Postens entzogen.

### Ein neues Attentat.

Warschau, 30. Juli. (V. S. V.) In der Stadt Sochatschew (Gouvernement Warschau) wurde der Kreishauptmann Durags erschossen. Der Täter entkam.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend

hielt am Sonntag im Germaniaaal seine zweite Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben erstattete der Verbandsvorsitzende Ernst den

Bericht des Vorstandes:

Es lag gewissermaßen in der Luft, daß die erste Zeit nach der Gründung des Verbandes dem Ausbau der Organisation gewidmet war. Das Normalstatut für Berlin wurde beraten und von den Kreisen fast ohne Änderung angenommen. Dann hatte der Zentralvorstand das Organisationsstatut für die Provinz Brandenburg auszuarbeiten. Der Entwurf desselben hat die fast einstimmige Genehmigung der Vertretungen der Genossen in der Provinz gefunden. Das ist der beste Beweis, daß die hier und da ausgesprochene Meinung, die Berliner wollten die Genossen in der Provinz majorisieren oder gar unterdrücken, unbegründet ist. Hiernach waren wir überrascht, als die „Frankfurter Volksstimme“ einen Artikel brachte, in dem ausgeführt wurde, Berlin wolle die Provinz majorisieren. Wir glauben die Beweggründe des Artikelschreibers zu kennen und haben uns deshalb nicht veranlaßt gesehen, ihm zu erwidern oder Stellung gegen ihn zu nehmen. — Der Freudentag hatte uns beauftragt, einen Organisationsentwurf für Preußen auszuarbeiten. Wir sind bestrebt, mit dem Parteivorstand zusammenzutreten. Da gegen unseren Entwurf Bedenken geltend gemacht wurden, so findet in den nächsten Tagen eine nochmalige Beratung statt. — Mit der Agitationskommission setzen wir uns in Verbindung wegen der Agitation in der Provinz. Es ist eine Verständigung in dieser Hinsicht erzielt worden. Die Ausgaben für die Propaganda in der Provinz sind auf 28 000 M. berechnet worden, davon trägt Berlin 20 000 M. Infolge dieser Bewilligung glaubt der Zentralvorstand, daß die Agitation in der Provinz lebhafter betrieben werden kann. Eine Agitationsnummer der „Fackel“ ist verbreitet worden, um die uns noch fernstehenden Kreise für uns zu gewinnen.

Die Prekominmission hat sich zunächst mit der Ergänzung der Redaktion des „Vorwärts“ zu beschäftigen, sie glaubt, bezüglich der vorgenommenen Änderungen die Zustimmung der Berliner Genossen zu finden. Wegen der Vorortbeilage sind verschiedene Klagen laut geworden, auf Beschluß der Prekominmission ist die Vorortbeilage abgeändert, dafür soll der lokale Teil entsprechend ausgebaut werden. — Den Berichterstatter ist ein Urlaub unter Gewährung ihres durchschnittlichen Einkommens bewilligt worden. — Um den Klagen über die juristische Sprechstunde abzuhelfen, hat die Prekominmission beschlossen, daß die Sprechstunde auch des Sonntags abgehalten werden soll. — Bezüglich der Sperre des Inserates und redaktionellen Teils für den neuen Metallarbeiter-Verband möchte ich feststellen, daß der dahingehende Beschluß der Prekominmission nicht von außen angeregt ist. Die Kommission hat diesen Beschluß aus eigenem Antriebe gefaßt, denn es besteht schon ein älterer Beschluß, wonach solchen Gewerkschaften, die weder dem Gewerkschaftskartell, noch der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, der „Vorwärts“ zu sperren ist. Außerdem liegt ja auch ein Beschluß des Jenaer Parteitages vor, wonach jeder Abplittierung entgegenzutreten ist.

Die Barbieri traten an uns heran, um den Boykott auszusprechen über diejenigen Arbeitgeber, welche die Forderungen der Gehälts nicht bewilligen. Ich muß an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die Verhängung von Boykott nicht so gehandhabt wird, wie dies geschehen möchte. Wenn Boykott in der bisherigen Weise geführt werden, ohne die Masse erst für die Angelegenheiten zu gewinnen und für die Sache zu begeistern, können sie zu keinem Erfolg führen. Wenn der Boykott einmal verhängt wird, dann muß er auch so geführt werden, daß er eine wirksame Waffe der Arbeiter ist. — Ferner hatten wir uns mit dem Philharmonie-Boykott zu beschäftigen. Die Neue freie Volksbühne beantragte die Aufhebung des Boykotts. Wir haben die Angelegenheit den Kreisen übergeben, und die haben sich gegen die Aufhebung des Boykotts erklärt. Trotzdem hat die Neue freie Volksbühne am 21. April ihre Beethoven-Fest in der Philharmonie abgehalten. Wir sind der Meinung, wenn die Neue freie Volksbühne an die zuständige Instanz herantritt und um Aufhebung des Boykotts ersucht, dann möchte sie sich auch dem Beschluß dieser Instanz fügen, selbst wenn der Beschluß nicht in dem gewünschten Sinne ausfällt. Den Parteigenossen, die der Neuen freien Volksbühne angehören, machen wir den Vorwurf, daß sie in dieser Hinsicht nicht Remedur geschaffen haben.

Wir hatten uns ferner zu beschäftigen mit der Organisation des Gemeindevortrags, der am 5. Mai in Berlin stattfand. Die Konferenz war besucht von 23 Vertretern aus Berlin, 45 aus Teltow-Beeskow und 43 aus Nieder-Barnim. Die Beratungen der Konferenz zeigten, mit welchem Ernst und Eifer unsere Genossen in den Gemeindevorträgen ihre Pflicht tun, und mit welcher Zielklarheit sie für die Interessen der Arbeiter eintreten.

Außer den Verwaltungsarbeiten hatten wir natürlich unser Augenmerk hauptsächlich auf die Agitation zu richten. In erster Linie ist hier die Protestbewegung gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht zu nennen. Es kann festgestellt werden, daß diese Bewegung trotz aller höhnischen Bemerkungen, trotz allen Geredes und trotz aller Verhöhnungen einen guten Erfolg für unsere Partei hatte, denn unsere Reihen sind gewaltig gestärkt. Diese Protestbewegung hat uns viele neue Mitglieder und der Parteipresse viele neue Abonnenten gebracht. Wir können also mit der Protestbewegung sehr zufrieden sein. Die Bewegung setzte damit ein, daß am 14. Januar 800 000 Flugblätter verbreitet wurden. Am 21. Januar fanden dann 96 Überfälle, von großer Begeisterung getragene Versammlungen statt. Am 11. März wurde wieder ein Flugblatt verbreitet und am 18. März fanden 108 Versammlungen statt. Natürlich fällt auf den ersten Blick kein Baum. Wir werden durch rastlose Tätigkeit die Massen in Bewegung halten, Aufklärung und Zielbewußtsein verbreiten und so die herrschenden Klassen zwingen, uns unser Recht zu gewähren.

Am 6. Februar veranstalteten wir 25 Versammlungen zum Protest gegen die Polypolitik der Regierung. In diesen wurde auch unserer Sympathie für die russischen Freiheitskämpfer Ausdruck gegeben, und konnten wir unseren Brüdern in Rußland als Beitrag der Telleransammlungen 9000 Mark überweisen. — Am 25. März fand eine Versammlung statt, in der Eduard Bernstein sprach. Mehr wie je war in dieser Versammlung die alte Garde unserer Partei vertreten und der Zweck der Versammlung, Material für die Berliner Parteigeschichte zu erhalten, wurde erfüllt.

Wald darauf rüsteten wir zur Maifeier, mit der in diesem Jahre zum erstenmal die Forderung auf Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts verknüpft wurde. Der Verlauf der Maifeier war großartiger als je zuvor, ein Beweis, daß der Gedanke der Maifeier nicht tot ist, sondern daß er lebt trotz aller Bedenken, die einzelne gegen die Maifeier erhoben. — Für den Zentralvorstand hatte die diesjährige Maifeier leider einen bitteren Nachgeschmack. Wir waren gezwungen, eine Diskussion wegen der Folgen der Maifeier in der A. G. zu führen, die um so bitterer für uns war, als sie sich richtete gegen eine Unterhändlerpolitik und Unwahrhaftigkeit, wie sie sonst bei Parteigenossen nicht vorkommt.

Am 15. Mai veranstalteten wir 45 Versammlungen gegen die Verpfändung der Schule, die alle gut besucht waren. — Ferner veranstalteten wir eine Serie von sechs Vorträgen, die Genosse Raurenbrecher über neuere deutsche Geschichte hielt. Es konnte natürlich nicht unsere Absicht sein, tiefe wissenschaftliche Bildung zu verbreiten. Das kann man mit solchen Veranstaltungen nicht erreichen. Wir wollten nur, daß die Genossen angeregt werden zu weiteren Nachdenken und zu weiterer Studium. Daß diese Absicht erreicht ist, das haben alle Besucher der Vorträge anerkannt. Wir haben die Absicht, im nächsten Jahre ähnliche Vorträge halten zu lassen.

Der Zentralvorstand beschloß, daß auf dem Juni-Zahlabend die Broschüre „Gegen Volksverdummung und Volksknebelung“ und auf dem August-Zahlabend die Broschüre „Schule, Kirche, Arbeiter“ unentgeltlich verteilt wird.

Um die genannten Arbeiten zu betwähigen, waren außer den Kommissionsitzungen nötig: 7 Sitzungen des Zentralvorstandes, 22 Sitzungen des Aktionsausschusses, 5 Sitzungen mit anderen Körperlichkeiten, 3 Sitzungen, die sich mit dem Brandenburg und 5 Sitzungen, die sich mit dem Statut für Preußen beschäftigten. An Korrespondenzen gingen 1930 Sendungen ein und 5434 aus. Das Mittelungsblatt wird in 4300 Exemplaren hergestellt. 657 Referenten wurden vom Verbandsbureau vermittelt.

Wir übergeben hiermit unseren Bericht der Kritik der Genossen. Der Verbandskassierer Böcke erstattet hierauf den Kassierbericht für das erste Halbjahr. Eingenommen wurden an Monatsbeiträgen 78 000 M. Davon zahlten: Der 2. Kreis 6250 M., der 3. Kreis 4500 M., der 4. Kreis 27 000 M., der 5. Kreis 1800 M., der 6. Kreis 29 700 M., Teltow-Beeskow 4850 M., Niederbarnim 4500 M. — Die Einnahme an Beitragsmarken a 5 Pf. betrug: 1. Kreis 250 M., 2. Kreis 1650 M., 3. Kreis 1000 M., 4. Kreis 4200 M., 5. Kreis 450 M., 6. Kreis 6500 M., Teltow-Beeskow 5000 M., Niederbarnim 2750 M., zusammen 21 850 M. — Sonstige Einnahmen: Telleransammlung für die russischen Opfer am 21. Januar 9190,29 M., sonstige Telleransammlungen 70,51 M., für den Partefonds 2094,86 M., von den Kreisen zurück 686,90 M., zusammen 12 042,06 M.

Die Ausgaben betragen: An den Parteivorstand: für die Ruffen 920,80 M., Monatsbeiträge 70 000 M. An die Agitationskommission 3481 M., an die Stadtverordnetenfraktion 2000 M., Prekominmission 149,67 M., Lokalkommission 60 M., Samariterkolonne 220 M., Prozeßkosten 270,20 M., Verwaltung, Bureau, Drucksachen usw. 5489,91 M.

Die Gesamt-Einnahme ist 112 492,06 M., die Gesamt-Ausgabe 90 911,58 M., der Bestand beträgt 21 580,48 M.

Die Diskussion wird eröffnet. Böcke-Beisecker beantragt, daß in Zukunft der Kassierbericht gedruckt vorgelegt werde.

Rönnig-Baumshäulentweg vertreibt auf die Klagen darüber, daß die juristische Sprechstunde unzureichend sei. Die Abhaltung an den Abenden genüge nicht, es müsse ein Tag dazu angelegt werden. — Wenn der „Vorwärts“ für den neuen Metallarbeiterverband gesperrt sei, dann wäre es doch logisch, auch gegen die Gränder des Verbandes vorzugehen. Es frage sich auch, ob die „Vorwärts“-Druckerei noch die Drucksachen für diesen Verband anfertigen dürfe.

Wels: Betreffs der juristischen Sprechstunde teilt die Prekominmission die Unzufriedenheit der Genossen, aber es fehlt uns die Möglichkeit, die Sprechstunde so einzurichten, daß sie allen Anforderungen entspricht. Es ist ausgeschlossen, einen Rechtsanwalt zu bekommen, der den ganzen Tag die Sprechstunde abhält. Auf Beschluß der Prekominmission wird vorläufig für drei Monate die nachgehende Auskunft schriftlich erteilt, dadurch wird ein großer Teil der Mängel beseitigt werden. In der Angelegenheit mit dem neuen Metallarbeiterverband muß ich bemerken, daß die Prekominmission die erste Parteinstanz war, die in die Lage kam, gegen diese Neugründung Stellung zu nehmen. Sie hat das in klarer und präziser Weise getan und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Partei gegen jede Zersplitterung der Gewerkschaften ist.

Wiesner: Wenn wieder Vorarbeiten für die Maifeier getroffen werden, dann möge sich der Aktionsausschuß nicht nur mit der Gewerkschaftskommission, sondern auch mit dem Kartell in Verbindung setzen, damit nicht wieder zwei verschiedene Resolutionen angenommen werden. Die Sperre des neuen Metallarbeiterverbandes billige ich nicht. So lange der „Vorwärts“ Inserate von jedem Händler annimmt, muß er auch die Inserate des Verbandes aufnehmen. Die juristische Sprechstunde ist bei anderen Zeitungen besser wie beim „Vorwärts“, so kann es nicht weitergehen.

Erst erhält das Schlusswort: Laut Statut wird alljährlich der Kassierbericht gedruckt herausgegeben, der nächste also im Dezember. Damit ist wohl der Antrag des Genossen Rönnig erledigt. Wegen der Maifeier hat sich Wiesner an die falsche Adresse gewandt. Nicht der Aktionsausschuß, sondern der Parteivorstand hat die Resolution mit der Generalkommission festgesetzt. Wenn die „Vorwärts“-Druckerei die Aufträge des neuen Metallarbeiterverbandes zurückweist, dann führt sie eine andere Druckerei aus. Anders ist es mit der Sperre des Blattes, diese erreicht den beabsichtigten Zweck; der „Vorwärts“ wird dadurch der neuen Organisation vertrieben. Die Zurückweisung der Druckaufträge dagegen wäre ein Schlag ins Wasser.

Auf Antrag der Redigoren wird der Kassierer entlastet. Böcke zieht seinen Antrag zurück.

Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: Anträge aus den Kreisen.

Zunächst werden folgende Anträge zur Debatte gestellt: 2. und 3. Kreis.

Die einzelnen Kreiswahlvereine Groß-Berlins haben das Recht, an ihre Mitglieder im Laufe des Geschäftsjahres Broschüren von gleichem Gesamtpreise, bis 50 Pf. (ausschließlich Parteitagsprotokolle), jedoch eventuell von verschiedenem Inhalt, gratis zu verteilen.

Teltow-Beeskow. Jedem Kreise steht das unbeschränkte Recht zu, Gratisbroschüren an seine Mitglieder zu verteilen.

Werner begründet den Antrag des 2. Kreises. Die Wünsche der einzelnen Kreise wegen der Broschüren könnten im Aktionsausschuß mit geringer Mehrheit abgelehnt werden, wie es auch schon geschehen sei, deshalb sei es berechtigt, den Kreisen selbst die Bestimmung über die Broschürenverteilung zu lassen. — Krendsee wendet sich gegen den Antrag. — Grünwald beantwortet den Antrag Teltow-Beeskow mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Kreises, die für den ländlichen Teil desselben besondere Broschüren und besondere Flugblätter nötig machen. — Freyhäfer fährt demgegenüber aus, daß diesen Verhältnissen schon früher Rechnung getragen wurde und auch jetzt noch Rechnung getragen wird dergestalt, daß Einheitlichkeit in der Broschürenverteilung herrscht mit Ausnahme der ländlichen Bezirke von Teltow-Beeskow und Niederbarnim. — Nach einer weiteren Diskussion werden beide Anträge abgelehnt.

Hierauf werden folgende Anträge zur Debatte gestellt: 2. Kreis.

Die dem Aktionsausschuß zur Beschlußfassung vorliegenden wichtigen Angelegenheiten müssen auf Antrag der Vertreter von drei Kreisen dem Zentralvorstande zur Beschlußfassung überwiesen werden.

Sollten im Zentralvorstand, Aktionsausschuß oder in sämtlichen Kommissionen bei wichtigen Beschlüssen drei Kreise Einspruch erheben, so ist die Angelegenheit an die Kreise zur Beschlußfassung zurückzuweisen.

Wohlfahrt begründet den Antrag des 3. Kreises. Der Antrag sei bestimmt, die Selbständigkeit der einzelnen Kreise zu wahren.

Schröder empfiehlt den Antrag des 2. Kreises.

Wels wendet sich gegen beide Anträge, weil sie in Widerspruch stehen mit den Gedanken der Zentralisation und weil sie auch geeignet seien, ein schnelleres Arbeiten der Instanzen zu verhindern.

Hize spricht ebenfalls gegen beide Anträge. Wartenberg führt aus, der Antrag seines Kreises solle verhindern, daß die Mitglieder immer vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Mitglieder wollen informiert werden, sie wollen in wichtigen Angelegenheiten mitbestimmen, wie es die demokratischen Grundsätze erfordern.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurden beide Anträge abgelehnt.

Der 4. Kreis beantragt:

1. Um eine Garantie für gute Ausstattung und tadellosen Druck der aus besonderem Anlaß herausgegebenen Festschriften (Silvester, März, Maizeitung) zu erhalten, sind die in Rede stehenden Schriften der Stuttgarter Parteidruckerei zu überweisen. Bei dem bei dem Leiter der „Vorwärts“-Druckerei einzeln und allein maßgebenden Prinzip, aus solchen Schriften einen möglichst hohen Ueberschuß herauszuwirtschaften, kam auf eine bessere Ausstattung durch den Berliner Verlag nicht gerechnet werden.

Krieg: Im vierten Kreise sei lebhaft über die letzte Maifeierzeitung debattiert worden, die Folge der Debatte war der vorliegende Antrag. Die „Vorwärts“-Druckerei sei nicht in der Lage, bessere Festschriften zu liefern, hier herrsche nur das Prinzip, Ueberschuß aus solchen Zeitungen zu gewinnen. In Stuttgart würden derartige Festschriften besser gemacht. Solchen Schund wie die letzte Maizeitung wollen die Arbeiter nicht haben.

Althaus: Die Ausführungen der in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellten Festschriften seien sehr mangelhaft, trotzdem erliche er, den Antrag abzulehnen, mit dessen Annahme würden sich die Berliner Genossen ein Armutzeugnis ausstellen.

Singer: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Man hätte erwarten sollen, daß die Antragsteller die Adresse kennen, an die sie ihren Antrag zu richten haben. Für die Herstellung der Festschrift ist nicht die Druckerei, sondern die Buchhandlung verantwortlich, und diese untersteht dem Parteivorstand. Meine Kollegen im Parteivorstand sind auch der Meinung, daß die letzte Maizeitung geradezu entsetzlich ist. Die bildlichen Darstellungen sind es, die der Würde der Maifeier nicht entsprechen. Wir haben mit dem Leiter der Buchhandlung eine ernste Aussprache gehabt und sind darüber einig geworden, daß solche Bilder wie in der letzten Maizeitung nicht wieder vorkommen dürfen. Auf der anderen Seite erfordert es aber die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß die Buchhandlung auch recht gute Festschriften herausgegeben hat, so die Heine-Nummer und die Schiller-Nummer. Die Zustimmung über die Mai-Nummer ist begründlich, aber diese Generalversammlung damit zu beschäftigen, das ist die Sache denn doch nicht wert. Uebrigens ist es auch nicht leicht, bei der schnellen Folge unferer Festschriften immer Gutes zu bekommen. Unberechtigt ist der Vorwurf, daß es dem Leiter der Druckerei nur auf den Ueberschuß ankomme. Wenn es so wäre, dann hätten daran auch die Berliner Genossen schuld, die ja die Eigentümer der Druckerei sind. Wer unbefangenen ist, der muß sagen, daß sich die Ergebnisse der Druckerei und der Buchhandlung in den letzten Jahren verbessert haben, ohne daß sie teurer geworden sind. — Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Wielep bringt folgende Resolution ein:

Die Generalversammlung spricht ihre Unzufriedenheit mit der Ausstattung verschiedener Festschriften aus. Sie erwartet, daß in Zukunft mehr Bedacht darauf gelegt wird, daß neben dem agitatorischen auch der künstlerische Wert bei diesen Festschriften mehr hervortritt. Auf die Erzielung von Ueberschüssen soll erst in letzter Linie gerechnet werden.

Der Antrag des 4. Kreises wird abgelehnt und die Resolution Wielepp angenommen.

Hierauf werden folgende Anträge zur Debatte gestellt: 4. Kreis.

Es ist eine Statistik der Mitglieder des Verbandes nach Berufsgruppen zusammenzustellen. Das Ergebnis der Statistik ist mit den Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen prozentual zu vergleichen und als Agitationsbroschüre auszuarbeiten. Diese ist speziell in den Gewerkschaften, den Fabriken und den Werkstätten zu verbreiten.

In Anlehnung an § 6 Absatz 2 des Kreisstatuts mit seiner Bestimmung über die Zugehörigkeit der Parteimitglieder zur gewerkschaftlichen Organisation und zum Zwecke des Ausbaues der Statistik wird beschlossen: Die Bezirksführer sind gehalten, über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Wahlvereinsmitglieder zur gewerkschaftlichen Organisation in den Mitgliederlisten eine Antribut zu führen des allgemeinen Interesses wegen als auch zu dem Zweck, am Jahresabschluss die noch nicht gewerkschaftlich organisierten Genossen besser an ihre Pflicht erinnern zu können.

Beide vorstehenden Anträge werden nach kurzer Diskussion angenommen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung wird der folgende Antrag erledigt:

Der „Vorwärts“ soll auch im Wochenabonnement abgegeben werden.

Es folgt der vierte Punkt der Tagesordnung: Verbandssangelegenheiten.

Funk erhält hierzu das Wort und fährt aus: Der sechste Kreis hat beschlossen, diejenigen Mitglieder, welche entgegen ihrem Beschluß am 1. Mai in der A. G. gearbeitet haben, auszuschließen. Zu diesem Beschluß hatte der sechste Kreis kein Recht, denn wichtige Beschlüsse müssen für ganz Berlin gemeinsam gefaßt werden. Jetzt tritt ein unhaltbarer Zustand ein: während die Mitglieder des 6. Kreises, die den Maibeschluß gebrochen haben, ausgeschlossen werden, bleiben die Arbeiter, welche denselben Beschluß gebrochen haben, unbeschäftigt, wenn sie in einem anderen Wahlkreise wohnen. Ich bitte die Generalversammlung, dazu Stellung zu nehmen. Es geht nicht, daß der 6. Kreis aus der Reihe tanzt.

Philippson: Der Beschluß des 6. Kreises bezieht sich nicht nur auf die Arbeiter der A. G., sondern auf alle Arbeiter, auch in anderen Betrieben, die entgegen ihrem Beschluß am 1. Mai gearbeitet haben. Der 6. Kreis hat ein Recht, so zu beschließen. Ueber den Ausschluß selbst hat ja ein Schiedsgericht zu entscheiden. Ob die betreffenden ausgeschlossen werden, ist also noch fraglich. Ich hätte es lieber gesehen, wenn der Vorredner gefordert hätte, daß der Beschluß des sechsten Kreises über ganz Berlin ausgedehnt wird.

Werte beantwortet ebenfalls die Ausdehnung des Beschlusses über ganz Berlin. Wir müssen uns auf den Standpunkt des sechsten Kreises stellen, sonst können wir in den Werkstätten nicht mehr agieren.

Hofmeister: Bisher war es üblich, daß Parteigenossen, die sich auf gewerkschaftlichem Gebiet vergangen hatten, nur dann ausgeschlossen wurden, wenn in jedem Falle ein Ausschlußantrag der Gewerkschaft an die Parteioorganisation gestellt wurde. Der sechste Kreis hat sich darüber hinweggesetzt. Der Metallarbeiterverband hat in Sachen derjenigen, die sich gegen den Maierebeschluß vergangen haben, eine Untersuchungskommission eingesetzt. Diese wird nicht dazu kommen, den Ausschluß der betreffenden zu empfehlen. Warten wir den Beschluß der Kommission ab, sie wird es jedenfalls bei einer Abge bewenden lassen.

Hertz: Auf diesen Beschluß brauchen wir nicht warten. Ich bin für Ausschluß der betreffenden auf ein Jahr. In der A. G. haben alle Wahlvereinsmitglieder für die Maifeier gestimmt und schließlich haben sie diejenigen, die sie nicht wollten, zurückgehalten gesucht. Anstatt am 2. Mai mit den Gemahregelungen hinauszugehen, haben sie dann Ueberstunden gemacht und in der Woche 5 bis 6 M. mehr verdient. Die würden sich freuen, wenn es jedes Jahr solchen 1. Mai gebe.

Rönnig: Jeder Wahlverein hat das Recht, Ausschlußanträge zu stellen, die Entscheidung auf ein Jahr. In der A. G. haben alle Wahlvereinsmitglieder für die Maifeier gestimmt und schließlich haben sie diejenigen, die sie nicht wollten, zurückgehalten gesucht. Anstatt am 2. Mai mit den Gemahregelungen hinauszugehen, haben sie dann Ueberstunden gemacht und in der Woche 5 bis 6 M. mehr verdient. Die würden sich freuen, wenn es jedes Jahr solchen 1. Mai gebe.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

W e b e r (zur Geschäftsordnung): Die Generalversammlung muß doch durch einen Beschluß ihre Stellung zu dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringen. Es geht doch nicht, daß eine Kreis die betreffenden ausschließt und die anderen Kreise nicht.

Vorsitzender Doppel: Es ist kein Antrag hierzu gestellt. Jetzt eben geht ein Antrag ein, den können wir aber nicht mehr berücksichtigen, weil die Debatte geschlossen ist.

Ein Antrag, die Debatte wieder zu eröffnen, wird abgelehnt.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung lautet

### Parteiangelegenheiten.

Juppenthal führt hierzu aus: In der letzten Zeit hat nichts mehr Staub aufgewirbelt, als die geheimen Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Daß die „Einigkeit“ diese Abmachungen veröffentlicht hat, das geschah mit gutem Recht und zu dem Zweck, daß die Parteigenossen darüber diskutieren können. — Die Polemik, die sich an die Veröffentlichung knüpfte, hat nicht den Kern der Sache getroffen. Es handelt sich vor allem um die Frage, wie der Parteivorstand dazu kommt, mit der Generalkommission geheime Abmachungen zu treffen, welche den Beschluß des Jenaer Parteitages annullieren. Das ist der Kern der Sache, darauf ist man in der Polemik nicht eingegangen. Man hätte den Parteivorstand zu anderen Erklärungen zwingen müssen, als die, welche Webel zu der Sache abgegeben hat. Das war keine Aufklärung, sondern ein Herumgehen um die Sache. Ist es demokratisch, hinter verschlossenen Türen über wichtige Angelegenheiten Abmachungen zu treffen? Erst wird auf dem Parteitag ein Beschluß gefaßt, und dann wird er hinterherrs annulliert. Die Genossen des 6. Kreises, die sonst so radikal sein wollen, haben in dieser Sache nichts getan. Ohne die Veröffentlichung der „Einigkeit“ hätte kein Mensch eine Ahnung von dem gehabt, was der Parteivorstand mit der Generalkommission abgemacht hat. Der Parteivorstand muß sich rechtfertigen. Was er in der Presse erklärt hat, das genügt nicht. Es kommt nicht darauf an, ob sich die Abmachungen auf die damalige Situation bezogen, sondern vielmehr darauf, daß geheime Verhandlungen über eine wichtige Angelegenheit getroffen sind.

Wiesner: Ich bin überzeugt, wenn man Ihnen das Protokoll der Vorstandskonferenz in die Hände gegeben hätte, dann würde keiner mit dem einverstanden sein, was zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission abgemacht ist. Es steht nun fest, daß der Parteivorstand das Protokoll wochenlang in Händen hatte; er tat nichts dagegen, er hat also die Sache nicht für bedeutend gehalten. Hätte man die Verhandlung bekanntgegeben, dann wäre eine Stimme der Entrüstung ausgebrochen. Ich kritisiere hauptsächlich, daß man die Abmachungen trotz und daß Parteigenossen, selbst Reichstagsabgeordnete dem zustimmten. Wenn man der Meinung ist, daß es so gemacht werden soll, wie es in dem Protokoll steht, dann mußte man den Genossen und den Gewerkschaften sagen, so soll es gemacht werden. Als wir das Protokoll hatten, fühlten wir uns verpflichtet, den Genossen zu sagen, was los ist. Wenn die Führer bestimmen, ohne daß die Genossen dabei mitzureden haben, so ist das eine Diktatur, die ich nicht gefallen lasse. Wir waren überzeugt, keine Infamie zu begehen. Der „Vorwärts“ hat auch keine klare Stellung in der Sache genommen. Anstatt zu sagen, wie er sich dazu stellt, hat er sich bloß herausgedrückt.

Kannich: Ich habe mich mit dem Genossen Wiesner nicht darüber auseinandergesetzt, was er mit der Konferenz der Vorstände abgemacht hat. Nur auf das will ich eingehen, was gegen den Parteivorstand gesagt worden ist. Wenn der Parteivorstand in der Lage gewesen wäre, das Protokoll zu verwenden, dann wäre es geblieben. Da die Generalkommission darauf besteht, daß das Protokoll nicht veröffentlicht wird, so können wir nicht so illohal sein, selbständig darüber zu verfügen. Wenn unser Antrag, die Vorstände zu befragen, ob sie mit der Freigabe des Protokolls einverstanden sind, ausgeführt und uns dann der Bescheid darüber zugestellt wird, dann wird es an uns sein, zu beraten, was dann zu geschehen hat. Bis zur Stunde konnten wir nicht anders handeln, wir mußten die Veröffentlichung unterlassen. — Juppenthal hat gefragt, wie der Parteivorstand dazu kommt, mit der Generalkommission geheim zu beraten. Ja, auf wie vielen Parteitagen ist nicht beantragt und beschlossen worden, der Parteivorstand solle mit der Generalkommission nicht nur Fühlung suchen, sondern in Fühlung bleiben, um Aktionen der Arbeiterklasse auf beiden Gebieten, der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung, gemeinsam auszuführen. Es sind nicht nur solche Anträge auf den Parteitagen angenommen, sondern es ist auch angeregt worden, nach einer Instanz neben Parteivorstand und Generalkommission zu schaffen, welche ein gemeinsames Handeln auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete durchführen soll. Weheim soll die Sitzung gewesen sein. Sie war in Bureau des Parteivorstandes. Sollen wir solche Sitzungen vielleicht auf dem Parteitag abhalten oder sollen wir dazu eine öffentliche Versammlung nach einem großen Saale einberufen und angeht die Parteigenossen, soweit sie Platz finden, die Sache besprechen? Gewiß, es sind ja schon Anforderungen in der Richtung gestellt worden, daß, wenn der Parteivorstand etwas plant, er es den Genossen mitteilen soll, damit sie darüber mitreden können. Aber das läßt sich doch nicht machen. Wollten wir so die Parteigeschäfte führen, daß wir alles, was wir zu unternehmen beabsichtigen, auf offenem Markte beraten und beschließen, dann würden unsere Gegner in der Lage sein, sofort mit einem Gesandtschaft zu antworten. Also nicht um geheime Sitzungen handelt es sich, sondern der Parteivorstand hat ordnungsgemäß ausgeführt, was der Parteitag beschlossen hat. Der Parteivorstand würde sein Verantwortungsgesühl verlieren, er würde nicht auf seinen Platz gehören, wenn er in einer Angelegenheit von großer Tragweite nicht so handeln würde, wie er in diesem Falle gehandelt hat. Solche Verhandlungen können nur unter den maßgebenden Körperlichkeiten gepflogen werden und nur so, wie sie gepflogen sind. Aus den sogenannten Thesen, welche Silberbach nach dem Protokoll angegeben hat, wird nun ein Strid gedreht, der Parteivorstand und Webel an der Spitze sollen den Standpunkt von Jena preisgeben und sich bereit erklärt haben, die Propaganda des politischen Massenstreiks überhaupt zu inhibieren und denselben für alle Zeit in die Kumpfkammer zu stellen. Das ist der springende Punkt, die Niederkämpfung, die Verbitte, die in dieser Anschuldigung liegt. Ich meine, der Parteivorstand, der durch das Vertrauen der Genossen auf seinen Posten gestellt ist, sollte doch so viel Vertrauen genießen, daß man das glaubt, was er in dieser Sache erklärt hat. Ich gebe hier die ausdrückliche Erklärung ab: Der Parteivorstand mit Webel an der Spitze steht nach wie vor auf dem Boden des Referats und der Resolution des Jenaer Parteitages bezüglich des Massenstreiks. Um darüber keinen Zweifel zu lassen, ist dieser Punkt aus unserer eigenen Initiative auf die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages gesetzt. Schon aus diesem Grunde sollten doch diejenigen, welche sich als Parteigenossen aufspielen und jetzt den Parteivorstand verdächtigen, sich sagen, daß man an der Erklärung des Parteivorstandes nicht zweifeln darf. Zur Ehre der Generalkommission muß ich sagen, sie hat nicht das Ansinnen an uns gestellt, daß der politische Massenstreik nicht propagiert werden soll. Ich betone, die Aussprache war unverbindlich. Wir wollten nur eine Sondierung vornehmen, wie sich die Gewerkschaften stellen würden, wenn der politische Massenstreik in jener Situation ausbrechen sollte. Es wäre eine Unterlassungspflicht gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. Man ist auch auf Seite der Generalkommission und der Gewerkschaften der Überzeugung, daß, wenn der Parteivorstand den Augenblick für gekommen erachtet, den politischen Massenstreik zu proklamieren, die Gewerkschaften ohnmächtig wären, etwas dagegen zu tun. Also nach wie vor ist die Situation die: Die Parteileitung und Webel an der Spitze halten selbstverständlich die Beschlüsse von Jena für bindend und werden danach handeln. Der politische Massenstreik ist in unsere Kumpfkammer aufgenommen, er wird hervorgeholt, wenn er mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden kann. Das ist aber nur dann angebracht, wenn die Lyer, die bei solchem Kampfe gebracht werden müssen, den Preis wert sind, den es zu erbringen gilt. Der richtige Taktiker muß die Mittel abwägen, die der Partei zur Verfügung stehen. Wenn

man jetzt damit kreben geht, daß Mitglieder des Parteivorstandes ihres Alters wegen nicht mehr genug Energie und Angriffsfähigkeit besitzen, so sage ich: Auch der Parteivorstand mit seinen alten Mitgliedern wird, wenn es um Kopf und Kragen geht, ebenso an ihrer Spitze stehen, wie in ruhigen Zeiten, wo es sich nur um die Verwaltung handelte. (Beifall.) Ich könnte es nun als Infamie bezeichnen, wenn man sagt: Seht, was hinter den Kulissen vorgeht, wir haben sie gelüftet. Was dem Parteivorstand vorgeworfen werden kann, ist, daß er das Protokoll nicht gelesen hat. Die These 1 würde, wenn wir sie gelesen hätten, den schärfsten Protest hervorgerufen haben. Genosse Schmidt wird mir bestätigen können, daß unsere Abmachung mit der Generalkommission nur für die preussische Wahlrechtsbewegung getroffen ist. Die damalige Situation schien uns nicht so, daß wir den verantwortungsvollen Schritt der Proklamierung des Massenstreiks wagen konnten. Ja selbst die „Einigkeit“ gibt doch zu, daß damals die Situation dem Massenstreik nicht günstig war. — Es ist niemand eingekommen, die Propagierung des Massenstreiks für immer zu hindern. Der Parteivorstand hat so gehandelt, wie er in der damaligen Situation handeln mußte. Hätte er anders gehandelt, dann würden diejenigen recht haben, welche jetzt sagen: Völl, wasche über deine Leiden. (Beifall.)

J e g g l i n: Die Erklärung des Genossen Pfannkuch genügt mir persönlich, aber es müssen auch die Genossen beruhigt werden, die nicht hier sind. Wir haben den Parteivorstand nicht angegriffen, denn wir unterschrieben doch: Wenn Webel das gesagt hat, was Silberbach mit ausgeführt hat, usw. Warum war die Abmachung geheim? Webel sagte doch in Jena, wir haben nicht nötig, die Frage des Massenstreiks geheim zu verhandeln. Wir können verlangen, daß solche Abmachungen den Arbeitern mitgeteilt werden. Wenn ein Mann wie Reichhäuser an den Verhandlungen teilnehmen konnte, dann haben die deutschen Arbeiter erst recht das Recht, zu verlangen, daß ihnen mitgeteilt wird, was da verhandelt ist. (Beifall.) Nach dem Protokoll sind auf der Konferenz der Vorstände Neuerungen gefallen, die einem Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Wir verlangen vom Parteivorstand, daß er dem Ansturm der Generalkommission gegenüber stark bleibt. Wenn Ein sagte, man solle doch Gewerkschaftsbeamte nach dem Parteitag schicken und die ganze Gewerkschaft fortzuschicken, was ist das anders als Parteiberat. Und Reichhäuser sagte, daß doch den Kindern das Messer nicht in die Hand, dann können sie sich nicht schneiden. Der „Einigkeit“ sollte man für ihre Veröffentlichung dankbar sein. Jetzt wird aber von allen Seiten auf ihr herumgehackt. Auf dem Parteitag werden die deutschen Arbeiter erfahren, daß es so ist, wie wir gesagt haben. (Beifall.)

S t r o b e l: Ich habe mich nur gemeldet, um die Angriffe gegen den „Vorwärts“ zurückzuweisen. Genosse Wiesner sagt, der „Vorwärts“ sei wie die Kage um den heißen Brei herumgegangen, andere Blätter hätten es besser gemacht, sie hätten Stellung genommen. Hätte Wiesner nur gesagt, welche Blätter er meint, ich habe sie alle gelesen. Keines hat sich mit der Frage des Massenstreiks so eingehend beschäftigt wie der „Vorwärts“. Andere Blätter haben dem Parteivorstand den Vorwurf gemacht, er habe abgewiegelt und gebremst zu einer Zeit, wo in den Arbeitermassen Stimmung für den Massenstreik war. Dieser Vorwurf ist aber die „Einigkeit“ nicht. Sie stellt sich vielmehr auf den Standpunkt, daß im Frühjahr die Situation für den Massenstreik nicht günstig war. — Der „Vorwärts“ ist nicht wie die Kage um den heißen Brei herumgegangen, sondern er ist mitten in die Sache hineingegangen. Allerdings hat der „Vorwärts“ kein großes Gewicht auf die Frage gelegt, ob der Parteivorstand ein Verbrechen dadurch begangen habe, daß er das Protokoll nicht gelesen hätte. Der Kernpunkt war der, zu untersuchen, ob die Blätter recht hatten, welche dem Parteivorstand vorwarfen, er habe im Frühjahr die Situation nicht richtig gewürdigt. Ferner galt es zu untersuchen, ob Webel den Standpunkt seines Jenaer Referats und der Resolution verlassen habe. Diese Fragen hat der „Vorwärts“ eingehend behandelt. Er hat ausgeführt, der Beschluß von Jena verlangt nicht, daß der politische Massenstreik schon morgen ausgeführt werde. „Gegebenenfalls“ soll er angewandt werden. Die Umstände, unter denen von der Waffe des Massenstreiks Gebrauch gemacht werden soll, müssen also eingehend erwogen und reichlich diskutiert werden. Es gibt ja Genossen, welche meinen, wir müßten vorgehen ob wir siegen oder nicht. Diese haben recht, wenn sie auf den Parteivorstand loschlagen und die Taktik der Partei kritisieren. Aber daran hat von uns hier wohl niemand gedacht, daß wir das preussische Wahlrecht nur so hinwegjagen können. Erfolge hat unsere Protestbewegung trotzdem gehabt. Nun ist gesagt worden, der Parteivorstand wolle ja den Massenstreik nicht einmal propagieren. Ja, in einer solchen Situation, wie sie im Frühjahr herrschte, wäre propagieren gleichbedeutend gewesen mit proklamieren und inszenieren. Dieser Vorwurf gegen den Parteivorstand ist also hinfällig. Die „Einigkeit“ sagt, der Parteivorstand hätte sich nicht mit der Generalkommission einlassen sollen, denn die Situation sei ja dem Massenstreik nicht günstig gewesen, es habe also keine Veranlassung vorgelegen. Abmachungen über den Massenstreik zu treffen. Ich sage, es verdient Anerkennung, daß der Parteivorstand so vorsichtig war, auch mit der Möglichkeit eines Massenstreiks zu rechnen und für diesen Fall Vorkehrungen zu treffen. Daß der Parteivorstand nicht für alle Zeit, sondern nur in der damaligen Situation den Massenstreik nicht propagieren wollte, ist unklar. Es wäre auch eine Dummheit gewesen, die man dem Parteivorstand nicht zutrauen kann, wenn er zu der Generalkommission gegangen wäre, um ihr zu sagen, daß er seine Meinung über den Massenstreik geändert habe. — Die Redaktion des „Vorwärts“ steht seit je das Protokoll der Vorstandskonferenz fern, auf dem Standpunkte, daß das, was da über Partei und Gewerkschaft verhandelt worden ist, der Öffentlichkeit unterbreitet werden muß. Der Parteivorstand ist derselben Meinung, er hat sich deshalb an die Generalkommission wegen Freigabe des Protokolls gewandt. Daß diese Rücksicht geboten ist, das muß jedem Genossen klar sein, der nicht Zwitteract, sondern Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften wünscht. Die Frage Partei und Gewerkschaft muß erörtert werden, ebenso der Massenstreik. — Wer nicht Wuchstabenlauberei treibt, der muß die Haltung des Parteivorstandes billigen.

A b e r: Die Erklärung des Genossen Pfannkuch kann uns vollständig zufrieden stellen. Ueber das Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführern und dem Parteivorstand darf die Diskussion noch nicht abgeschlossen werden. Die Erklärung Webels habe ich von Anfang an geglaubt, lediglich deshalb, weil es unvernünftig wäre, wenn der Mann, der seit einem Menschenalter auf dem linken Flügel der Partei steht, sich jetzt auf die rechte Seite stellen sollte. Die „Einigkeit“ hätte vor ihrer Veröffentlichung den Parteivorstand fragen sollen, ob das, was im Protokoll steht, richtig ist. Der „Einigkeit“ ist außerdem der Vorwurf zu machen, daß sie den Artikel von Kleinlein aufgenommen hat. Das ist der schwerste Vorwurf, der die „Einigkeit“ trifft. Ich bin aber nicht einverstanden mit der Hege, die jetzt gegen die Lokalkreise betrieben wird. Diese Hege geht von einzelnen Gewerkschaftsführern aus, sie beweist, daß dieselben kein gutes Gewissen haben, darum wollen sie die Aufmerksamkeit auf die Lokalkreise lenken. Die Berliner Genossen sind nicht gewillt, sich von einzelnen Gewerkschaftsführern knüpfen zu lassen, die keine werfen zu lassen. Diese Meinung soll in Mannheim zum Ausdruck kommen.

R o b e r t S c h m i d: Der Vorredner wünscht Klarheit zwischen Parteivorstand und Gewerkschaftsführern. Nach Pfannkuchs Ausführungen kann man doch annehmen, daß Klarheit besteht und daß die Unklarheit auf der anderen Seite ist. Ich bin erstaunt, daß man den sogenannten Thesen eine Deutung gegeben hat, an die weder der Parteivorstand noch die Generalkommission gedacht haben. Es wäre ja unglücklich, daß der Parteivorstand zur Generalkommission geht und ihr sagt, er werde für alle Zeit den Massenstreik nicht propagieren. Solche Dummheit, ja solchen Parteiberat kann der Parteivorstand doch nicht begehen. Der Parteivorstand hat zugegeben, daß er die Jenaer Resolution nicht so auslegt, wie sie manche Genossen auslegen. Mit gutem Recht kann der Parteivorstand sagen, er hat auf Grund der Jenaer Resolution zu prüfen, wann die Situation für die Anwendung des Massenstreiks gekommen ist. Manche Genossen meinen ja,

solche Situation sei schon dagewesen. Aber in allen Fällen, wo sich der Parteivorstand mit der Frage der Anwendung des Massenstreiks zu beschäftigen hatte, so bei der Wahlrechtsbewegung in Hamburg und in Sachsen, hat der Parteivorstand die Situation nicht für günstig gehalten. Als die Besprechung zwischen Parteivorstand und Generalkommission stattfand, da waren nach meiner Auffassung diese Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vorhanden. — Ich meine, die Situation zur Zeit der Wahlrechtsbewegung in Preußen war nicht geeignet für den Massenstreik. Auf Seite der Gewerkschaften war kein Grund, dem Parteivorstand in den Arm zu fallen, wenn er die Anwendung des Massenstreiks für nötig hielt. Das ist auch der Standpunkt der Generalkommission, daß die Führung eines politischen Massenstreiks der Parteivorstand haben muß und niemand anders. Wenn wir in der Generalkommission dem Massenstreik auch nicht sympathisch gegenüberstehen, so erfordert es doch die Pflicht, den Massenstreik zu unterstützen, wenn ihn der Parteivorstand proklamiert. In solchen Augenblicken kann es der Gewerkschaft gar nicht bezahnen, wenn sie die Partei nicht unterstützen wollte. Ich hätte deshalb auch gegen die Thesen gesprochen, wenn ich bei der Besprechung zugegen gewesen wäre, denn das kann gar nicht sein, daß wir auf gewerkschaftlicher Seite der Partei in den Rücken fallen.

Hier ist gesagt worden, der Ansturm der Generalkommission gegen den Parteivorstand soll abgewehrt werden. Nun, im Parteivorstand ist niemand, der vor der Generalkommission ins Rascheln kriecht, und wir in der Generalkommission stehen auch unseren Mann. — Man hat in diese Angelegenheit Differenzen hineingetragen, die nicht vorhanden sind. Wir sind durchaus loyal verfahren. Der Parteivorstand ist an uns herangetreten, um zu erfahren, welche Stellung die Gewerkschaften im Falle eines Massenstreiks einnehmen. Dabei hat Webel die bekannten Vorschläge gemacht. Viel wichtiger wie die erste These sind für mich die anderen fünf, in denen die Haltung der Gewerkschaften bei einem Massenstreik festgelegt wird. Selbstverständlich bezogen sich die Abmachungen nur auf gegenwärtige Verhältnisse. Wir haben die Gewißheit erlangt, daß der Parteivorstand nicht zu denen gehört, die mit allen Mitteln auf den Massenstreik hinarbeiten.

Siehen Sie nun endlich auf mit den Beschuldigungen und Äußerungen der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, die ganz unhalbar sind. — In dem Protokoll sind ja manche Bemerkungen enthalten, von denen ich lieber gesehen hätte, wenn sie nicht gemacht worden wären. Aber es kommen doch auf jedem Kongreß Neuerungen vor, die nicht zu billigen sind. Aber alles das ist noch lange nicht so schlimm, als wenn jetzt in einer Versammlung gesagt wird, wie es kürzlich bei den lokalkreislichen Bauarbeitern geschehen ist: das Gewerkschaftsblatt ist eine Erziehungsanstalt für Lumpen. — Die Bekanntgabe des Protokolls haben wir nicht zu fürchten, möglich, daß es freigegeben wird. Aber durch die Intrige der „Einigkeit“ lassen wir uns nicht zwingen. Ebenso wie die Partei müssen auch die Gewerkschaften für sich das Recht beanspruchen, gewisse Dinge in internen Kreisen zu besprechen. Die Klarstellung dessen, was Webel gesagt hat, kann nicht durch dritte erfolgen. Dazu ist der Parteitag der Ort, wo sich die Beteiligten gegenübersehen. Dort kann in persönlicher Aussprache festgestellt werden, was gesagt worden ist. So lange können wir warten. Bis dahin geht weder die Partei noch die Gewerkschaft zugrunde. Nach der Haltung des „Vorwärts“ und den heutigen Ausführungen Strobel's glaube ich, daß der „Vorwärts“ in der Frage des Massenstreiks eine ruhigere Taktik einschlagen wird, als er es nach dem Jenaer Parteitag getan hat. Ich hoffe, daß der Zwist aufhört und daß ein ruhiges Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaft möglich sein wird. —

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gestellt und damit begründet, daß weiteres Reden über diese Sache zu nichts führe; Klarheit könne nur der Parteitag schaffen. — We b e r spricht gegen den Schlußantrag. Die Debatte über diese wichtige Angelegenheit solle Klarheit schaffen über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. — Der Schlußantrag wird angenommen. Dann erfolgt die Abstimmung über die nachstehenden Resolutionen:

Die Generalversammlung spricht dem Parteivorstande in Sachen seiner Stellungnahme zum politischen Massenstreik ihr volles Vertrauen aus, sie erucht aber die Generalkommission im Interesse beider Organisationen um Freigabe des Protokolls der Vorstandskonferenz.

S e l l e: Die Generalversammlung ist der Ansicht, daß der Massenstreik eine Waffe im Emanzipationskampfe der Arbeiter ist. Sie erwartet, daß der Mannheimer Parteitag in demselben Sinne wie der Jenaer Parteitag beschließen wird. Die alsbaldige Veröffentlichung des unvollständigen Protokolls des Februarprotokolls der Verhandlungen über „Partei und Gewerkschaft“ hält sie im Interesse der Partei für geboten.

Stadthagen. Viesegang. Sonnenburg. Freiwald. Grauer.

Die erste Resolution wird gegen etwa 6 Stimmen, die zweite gegen 2 Stimmen angenommen.

Seim letzten Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes beantragt Philippodon:

Die Generalversammlung möge beschließen, den Beschluß des 6. Kreises betreffend Ausschließung derjenigen Arbeiter, welche am 1. Mai in Betrieben, wo mit Majorität Arbeitsruhe beschlossen wurde, gearbeitet haben, sich zu eigen zu machen.

Philippodon empfiehlt den Antrag, G a d e l u s c h spricht gegen denselben. Die Annahme des Antrages würde bedeuten, daß sich die Generalversammlung des Verbandes über die einzelnen Kreise hinwegsetzt. Wir sind nicht ein Wahlverein für Groß-Berlin, sondern ein Verband der Wahlvereine, und haben nicht das Recht, Beschlüsse der einzelnen Kreise zu korrigieren.

Nachdem noch A l l e r und H a l l e r gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde derselbe mit 424 gegen 285 Stimmen angenommen. — Einstimmig debattelose Annahme fand folgende Resolution:

Die Generalversammlung nimmt erneut Anlaß, den kämpfenden Brüdern in Rußland ihre vollste Sympathie auszusprechen. Sie erblickt in dem neuesten Vorstoß der Jarenknechte die letzten Atemzüge der schändlichsten politischen und wirtschaftlichen Herrschaft, die je bestanden hat. Sie verpflichtet auch weiterhin die kämpfenden Proletarier Rußlands ideell und materiell zu unterstützen und erhofft und wünscht ihren baldigen Sieg. G r u n w a l d.

V o r f. F r a n k: Die Generalversammlung hat erfreulicherweise in vollster Ruhe und Sachlichkeit die Parteiangelegenheiten Groß-Berlins erledigt. Unsere Organisation ist ausgebaut, jetzt gilt es die Massen zu schulen, unsere Mitglieder zu zielbewussten Kämpfern zu machen und neue Genossen zu gewinnen. So werden wir zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen gelangen. Ich wünsche die Versammlung mit dem Rufe: Die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

### Die freie Vereinigung der Krankenkassen

Der Provinz Brandenburg hielt am Sonntag im Berliner Gewerkschaftsausschuß ihre dritte Jahreskonferenz ab. Anwesend waren 83 stimmberechtigte Delegierte der Provinz, die 91 000 Mitglieder vertraten; außerdem waren 44 Berliner Kassen durch Delegierte mit beratender Stimme vertreten. Den Geschäftsbericht der Verwaltung gab der Vorsitzende S i m a n o w s k i - B e r l i n. Demnach hat sich die Zahl der der Vereinigung angeschlossenen Kassen in der Provinz im letzten Jahre von 13 auf 30 vermehrt, die einen Bestand von rund 70 000 Mitgliedern aufweisen. Dingu kommen da noch 40 Kassen der nächsten Vororte von Berlin, die jedoch aus örtlichen und geschäftlichen Gründen der Berliner Zentralkommission angeschlossen sind. Im ganzen sind somit in der Provinz Brandenburg (außer Berlin) 70 Krankenkassen mit circa 184 000 Mitgliedern organisiert. Ein gutes Resultat, wenn man in Betracht zieht, daß die Organisation erst zwei Jahre alt ist, und daß die Aufsichtsbehörden, Landräte und Regierungspräsidenten noch stets ihren Einfluß gegen einen derartigen Zusammenschluß der Kassen geltend gemacht haben. Es steht zu erwarten, daß sich demnächst auch der größte Teil der noch

tüchtigsten Provinzialklassen der Vereinigung angliedern wird, so daß diese dann in der Lage sein werden, nicht nur die Interessen der Massenmitglieder der Ärzten und Lieferanten gegenüber besser wie bisher zu wahren, sondern auch ihre Gesamtwünsche an maßgebender Regierungstelle entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Dem vorjährigen Beschluß, in den einzelnen Landratskreisen hin und wieder Kreisversammlungen abzuhalten, sind allerdings nur die Klassen der Kreise Templin und Zülpiger-Landkreise nachgekommen. Es sind jetzt jedoch weitere derartige Konferenzen in Aussicht genommen. Auch die Krankenkassen der einzelnen Orte unter sich zu organisieren, ist versucht worden. Nur in Bernau war dies möglich; in Spandau und Brandenburg a. Havel sowie mehreren anderen Orten dagegen scheiterte dieser Versuch an dem Widerstand der Aufsichtsbehörden. Mit Konfliktfällen sind die Klassen im großen und ganzen ziemlich versorgt geblieben. Es gewinnt mithin den Anschein, als hätten die Herren Ärzte einsehen gelernt, daß sie mit einem Vorgehen, wie sie es in den Jahren 1903 bis 1904 liebten, nicht weiter kommen, sondern daß es auch in ihrem Interesse liegt, mit den Klassen in Frieden zu leben. Auf der letzten Hauptversammlung des Leipziger Ärzteverbandes ist zwar berichtet worden, daß der Verband häufig in solchen Konflikten eingreifen mußte, jedoch kommen hier fast ebensoviel Sanitäts- und bürgerliche Wohlfahrtsklassen wie Krankenkassen in Frage. Aus verschiedenen Orten, in denen angeblich Konfliktfälle mit Krankenkassen bestehen sollten, ist auf Anfrage der Verwaltung geantwortet worden, daß dort von solchen Zerwürfnissen überhaupt nichts bekannt sei. Hieraus läßt sich der Schluß ziehen, daß es den hiesigen Ärzten wohl nur darauf angekommen ist, einen eingebildeten „Konflikt“ zu melden, um die Anfechtung der neuen Ärzten nach Möglichkeit zu hintertreiben.

Was nun die Apotheker anbelangt, so gehen diese gegen die Klassen jetzt in einer Weise vor, die fast noch schlimmer ist, als zur Zeit des Berliner Apothekerkonflikts. Nicht nur, daß den Massenmitgliedern allerhand Unannehmlichkeiten bereitet werden, glauben die Apothekerbesitzer auch, es stehe völlig in ihrem Belieben, ob und wieviel Rabatt sie gewähren wollen. Ja selbst in Demonstrationen der Klassen ergehen sich die Herren Apotheker, und nicht nur diese, sondern sogar die Apothekerkammer leistet hierin das ihrige. Ein derartiges Verhalten dürfte über kurz oder lang Veranlassung geben, auch den Provinzapothekeern einmal gründlich Klarzumachen, daß sich die Krankenkassen gegen solche Praktiken sehr wohl zu wehren wissen. Was von den Apothekern auf diesem Gebiet noch zu erwarten steht, beweist ein Antrag, den die Apotheker des Kreises Potsdam der diesjährigen Hauptversammlung des deutschen Apothekerverbands unterbreitet haben. Er lautet: „Die Hauptversammlung wolle in Erörterungen eintreten, in welcher Weise dem wirtschaftlichen Ruin der Apotheker durch die Krankenkassen in wirksamer Weise zu begegnen sei.“ Was es mit diesem „Ruin“ auf sich hat, weiß ein jeder, der die fast fabelhaften Summen kennt, die beim Verkauf von Apotheken gezahlt werden. Redner kritisierte sodann ein Verfahren der Landesversicherungsanstalten, das dahin geht, in Heilanstalten untergebrachte Patienten täglich 5 bis 8 Stunden mit Garten-, Land- und Forstwirtschaftsarbeiten zu beschäftigen, wobei die Patienten noch obendrein noch dem Bedienungspersonal angetrieben werden. Wenn dann noch hinzukommt, daß solche Anstalten bei Uebernahme des Heilverfahrens von der Krankenkasse wohl das volle Krankengeld einzahlen, an die Angehörigen des Patienten aber nur die Hälfte oder zwei Drittel desselben ausbezahlt, so macht sie dabei noch ein Geschäft, das sich mit der vielgerühmten sozialen Fürsorge nur schlecht in Einklang bringen läßt. Aus all diesen Mißständen ergebe sich daher, daß der Krankenversicherungsorganisation noch große Aufgaben der Besserung bevorstehen, um die Interessen der Versicherten in jeder Hinsicht nach Möglichkeit wahrzunehmen. (Beifall.) Der ebenfalls vom Redner vorgelegte Jahresbericht wieder für das abgelaufene Geschäftsjahr bei einer Einnahme von 481,78 Mark und einer Ausgabe von 687,96 Mark ein Defizit von 206,18 Mark, das durch die rechnungsmäßig ebenfalls noch ungetilgte Mindereinnahme des Vorjahres eine Gesamthöhe von 1068,18 Mark erreicht. Nicht weniger wie 54 Klassen hatten keine Beiträge zur Deckung der Unkosten eingekandt, auch keine Drucksachen entnommen.

Nach einem sehr befähigt aufgenommenen Vortrag des Professors Dr. med. Brandenburg über: „Die Volkswirtschaften und ihre Bekämpfung“ sprach Redner Dr. Hermanns-Kathenow sodann über die Bekämpfung der Volkswirtschaften. Redner betonte besonders die Wahl geschäftsfähiger Männer, die auch über das nötige sozialpolitische Verständnis verfügen, in die Klassenverbände sowie auch in die Landesversicherungsanstalt Brandenburg. Als eine große Genugtuung für die gesamte Arbeiterschaft aber müsse das unlängst bekannt gewordene Ergebnis einer regierungsoffiziellen Umfrage gelten, die klipp und klar den Beweis geliefert hat, daß von einem Mißbrauch der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Parteizwecken absolut keine Rede sein kann. Für Kenner der Verhältnisse hand es zwar von vornherein fest, daß die Umfrage kein anderes Resultat zeitigen konnte. Doch gerade der Umstand, daß dieses Ergebnis erzielt wurde, obwohl nur Arbeitgeber befragt worden waren, habe der Angelegenheit einen besonderen Wert verliehen, so daß damit allen gegenteiligen Behauptungen von gewisser Seite aus ein für allemal die Spitze abgebrochen sei. (Lebhafter Beifall.)

In der ausgiebigen Debatte wurde u. a. auch über die Lieferung von Bahnerzatz und Milch an die Krankenpatienten gesprochen. Schow vertat hierbei den Standpunkt, daß die Klassen mit der Milchverordnung nur recht vorsichtig zu Werke gehen möchten, weil ein gut Teil der verordneten Milch nicht allein nur dem Patienten zugute käme, sondern in dessen ganzer Haushaltung verwanzt würde, wodurch den Klassen denn doch zu hohe Kosten entstünden. Sämtliche übrigen Redner wandten sich mehr oder minder scharf gegen diese Ausführungen Schows, und der Referent nannte sie in seinem Schlusswort geradeaus bedauerlich, da ohnehin schon in den Klassenverbänden der Sozialismus genügend blühte, Schow mithin nicht noch extra zu bremsen brauche.

Das nächste Referat hielt Schow über: „Die bedingteste Vereinfachung der Arbeiterversicherung.“ Die Ausführungen des Redners gipfelten darin, daß es mit der regierungseitig angefügten Reform der Arbeiterversicherung wohl noch gute Wege haben werde. Schon bei dem Vorkurs über die Umwandlung der Hilfsklassen habe sich die hohe Bürokratie derart blamiert, daß die gesetzgebenden Körperschaften bei einer etwaigen Vorlage der „großen Reform“ das Vertrauen zu dieser Bürokratie vollends verloren haben würden. Übrigens scheint der „Vorwärts“ schlecht unterrichtet zu sein, wenn er wegen des Hilfsklassenentscheidungs für den Herbst große Kämpfe im Plenum des Reichstages in Aussicht stelle. Mit der angebotenen Beschränkung der Selbstverwaltung in den Klassen stehe es harmloser, als es anfangs erschien. Die Abmürkung der Selbstverwaltung stehe nicht so ohne weiteres zu erwarten, weil sie sich eben nicht so einfach durchführen lasse. Eine Diskussion über das Referat wurde nicht beliebt.

Der Verwaltung wurde sodann ein Antrag der Brandenburger Zentralkassen- und Begräbniskasse für Frauen überlesen, der besagt, die Apotheker zu verpflichten, sauber gemachte leere Arzneifläsche wieder zurückzunehmen, wodurch den Klassen eine ansehnliche Ersparnis erwachsen würde. — In die Verwaltung wurden sodann gewählt: Weidemann-Brandenburg, Bauer-Frankfurt, Meyer-Spandau, Hermanns-Kathenow, Felber-Fürstentum, Zahn-Landkreise, Herrmann-Dahme, Schmidt-Randeburg und Pappay-Potsd. Außerdem gehören ihr an der geschäftsführende Ausschuss der Zentralkommission zu Berlin. Als nächster Konferenzort wurde Berlin wieder bestimmt.

## Aus der Partei.

Im Anschluß an den deutschen Parteitag findet am Sonntag, den 30. September 1906, vormittags 8 Uhr, in Mannheim im Lokale „Karl Theodor“ O 6, 2 unsere erste Generalversammlung statt.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht.
2. Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung.
3. Die kapitalistische Ausbeutung der Jugend.
4. Jugend und Alkohol.
5. Militarismus.
6. Beratung der Anträge.
7. Wahl des Vorstandes und des Ortes, an dem die nächste Generalversammlung stattfinden soll.

Der Unterzeichnete richtet an alle Genossen die Anforderung, sofort mit den Vorarbeiten zur ersten Generalversammlung zu beginnen, also die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Dort, wo die Entsendung eines Delegierten unmöglich ist, bitten wir, das Mandat einem Delegierten zum Parteitag zu übertragen. Die Anträge müssen spätestens am 15. September im Besitze des Vorsitzenden Bruno Wagner, Mannheim Q. 5, I sein.

Wir eruchen die Parteigenossen, auch dort, wo noch keine Jugendorganisation besteht, zu dieser Generalversammlung Stellung zu nehmen und dieselbe zu beschicken.

Mannheim, den 25. Juli 1906.

Mit sozialdemokratischem Jugendgruß  
Verband junger Arbeiter Deutschlands.  
Der Hauptvorstand. J. A.: Bruno Wagner.

**Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.** Der sozialdemokratische Kreisverein für den Reichstagswahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück hat seinen letzten gedruckten Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1905/1906 herausgegeben.

Am 21. Januar und am 18. März wurden je 15 Volksversammlungen im Kreise abgehalten. Im Gefolge dieser beiden Demonstrationen trat eine Stärkung der Organisation um etwa 500 Mitglieder ein. Die Gesamtorganisation des Kreises schloß im vorigen Jahre mit 7 Vereinen und 987 Mitgliedern ab. In diesem Jahre zählt sie 19 Vereine und 1527 Mitglieder, und die Auflage der „Erfurter Tribüne“ liegt bei 3680 auf 428.

Der Klassenkampf verdoppelte sich gegen das Vorjahr und erreichte eine Höhe wie sonst nur in Wahljahren (4245,91 M.). Dem Parteivorstand wurden 350 M. überwiesen. Die Sammlung für die russischen Revolutionäre ergab 804,97 M.

**11. Badischer Reichstagswahlkreis.** (Mannheim-Weinheim.) Auch aus diesem Kreise liegt bereits der gedruckte Bericht vor: „Die Zahl der organisierten Genossen im Kreise betrug 4542 (Zunahme von 623 im zweiten Quartal 1906). Die „Vollstimme“ hat 11 107 Abonnenten (Zunahme 627). Bei einer Reihe von Bürgerausführungen gelang es, in der dritten Klasse sämtliche auscheidenden Bürgerausführungsmitglieder durch Parteigenossen zu ersetzen. Auch wurden bekanntlich auf dem Wege des Kompromisses einige Sozialdemokraten aufs Rathaus gebracht (zum Teil auch in der zweiten Wählerklasse). Für die drei ländlichen Landtagswahlkreise fanden im verflohenen Quartal Gemeindevertreterkonferenzen statt, die zur allgemeinen Zufriedenheit der Parteigenossen ausfielen. Es sitzen im Kreise in 8 Gemeinderäten zusammen 15 und in 19 Bürgerausschüssen 210 Sozialdemokraten.

Ueber die Raiffeisen heißt es im Bericht: „Die Raiffeisen, die in diesem Jahre Anlaß zu einer längeren Polemik zwischen dem „Vorwärts“ und unserer „Vollstimme“ gaben, verliefen überall in durchaus würdiger Weise. Es darf wohl auch hier nochmals betont werden, daß die Parteigenossen unseres 11. Reichstagswahlkreises sich über die würdigste Form der Raiffeisen wohl ebenso klar sind wie die Genossen anderer Kreise, aber es muß eben doch berücksichtigt werden, daß in den ländlichen Gemeinden sich der Raiffeisengedanke noch nicht so eingebürgert hat, wie dies wünschenswert wäre, und daß dort eine allmähliche Erziehung der Arbeiterschaft für eine würdige Begehung des ersten Mal einer Alles- oder Nichts-Politik (!) vorzugehen ist. Durch Arbeitdrücke resp. durch Verarmung am ersten Mal selbst wurde außer in Mannheim noch in folgenden Orten demonstriert: in Allshausen, Heubach, Rodenburg, Redarau, Sandhofen, Schweiningen, Baldhof, Weinheim, gegen frühere Jahre immerhin ein erheblicher Fortschritt.“

Im zweiten Quartal 1906 wurden an den Parteivorstand 500 Mark abgeführt.

Der zweite weimarische Reichstagswahlkreis hielt am Sonntag im meiningischen Städtchen Salzungen seine Jahresversammlung ab. — Aus den Berichten geht hervor, daß seit der Nachwahl im vorigen Jahre die Mitgliederzahl sowie die Ziffer der Abonnenten der Parteipresse sich gesteigert haben. Aus den neuen Kalibergbaubetrieben wurde über weitgehenden Terrorismus der Gegner aller Parteien gellagt. In einzelnen Orten war es sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern, die öffentlich auftraten, nicht einmal möglich, eine Schlafstube zu erhalten. — Geschlossen wurde, für geleistete Parteiarbeit eine Kontrollmarke einzuführen. — Zum Parteitag in Mannheim wurde der Kandidat des Kreises, Genosse Leber-Jena delegiert. Die Kreisleitung verbleibt in Chemnitz. Die nächstjährige Generalversammlung soll möglichst, um dem Oberlande mehr Rechnung zu tragen, in Stadt Lengsfeld abgehalten werden.

**Koburg.** Am Sonntag, den 29. Juli, fand in Koburg die diesjährige Landeskonferenz für den Reichstagswahlkreis Koburg statt. Aus den größeren Orten des Kreises waren 34 Delegierte, darunter 5 Genossinnen, erschienen. Der Jahresbericht zeigte, daß dem Kreis noch eine energische Bearbeitung not tut. Das Parteibüro, „Das Götische Volksblatt“, wird in nur 500 Exemplaren gelesen, und auch die Organisation fehlt an den kleineren Orten so gut wie gänzlich. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 954,44 M. (für den Wahlfonds 445,20 M.) und eine Ausgabe von 231,40 M. Die Hauptaufgabe der Konferenz bestand darin, für die Zukunft eine erfolgreichere Arbeit im Kreise zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke soll ein dem Parteiorganisationsrat entsprechendes neues Landesstatut geschaffen und an die Gründung von örtlichen Organisationen gegangen werden. Schon in den letzten Monaten machte sich eine lebhaftere Bewegung im Kreise bemerkbar, so daß auf eine befriedigende Folge der gefassten Konferenzbeschlüsse zu hoffen ist. — Der Parteitag in Mannheim kann in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Mittel mit einem eigenen Delegierten nicht besichtigt werden, doch wurde beschlossen, zur Deckung der Kosten 15 stütziger Parteitage-Delegationen einen vierteljährlichen Extrabeitrag von jedem Mitgliede zu erheben. — Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Romantierung des Reichstagskandidaten. Der alte Kandidat, Genosse Krüger-Halle, mußte leider aus Gründen, die in seinem Beschäftigungswechsel zu suchen sind, die Kandidatur aufgeben. An seiner Stelle wählte die Landeskonferenz einstimmig den Genossen Fritz Jentsch, Redakteur des Verbandsoziums der Porzellanarbeiter in Charlottenburg, zum Reichstagskandidaten.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die „Gleichheit vor dem Gesetze“. Am 11. und 12. August hielten die Gewerkschaften in Hannover ihr Gewerkschaftsfest ab. Um dieses Fest zu einem imposanten zu gestalten, beschloß der Vorstand des Gewerkschaftsartells, einen Festzug zu veranstalten. Derartige Arrangements unterliegen in Preußen bekanntlich der polizeilichen Genehmigung, und in diesen Angelegenheiten ist die Polizei in Hannover, was bürgerliche Vereine anlangt, stets äußerst konstant gewesen. Das Kartell machte sich daher am 20. Juli mit folgendem Schreiben an den Polizeipräsidenten:

Unterzeichnete ersucht hierdurch das königliche Polizeipräsidium der Haupt- und Residenzstadt Hannover um Genehmigung eines Festzuges der Gewerkschaften zu dem am Sonntag, den 12. August 1906, im Schloßgarten in Herrenhausen stattfindenden Gewerkschaftsfeste.

Der Festzug sollte seine Aufstellung in der Straße „Am Marktplatz“ nehmen und sich am 12. August nachmittags um 2 Uhr in Bewegung setzen, durch die Goethestraße, Rinsstraße, Lange-straße, über den Königswörtherplatz, Rindbergerstraße und Herrenhäuserstraße marschieren, um im Schloßgarten sein Endziel zu erreichen.

Indem wir die Bereitwilligkeit des königlichen Polizeipräsidiums bei Genehmigung von Umzügen der Studentenvereinigungen, Schützengilde und anderen Korporationen mit Genehmigung begrützt haben, glauben auch wir, einer Genehmigung unseres Gesuches entgegensehen zu können.

Rich. Schmidt, Gewerkschaftssekretär.  
Hannover, Rinsstraße 6.

Statt einer Genehmigung des Festzuges lief am 24. Juli ein Verbot des Polizeipräsidenten ein, das so lautet:

Ihren Gesuche vom 20. d. M. um Genehmigung eines Festzuges der hiesigen Gewerkschaften nach dem Schloßgarten in Herrenhausen am 12. August d. J. aus Anlaß des dortselbst stattfindenden Gewerkschaftsfestes kann im ordnungspolizeilichen Interesse nicht entsprochen werden.

In Vertretung: Meier, Regierungsrat.  
Verwundert, daß die geheimnisvollen „ordnungs- und polizeilichen Interessen“ bei den quaderbreitenden Fadeljügen der Studenten, den staubaufwirbelnden Automobilen und sonstigen Korkfahrten nie in Betracht kommen. Sobald aber Arbeiter einmal Gleichheit vor dem Gesetze verlangen, tauchen plötzlich die berühmten „ordnungs- und polizeilichen Interessen“ auf und erzwängen jene „Gleichheit“. Das ist in Preußen „Recht“.

## Gerichts-Zeitung.

„Ein Rindvieh, ein saubummes“.

In Nürnberg wurde die Privatiersfrau Christine Meier am 21. Mai d. J. vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe event. fünf Tagen Gefängnis wegen Verleumdung eines Richters verurteilt. Sie hatte das Verbrechen begangen, ärgerlich über den Verlust eines Prozesses, im häuslichen Kreise bezüglich des sühnleitenden Amtsrichters gesagt zu haben: „Ein Rindvieh, ein saubummes, ist es von einem Amtsrichter“. Sowohl die Verurteilte als auch der Amtsanwalt legten Berufung ein. Die Strafkammer, vor welcher am Freitag ein früheres Dienstmädchen der Meier die Berufung gehört zu haben beschwor, verwies die Berufung der Meier, gab jener des Amtsanwalts statt und verurteilte die Beklagte, unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils zu 200 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. — Es ist ein starkes Stück, wenn aus derlei vertraulich im Familienkreise gemachten Äußerungen die Absicht zu belügen oder das Bewußtsein der Ehrenkränkung konstruiert wird. — Soweit der Verdict erkennen läßt, scheint in der Äußerung wenigstens lediglich eine formale Verleumdung, nicht auch die Behauptung einer nicht erweislich wahren Tatsache entdeckt zu sein. Der Gesetzgeber, wenn er gewillt habe, daß derartige Prozesse angestellt werden und dem niedrigsten Demanziantentum Vorschub geleistet werde, müßte ein „saubummes Rindvieh“ gewesen sein. In der Tat hat er wohl nimmer angenommen, daß ein Richter und ein Gericht derlei vertrauliches Gerede als Verleumdung jemals auffassen könnten.

## Zweierlei Recht?

In Düsseldorf hatte ein Baumunternehmer 150 M. Kassenbeiträge, die er den Arbeitern am Lohne abgezogen, nicht an die Ortskrankenkasse abgeliefert. Da Pfändungen fruchtlos ausfielen, wurde die Anzeige wegen Unterschlagung erstattet. Die Strafkammer in Düsseldorf verurteilte den Baumunternehmer wegen Unterschlagung zu 20 M. Geldstrafe. Ihm ist also eine Prämie von 130 M. für Unterschlagung zugesprochen.

Am nämlichen Vormittag und vor der nämlichen Strafkammer hatte sich ein Dienstmädchen wegen Betruges zu verantworten. Das Mädchen hatte auf drei Stellen je 3 M. Mietgeld in Empfang genommen, war aber nicht eingetreten. Auf 4 Monate Gefängnis lautete das Urteil.

Da bestreite man noch, daß die Gerechtigkeit blind ist. Wunderlich, daß sie in ihrer Blindheit Prämien für wirkliche Betrüger, außerordentlich hohe Strafen gegen arme Leute auswirft.

**Verein der Zehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung.** (Abteilung V.) Mittwoch, den 1. August, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Paul Schmutz, Barnimstr. 2: Abteilungsversammlung. Erscheinen aller Kollegen notwendig! Gäste willkommen.

**Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin.** Mittwoch, den 1. August, ¼ 9 Uhr abends, im Englischen Garten, Alexanderstraße 76: Versammlung. 1. Die Bekämpfung des Alkoholismus durch Staat und Gemeinde. Referent: Genosse S. Kagenstein. 2. Diskussion. 3. Gruppenangelegenheiten. Gäste willkommen.

## Vermischtes.

Die Bevölkerung Brasiliens zu zählen muß ein schwieriges Stück Arbeit sein, denn erst im vorigen Monat wurden die Resultate der Volkszählung vom 31. Dezember 1900 bekanntgegeben. In den 21 Staaten wurden insgesamt 17 371 000 Einwohner gezählt. Diese Zahl wird amtlich sogar als ungenau bezeichnet, weil fast aus allen Staaten unvollständige Zähllisten eingingen. Als am stärksten bevölkert steht Minas Geraes mit 3 694 471 Einwohnern an der Spitze. Dann folgt Sao Paulo mit 2 270 608 und Bahia mit 2 117 950 Köpfen. Ueber eine Million zählen Rio Grand do Sul und Pernambuco, alle anderen haben weniger als eine Million. Rio de Janeiro wird mit 926 035 Einwohnern aufgeführt.

**Internationale Ballonfahrt.** Am Donnerstag, den 2. August, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Trachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphische Nachricht sendet.

**Angelen (New Jersey), 30. Juli.** Die Schaluppe „Nora“, mit 82 Personen aus Philadelphia an Bord, die einen Ausflug hierher gemacht hatten, um zu fischen, schlug bei der Rückfahrt infolge eines heftigen Windstoßes um; 8 Mann ertranken.

## Bergunfälle.

Bern, 20. Juli. Aus den Alpen werden mehrere Bergunfälle gemeldet, bei denen 3 Menschen das Leben eingebüßt haben. In den Bernischen Noralpen stürzte beim Edelweissuchen am Baitreierstift im hinteren Südtale ein 21jähriger Arbeiter aus Spiez über eine 60 Meter hohe Felswand und wurde vollständig zerschmettert. Auch das zweite Unglück ereignete sich beim Edelweissuchen; am Bürglen in der Stadhornette stürzte ein junger Landarbeiter aus Baiterwil ab und fand den Tod. Das dritte Bergunglück wird aus Andermat gemeldet; ein Felsblock der Festungsstruppen am Sankt Gotthard wollte mit 3 Kameraden ohne Führer vom Galenstod nach Tiefenbach im Urferental absteigen und kam durch Absturz über eine 800 Meter hohe Felswand auf den Siedelenglescher um.

## Grubenexplosion.

Manchester, 29. Juli. Eine furchtbare Explosion erfolgte gestern in der Grube von Shalford. 15 Grubenarbeiter wurden verschüttet. Es ist bisher nur gelungen, einen zu retten. Die übrigen werden wahrscheinlich schon erstickt sein. Kurz vor der Explosion wurde ein starker Erdstoß verspürt und man nimmt an, daß die Explosion darauf zurückzuführen ist.

Frankfurt a. M., 30. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Unweit Boughkeepsie (Staat New York) erfolgte ein Erdbeben, wodurch ein Schmelzwerk der Zentralbahn nach der Pazifikküste entgleiste. Die Lokomotive und der Gepäckwagen stürzten in den Hudsonfluß. Drei Personen sind tot, ungefähr 100 verletzt.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der Rübischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-74 pr. 100 Pfd., IIa 64-69, IIIa 58-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100-110, Ia 82-88, IIa 72-80, IIIa 60-70. Hammelfleisch Ia 79-84, IIa 69-77, Schweinefleisch 65-71, Reichsde Ia per Pfd. 0,57-0,70, IIa 0,30-0,50, Rindfleisch Ia mit Wurstfleisch per Pfd. 0,68, IIa 0,00. Damwid 0,65, Wildschweine per Pfd. 0,30. Fleischlinge per Pfd. 0,50. Raminchen per Stück 0,20-0,70. Wildenten Ia per Stück 1,00-1,10, IIa 0,60. Kridenten p. Stück 0,60. Betsaffinen 0,00. Föhner, alle, per Stück 1,70-2,20, alte IIa 1,35-1,40, junge, per Stück 0,60-0,90. Lauben, junge, pr. Stück 0,40, alte 0,00-0,00. Enten, junge Ia p. Stück 1,70-2,25, alte per Stück 0,00. Damburger, junge, per Stück 2,80. Gänse, Ia, per Pfd. 0,62-0,64, IIa 0,57-0,60, Ia, per Stück 3,00 bis 4,00. IIa 2,80-2,90. Boulets p. Stück 1,30-1,75, do. klein 0,60-0,80. Gähle per 100 Pfd. 94-111. Rander 0,00. Schale 105-109. Weite 55. Kalle, groß 120, mittel 110, klein 0,00, unfortiert 84-106. Wöhren 0,00. Karpfen 0,00. Barse, kleine 71. Karauschen 86-87. Bunte Fische 58. Rmerit. Rads I neuer p. 50 kg 110-130. do. II neuer 90-100, do. III neuer 60-75. Seelachs 15-20. Rindern, pomm. I, per Schof 9,00, do. pomm. II 2-4. Rindern, Kieler, Störge Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-3, do. klein per Riste 0,00. Bücklinge, per Ball Kieler 3-6,00, Straßburger 5-6. Kalle, groß pro Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe per Schof 4-5. Schellfische Riste 2-4, do. 1/2, Riste 1,50-2,50. Kaviar, geräuchert, 50 kg 15,00. Sardellen, 1902er, per Anker 86,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, largo 40-44, full. 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Rastler, per 1/2, Ia 60-120, Dummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schof, große 20,50, mittel 13,50, kleine 3,00-5,00, unfortiert 6,00-6,50. Gähler, mittel 0,00. Eier, Land, p. Schof 3,20-3,50. Butter per 100 Pfd., Ia 114-116, IIa 110-113, IIIa 105-108, abfallende 95-100. Saure Gurken, neue, Schof 4,00. Pfeffergurken 4,50. Kartoffeln per 100 Pfd., neue runde 2,25-2,50, neue blaue 2,75-3,00, Rosen 1,90-2,00, neue Herbst 2,25-2,50. Spinat, p. 100 Pfd. 12-15. Karotten p. Schof 2,50-3,00. Sellerie, hiesige, p. Schof 1,25-2,00. Zwiebeln 50 kg 4-4,50, Petersilie, grün, Schof 1,00. Kohlrabi, p. Schof 0,75-1,00. Rettig, bahr., p. Schof 2,40 bis 4,80. Radieschen, p. Schof 0,60-0,70. Salat, p. Schof 1,50-2,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 2-8. Wachsbohnen 2-4. Ruffbohnen 3-5. Schoten hiesige, per 100 Pfd. 5-10. Pfefferlinge per 100 Pfd. 18-23. Roberüben per Schof 2,50-3,00. Blumenkohl per Mandel 1,00-2,20. Stängelkohl per Mandel 1,00-1,50. Rotkohl p. Mandel 2-2,50. Weißkohl p. Mandel 1,50 bis 2,50. Steinpilze p. 100 Pfd. 25-30. Gurken, Herbst, Schof 1,05-1,50, do. Einlege, Schof 2,00-2,50. do. Rotenbrut 3-4. Kohlrüben, Mandel 1,00-1,25. Johannisbeeren, hiesige, weiße, per 100 Pfd. 7-9, do. rote 7,00-11,00. Birnen, italienische per 100 Pfd. 14-35, schlesische 5-20, Äpfel 23-27, Weindörnen 13-15, böhmische 10-12. Äpfel, ungar. per 100 Pfd. 14-16, italienische 12-15, hiesige 8-16. Stachelbeeren, per 100 Pfd. 8-13. Preiselbeeren 12-20. Stacheln, per 100 Pfd. Ratten, Berderische 15-25. Berderische Glas 15-17. Ratten 18-30, do. lauzer 12-17. Schlegel 8-20, Kruppen 15-20. Himbeeren, Berderische per 100 Pfd. 22-35. Blaubeeren per 100 Pfd. 9-11. Pfäumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 25-30, ital. lange gelbe per 100 Pfd. 15-22, ital. runde per 100 Pfd. 15-22, ungarische 12-20, hiesige 8-15. Äpfeln, Neßma 300 Stück 13,00-20,00, 360 Stück 10,00-14,00, 200 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, klein 7,00.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.  
**Mag. G. 100.** Sie können ein dahin gerichtetes Gesuch an die Versicherungsanstalt richten. Diese ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, ein Zahlungsbillig zwecks Verhütung von Krankheitskosten zu leisten. — **J. G. 100.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — **Z. 40.** 1. Die Möglichkeit liegt vor, ist aber

gering. 2. Ja. 3. Nein. — **Montag-Dienstag.** Sie sind genau so frankenfassenpflichtig, wie ein Richtempfinger von Invalidenrente. — **W. M.** Die von Ihnen genannte Krankensicherungskasse ist das, was man gemeinhin eine Schwindkasse nennt. — **G. G. 48 R.** 1. Nein, indes ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen. 2. Die Möglichkeit einer Bestrafung ist auch in diesem Falle nicht ausgeschlossen. 3. Zur Bestrafung fremder Geschäfte sind Sie nicht berechtigt. — **Wer hat Recht?** 1. Ihre Rente befindet sich im Recht. 2. Nein. 3. Die Mahnung verpflichtet Sie zur pünktlichen Zahlung. — **G. G.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **G. H. 22.** 1. und 2. Nein. 3. Es gibt keine bestimmte Tage. Der auferlegte Vater hat für den vollen Unterhalt zu sorgen, der Richter angemessene Sätze hierfür festzusetzen. — **Z. 29.** Von der letzten Kasse im Jahre 1895 sind die Strafen bis zu 6 Wochen betroffen worden. — **G. Z. 35.** 1. Ja. 2. Nein. Es kann aber das Gericht annehmen, daß zunächst nur auf Herstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden kann. — **W. P. 1000.** Es genügt, daß einem Nachbar der Schlüssel übergeben und dem Wert davon Mitteilung gemacht wird. — **R. W. 9.** Es muß das Patent beschrieben, ein bestimmter Patentanspruch erhoben und Zeichnungen beigefügt werden. Sie erhalten direkt im Patentamt Auskunft. — **Erblindet.** Diejenige Genossenschaft ist halbpflichtig, zu der der Betrieb gehört, in dem der Erblindete beschäftigt war. Wird eine falsche Berufsangehörigkeit in Anspruch genommen, so würde das lediglich Verzögerung veranlassen. Da in Ihrem Fall der Sachverhalt selbst (besonders für wen beim Unfall gearbeitet ist) nicht angegeben ist, ist eine genaue Antwort unmöglich. — **G. Z. 33.** 1. Der kinderlose Ehegatte erbt, wenn kein Testament vorliegt, die Hälfte des Nachlasses. Er erhält aber im Voraus die Hochzeitsgeschenke und die Gegenstände, welche zum gemeinschaftlichen Haushalt gehören. 2. Ein eigenhändig und formgerecht ge- und unterschriebenes Testament ist gültig, ohne daß es der Uebergabe an ein Gericht bedürfte. — **200.** 1. Ja. 2. Neinliches. 3. Fahrpreise, Fahrpläne usw. ersehen Sie aus dem Kursbuch, auch wird Ihnen auf den amtlichen Auskunftstellen der Eisenbahn (Bahnhof Alexanderplatz, Friedrichstraße, Schlesischer Bahnhof, Potsdamer Bahn) Auskunft erteilt. — **H. P. 60.** 1. Ja. 2. In der Regel nicht. — **Martha 65.** A. R. Nein. — **R. P. 39.** 1. Nein. 2. Sie müßten eventuell beim Gewerbeamt nicht ausgeübten Lohn eintragen. — **Giba.** Sie sind nicht mahlberechtigt. — **H. P. 32.** Nein. — **Richter 27.** Die sogenannte Luftarbeitsteuer ist eine Kommunalsteuer; ihre Höhe ist in den einzelnen Gemeinden verschieden. Wegen der Höhe wenden Sie sich an einen Gemeindevorsteher der betreffenden Gemeinde.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). Fernsprecher: Amt 4, 3578.

**Vertrauensmänner-Versammlung.**

Mittwoch, den 1. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Drehfler und Treppengeländerbranche.**

Osten: bei Neumann, Friedenstr. 67.  
 Südosten u. Südwesten: bei Stramm, Ritterstraße 123.  
 Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Beschlußes.  
 Alle Werkstätten müssen vertreten sein. Die in Holzereien beschäftigten Drehfler sowie jede Branche in Treppengeländerfabriken haben Delegierte zu entsenden.  
**Die Kommission.**

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unsere gute Mutter  
**Pauline Lang**  
 geb. Ullmann  
 nach langem schwerem Leiden am Sonntag den 27. Juli 1905 im Alter von 71 Jahren im Stillen nach langem Leiden meine liebe Frau  
**Emilie Kühne**  
 geb. Rasmann.  
 Die Beerdigung findet heute, Dienstagmorgen 28. Juli, um 10 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Demmannstraße, aus statt. 7107  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 28. Juli verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau  
**Emilie Kühne**  
 geb. Rasmann.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. August, nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes (Mariendorf) aus statt. Um stilles Beileid bitte!  
 Franz Kühne, Vater, nebst Kindern, Willibald Alexstr. 27.

**Spandau.**  
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe gute Frau,  
**Rosa Schwabe**  
 geb. Kurzwog,  
 im Alter von 29 Jahren nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 1. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in den Hirschen aus statt. Um stilles Beileid bitte!  
**Karl Schwabe,**  
 Restaurateur, Seegesäßelstr. 54.

Alle nicht vollständig schmerzlos  
**F. Ausfeld, Turnstr. 8.**  
 Zugelassen bei den Krankenkassen des Gewerkschaftsvereins.

Für die herzliche Teilnahme an der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres treuen Vaters, des Restaurateurs  
**Karl Knappe**  
 sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Genossen des 1. Bezirks, dem Verband der freien Galt- und Schantwirte, dem Deutschen Raucherbund und dem Reichsklub Deutsche Pfeife unseren herzlichsten Dank.  
 Witwe M. Knappe nebst Kindern.

**Dankagung.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters  
**Leopold Grothe**  
 sagen allen Beteiligten, insbesondere dem Bezirksverein des 5. Kreises, dem Verein Berliner Hausdiener, dem Handels- und Transportarbeiter-Verband, sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Gutenberg unseren innigsten Dank.  
 2811b  
 Die trauernde Witwe und Tochter.

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.  
 Liefer. f. Dris- u. Hilfs-Krankentassen  
**Berlin O., 16392\***  
**30. Finien-Straße 30.**  
 Alle Bruchbänder mit elastischen Voluten, angenehm u. weich am Körper

13291\*  
**Sofastoffe**  
 Riosenauswahl aller Qualitäten.  
 Volle Reste! Moquetts.  
 Plüsch. Satteltaschen.  
 Muster b. näh. Angabe franko.  
**Berlin, 158.**  
**Emil Lefevre, Oranienstr.**

— Telefon: — **Armin-Hallen** Kommandanten-  
 Amt I, 8935. **Straße 20.**  
 Große und kleine Feistsäße mit und ohne Theaterbühne auch Sonnabende und Sonntage in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereinszimmer.



# WARENHAUS

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag — Soweit der Vorrat reicht.

## Kinder-Confection

<p><b>Knaben-Stoff-Anzüge</b> dunkelblau und melierte Stoffe, hochgeschlossen und offene Blusenfaszons</p> <table style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td style="width: 50%;">für 2-5</td> <td style="width: 50%;">6-9 Jahre</td> </tr> <tr> <td>3<sup>50</sup></td> <td>4<sup>25</sup></td> </tr> </table> <p><b>Knaben-Hosen</b> dunkelblauer haltbarer Cheviot</p> <table style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td style="width: 25%;">8-5</td> <td style="width: 25%;">6-8</td> <td style="width: 25%;">9-11</td> <td style="width: 25%;">12-14 Jahre</td> </tr> <tr> <td>1<sup>10</sup></td> <td>1<sup>95</sup></td> <td>1<sup>75</sup></td> <td>1<sup>95</sup></td> </tr> </table>	für 2-5	6-9 Jahre	3 <sup>50</sup>	4 <sup>25</sup>	8-5	6-8	9-11	12-14 Jahre	1 <sup>10</sup>	1 <sup>95</sup>	1 <sup>75</sup>	1 <sup>95</sup>	<p><b>Capes</b> für Knaben u. Mädchen dunkelblauer Cheviot m. roter Kappe</p> <table style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>50</td> <td>55</td> <td>60</td> <td>65</td> <td>70</td> <td>75</td> <td>80</td> <td>85</td> <td>90</td> <td>95</td> <td>100 cm</td> </tr> <tr> <td>1<sup>95</sup></td> <td>2<sup>20</sup></td> <td>2<sup>55</sup></td> <td>2<sup>90</sup></td> <td>3<sup>25</sup></td> <td>3<sup>65</sup></td> <td>4<sup>00</sup></td> <td>4<sup>35</sup></td> <td>4<sup>70</sup></td> <td>5<sup>00</sup></td> <td>5<sup>40</sup></td> </tr> </table> <p><b>Knaben-Wasch-Anzüge</b> beste Qualitäten. Für 2-6 Jahre. Durchweg 2<sup>85</sup></p>	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100 cm	1 <sup>95</sup>	2 <sup>20</sup>	2 <sup>55</sup>	2 <sup>90</sup>	3 <sup>25</sup>	3 <sup>65</sup>	4 <sup>00</sup>	4 <sup>35</sup>	4 <sup>70</sup>	5 <sup>00</sup>	5 <sup>40</sup>
für 2-5	6-9 Jahre																																		
3 <sup>50</sup>	4 <sup>25</sup>																																		
8-5	6-8	9-11	12-14 Jahre																																
1 <sup>10</sup>	1 <sup>95</sup>	1 <sup>75</sup>	1 <sup>95</sup>																																
50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100 cm																									
1 <sup>95</sup>	2 <sup>20</sup>	2 <sup>55</sup>	2 <sup>90</sup>	3 <sup>25</sup>	3 <sup>65</sup>	4 <sup>00</sup>	4 <sup>35</sup>	4 <sup>70</sup>	5 <sup>00</sup>	5 <sup>40</sup>																									

Ein grosser Posten **hochelegante Mädchenkleider** 50-100 cm lang, hellfarbige und weisse Wollstoffe. Moderne Façons. **3<sup>50</sup> 5<sup>00</sup> 8<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> 15<sup>00</sup>**  
 Durch Dekoration gelitten früherer Wert bis 6,50 8,50 14,50 26,00 30,00

## Schuhwaren

Bewährte Fabrikate  
Garantie für Haltbarkeit

<p>8 Serien  <b>Pa. Chevreaux-Damenstiefel</b>          braun, beige, grau, schwarz,          spitze, runde, breite Formen, engl. oder hoher Absatz</p> <table style="width: 100%;"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>Goodyear-Welt</td> <td>Goodyear-Welt</td> <td>Goodyear-Welt</td> </tr> <tr> <td>9<sup>75</sup></td> <td>11<sup>75</sup></td> <td>13<sup>75</sup></td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	9 <sup>75</sup>	11 <sup>75</sup>	13 <sup>75</sup>	<p>8 Serien  <b>Kinderstiefel</b> breite Form</p> <table style="width: 100%;"> <tr> <td></td> <td>18/21</td> <td>21/24</td> <td>24/26</td> <td>27/30</td> <td>31/35</td> </tr> <tr> <td>Serie I weiss Glacé</td> <td>2<sup>60</sup></td> <td>3<sup>60</sup></td> <td>4<sup>20</sup></td> <td>5<sup>20</sup></td> <td>6<sup>20</sup></td> </tr> <tr> <td>Serie II braun Ziegenleder</td> <td>1<sup>85</sup></td> <td>2<sup>95</sup></td> <td>3<sup>60</sup></td> <td>4<sup>25</sup></td> <td>5<sup>10</sup></td> </tr> <tr> <td>Serie III Box-Calf 25/26</td> <td>4<sup>80</sup></td> <td>5<sup>25</sup></td> <td>6<sup>25</sup></td> <td colspan="2">für Knaben 28/30 8<sup>90</sup></td> </tr> </table>		18/21	21/24	24/26	27/30	31/35	Serie I weiss Glacé	2 <sup>60</sup>	3 <sup>60</sup>	4 <sup>20</sup>	5 <sup>20</sup>	6 <sup>20</sup>	Serie II braun Ziegenleder	1 <sup>85</sup>	2 <sup>95</sup>	3 <sup>60</sup>	4 <sup>25</sup>	5 <sup>10</sup>	Serie III Box-Calf 25/26	4 <sup>80</sup>	5 <sup>25</sup>	6 <sup>25</sup>	für Knaben 28/30 8 <sup>90</sup>		<p>8 Serien  <b>Pa. Chevreaux-Herrenstiefel</b>          braun u. schwarz, spitze, runde u. breite Form          Zug-, Schnür-, Knopf- u. Schnallenstiefel</p> <table style="width: 100%;"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>Goodyear-Welt</td> <td>Goodyear-Welt</td> <td>Goodyear-Welt</td> </tr> <tr> <td>9<sup>90</sup></td> <td>12<sup>50</sup></td> <td>14<sup>75</sup></td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	9 <sup>90</sup>	12 <sup>50</sup>	14 <sup>75</sup>
Serie I	Serie II	Serie III																																										
Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt																																										
9 <sup>75</sup>	11 <sup>75</sup>	13 <sup>75</sup>																																										
	18/21	21/24	24/26	27/30	31/35																																							
Serie I weiss Glacé	2 <sup>60</sup>	3 <sup>60</sup>	4 <sup>20</sup>	5 <sup>20</sup>	6 <sup>20</sup>																																							
Serie II braun Ziegenleder	1 <sup>85</sup>	2 <sup>95</sup>	3 <sup>60</sup>	4 <sup>25</sup>	5 <sup>10</sup>																																							
Serie III Box-Calf 25/26	4 <sup>80</sup>	5 <sup>25</sup>	6 <sup>25</sup>	für Knaben 28/30 8 <sup>90</sup>																																								
Serie I	Serie II	Serie III																																										
Goodyear-Welt	Goodyear-Welt	Goodyear-Welt																																										
9 <sup>90</sup>	12 <sup>50</sup>	14 <sup>75</sup>																																										

## Extra-Verkauf im Lichthof.

ca. **2000 Stück Waschstoffe** Restbestände bester Fabrikate.  
 Organdy, Leinen, Baumwolle-Mousseline, Zephyr, Batist-Chemise, engl. u. franz. Fantasiestoffe.  
**Weit unter Fabrikationswert.**

Serie I Mtr. <b>25</b> Pf.	Serie II Mtr. <b>35</b> Pf.	Serie III Mtr. <b>45</b> Pf.	Serie IV Mtr. <b>60</b> Pf.
----------------------------	-----------------------------	------------------------------	-----------------------------

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.





Unfallstation 17 gebracht. Außerst schwer verletzt war die Marie D., welche benümmungslos davongetragen wurde. Sie mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Der Bankbeamte Georg Drewin behauptet, daß ihm sein Reise- und Kersten die Tausendmarktscheine in Ewinemünde gestohlen habe. Dem Dienstmann, der in der Friedrichstraße den Tausendmarktschein zum Wechseln erhielt, wurde Drewin gegenübergestellt. Die Kriminalpolizei ließ den Dienstmann in ein Zimmer treten, in dem eine Gruppe junger Männer, darunter Drewin, verammelt war. Der Dienstmann bezeichnete diesen sofort als seinen Auftraggeber, wurde aber später unsicher.

Bei der Generalversammlung am 29. Juli sind gefunden worden: 1 Paar Manschetten mit Knöpfen, 1 Stoch, 1 Eintrittskarte zum Stiftungsfest des Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Ziegel. Die Gegenstände können im Verbandsbureau Lindenstr. 89, 8. Hof 3 Treppen links, vormittags zwischen 9—1 Uhr, nachmittags zwischen 4—8 Uhr in Empfang genommen werden.

**Feuerbericht.** In der Komischen Oper in der Friedrichstraße 100 schornte am Sonntagabend während der Vorstellung ein Kabelschuh und ein Teil der Isolierung des Kabels, wodurch Brandgeruch entstand. Die anwesende Feuerwehr beseitigte die Gefahr sofort. Das Publikum blieb ruhig. In der letzten Nacht um 3 Uhr hatte die 2. Kompanie längere Zeit auf dem Ostbahnhof zu tun, wo Kohlen brannten und die Feuerwehr tüchtig Wasser geben mußte, um die Flammen zu löschen; ferner hatte die Feuerwehr zweimal auf dem Moabit und Nordbahnhof Kohlen abzulösen. In der Uferdammstraße 9 mußte der 3. Zug kräftig Wasser geben, um einen Brand zu löschen, der im Keller des Postamtes 81 ausgekommen war und an Papier schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Es gelang schließlich, den Brand auf den Keller zu beschränken. Nachts um 11 Uhr kam ein größerer Brand in einem Stallgebäude in der Pappelallee 5a zum Ausbruch, der, von Futtermitteln genährt, schnell um sich griff. Es gelang indes, die Kühe und Pferde in Sicherheit zu bringen und die Flammen auf den Futterboden, den Stall und das Dach zu beschränken. Montag früh um 5 Uhr mußte ein Kellerbrand in der Revalerstraße 10 gelöscht werden, der durch Selbstentzündung von Kohlen entstanden war. In der Alexandrinenstraße 110/120 hatte die Wehr mit Löschung eines Brandes zu tun, der in einer Färberei ausgekommen war. Betten und Möbel wurden in der Lottumstraße 21 und an anderen Stellen ein Raub der Flammen. Weitere Alarmer liefen aus der Straßburgerstraße 57, Lühowstraße 5, Görlitzerstraße 23 usw. ein.

## Vorort-Nachrichten.

**Konzeptionssteuern für den Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb.** Auf dem Nieder-Barnimer Kreistage, welcher am 14. August tagt, steht unter anderen Gegenständen zur Beratung der Erlaß einer Ordnung für die Erhebung einer Kreissteuer von der Erlangung der Erlaubnis zum händlichen Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus. Bei der Zusammenfassung des Kreistages steht außer allem Zweifel, daß unseres Wissens hier zum erstenmal in Preußen die Konzeptionssteuer angenommen wird und die davon betroffenen Gastwirte mit einer zwar einmütigen aber schwer treffenden neuen Steuer belastet werden. Zur Erhebung sollen 10 Proz. des Kauf- oder Mietpreises kommen und zwar dergestalt, daß bei Neueinrichtung eines Betriebes der Mietpreis der Gast- und Schankräume zugrunde gelegt wird, so daß bei einer Jahresmiete von 3000 M. 300 M. Konzeptionssteuer erhoben werden. Bei Verläufen wird die Verkaufssumme zugrunde gelegt, ebenso bei Pachtverträgen der Abschätzungswert.

Sehen wir ab von den Reichsteuern auf Bier und Branntwein, so sind die Gastwirte außer der Einkommen- und Gewerbesteuer im Nieder-Barnimer Kreise mit der Betriebssteuer und dem Betriebssteuerzuschlag belastet; dazu kommt noch die kommunale Erhebung der Biersteuer und die Lustbarkeitssteuer.

Die Betriebssteuer, welche auf Grund des Kommunalabgabengesetzes in den Landkreisen an die Kreisassen abgeführt werden muß, bringt dem Nieder-Barnimer Kreise bei 2701 Schankbetrieben für das laufende Geschäftsjahr 43 000 M.

Da im laufenden Geschäftsjahr dem Bezirksausschuß des Kreises 1711 Konzeptionsgesuche vorlagen, von denen allerdings nur 404 genehmigt wurden, so kann man ermaßen, wie verlockend die Erhebung einer Konzeptionssteuer für die Kreisverwaltung ist. Im übrigen ist der erst seit September vorigen Jahres im Amte befindliche Landrat von Ködern sehr rührig für Erleichterung neuer Steuerquellen. Außer der vorstehenden neuen Konzeptionssteuer wird die vor kurzem beschlossene Kreis-Umsatzsteuer dem Kreise 186 775 M. einbringen.

### Rixdorf.

**Gasvergiftungen.** Bei einem fiesamen Unglücksfall sind mehrere Arbeiter zu Schaden gekommen. Auf dem Grundstück der städtischen Gasanstalt in der Teupitzerstraße in Rixdorf waren sie mit dem Ausfahren von verbrauchter Reinigungsmasse aus dem ausgeschalteten Reiniger I beschäftigt. Aus den Absperrungsvorrichtungen des Behälters drangen mit einmal Gasmassen heraus, wodurch die Arbeiter alle betäubt wurden und zusammenbrachen. Glücklicherweise war die Katastrophe bemerkt worden, so daß den Gefährdeten schnelle Hilfe zuteil werden konnte. Ein hinzugerufener Arzt konstatierte bei den Verunglückten Gasvergiftungen und ließ sie, nachdem er ihnen die erste Hilfe geleistet, in ihre Wohnungen bringen.

Die Abteilung Rixdorf-Brick der freien Jugendorganisation hält am Mittwoch, den 1. August cr., abends 8 Uhr, bei Wille, Hermannstraße 213, eine Versammlung ab. Wir bitten die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, ihre Söhne und Töchter im Alter von 14 bis 18 Jahren auf diese Versammlung hinzuweisen.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der neugewählte Genosse Julius Radek in sein Amt eingeführt. Ein arger Mißstand zeigt sich wiederum in den Volksschulverhältnissen. Während für die höhere Knabenschule, deren Schülerzahl jetzt 80 beträgt, in Kürze eine eigene Schule mit Direktorwohnung errichtet werden soll, ist man für die Volksschule bereit, zu den schon vorhandenen noch weitere Klassenräume zu schaffen, und zwar trifft dies für den alten Ortsteil zu. Die Alt-Weißenseer Gemeindevertretung hat schon vor Jahren ein Grundstück für Schulzwecke erworben, und trotzdem dieser Ortsteil in der besten Entwicklung steht, denkt man an den Neubau einer Volksschule nicht; man will sich mit weiteren Klassenräumen behelfen und einen Vertrag bis zum 1. April 1911 abschließen. Dem Tiefbauamt mußten wiederum einige Beamtenstellen bewilligt werden, und zwar ein Geometer- und ein Verwaltungsbeamter, ferner die dazu notwendigen Bureaus und Nebenutensilien. Bei dieser Gelegenheit verlangten die Alt-Weißenseer Vertreter nunmehr energische Inangriffnahme der Kanalisation im alten Ortsteil. — Zur Arrondierung der zu Rieselzwecken angekauften Ländereien in Birkhof wurde beschlossen, weitere 105 Morgen zum Preise von 63 000 M. zu erwerben.

### Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde den städtischen Angestellten die Fürsorge der bürgerlichen Vertreter deutlich veranschaulicht, indem sie den Pensionsanspruch des Nachwächters Höppler, welcher für ein Jahresgehalt von 550 Mark über 20 Jahre in städtischen Diensten gestanden und nun infolge seines Alters seinen Abschied genommen, ablehnten. — Das Gesuch der Ortskrankenkasse, die Wiedereinführung der freien Arztwahl für die im städtischen Krankenhaus befindlichen Kranken der Ortskasse betreffend, wurde abgelehnt. Sodann wurde die Verkaufslinie der Waddorferstraße in einer Breite von 20 Metern und die der Schönower Chaussee in einer Breite von 18 Metern genehmigt. Die Versammlung erklärte sich der hohen Kosten wegen gegen die Abhaltung des Brandenburgischen Städtetages in Bernau, denn die verschiedenen Festessen, Ausflüge und Empfänge hätten die mit einem künftigen Etat rechnenden Stadt die Kleinigkeit von 2000 bis 3000 Mark gekostet.

### Röpenitz.

Zu einer unliebsamen Auseinandersetzung zwischen Bauarbeitern und Polizeibeamten kam es in der Sonntagsnacht in Röpenitz, woselbst der Malermeister Jademad aus Friedrichshagen in der Bahnhofstraße einen Neubau errichten läßt. Der Bau war polizeilich inibiert worden, weil J. die bebauungsfähige Fläche überschritten hatte. Er ersuchte bei dem Bezirksausschuß um Dispens, dessen Erteilung bisher noch nicht stattgefunden hat, der Unternehmer ließ jedoch heimlich an dem Bau weiter arbeiten. Dies wurde in der Sonntagsnacht von einem städtischen Nachwächter beobachtet, der hiervon die Polizei benachrichtigte. Als nun Beamte erschienen, um die Weiterarbeit zu inhibieren, wurden von dem Bau Steine herabgeworfen und Wasser heruntergegoßen. Die Beamten betraten das Grundstück, es war jedoch unmöglich, weiter zu gelangen, denn die Arbeiter hatten die nach dem zweiten Stodwerk führenden Leitern in die Höhe gezogen. Der Bau wurde nun belagert, bis es Tag wurde, und da stellte es sich heraus, daß die Mauer, vermutlich über das Dach des niedriger gelegenen Nebenhauses hinweg, entkommen waren.

Die Genossen Fritz Boie und Bernhard Riefke haben ihr Amt als Gewerbegerichtsbeisitzer niedergelegt, da dieselben dem Gesetz entsprechend als Arbeitnehmer gelten. Eine Neuwahl ist nicht erforderlich, da die gewählten Ersatzmänner an deren Stelle treten.

### Wilhelmsruh.

In einer stark besuchten von allen Vereinen einberufenen öffentlichen Versammlung wurde am Freitag nochmals über das Vorgehen der Gemeindevorsteher-Majorität bezüglich des Rathaus- und Schulhausbaues verhandelt. Nach längerer lebhafter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute in Wilhelmsruh tagende, überaus zahlreich besuchte Versammlung spricht ihre Enttäuschung über die Handlungsweise der Majorität der Gemeindevorsteher gegenüber der Minorität aus, der es durch Schlußanträge unmöglich gemacht wurde, ihre Ansichten über den Rathausbau auszusprechen. Die Versammlung erklärt ferner die nur von der Majorität der Gemeindevorsteher unterzeichneten Berichte an die Berliner Zeitungen als falsch und nur geschrieben, um die öffentliche Meinung von den skandalösen hiesigen Schulverhältnissen abzulenken. Derselbe Majorität der Gemeindevorsteher ist es, welche stets nur für die Vornahme eines nicht genügenden Anbaues an das alte Rosenhäger Schulhaus wirkt, wodurch auf Jahre hinaus der so nötige Bau einer Schule in Wilhelmsruh unmöglich werden soll. Die Versammlung verlangt mit aller Entschiedenheit für Wilhelmsruh eine eigene vollstellige Schule, wie sie einem Orte unmittelbar vor den Toren Berlins zukommt. Die Versammelten erklären den beabsichtigten Rathausbau für die 5000 Einwohner zählende Gemeinde als einen unnötigen Luxus, welcher der Gemeinde große Ausgaben verursacht, wodurch die wichtigen Aufgaben besonders auf dem Gebiete der Schule beeinträchtigt, vielleicht unausführbar gemacht werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Der „Zübdenische Postillon“ Nr. 16 ist soeben erschienen. Würdig schließt sich diese Nummer in Wort und Bild den früheren an. Die drei Vollbilder: Ein bitterer Trank oder Der sommerliche Liberalismus; zum Heilichschindlbaum; die Reichen in der Sommerfrische wirken illustrativ großartig. Eine weitere Anzahl kleinerer Illustrationen bereichert diese Nummer. Textlich steht das Gedicht Wühlungen anarchistischer Art an der Spitze. Dem folgen Eitlicher Lurnunterricht, Was in der Welt vorgeht, Mann'heim (zur Abreibung des Partellolals), Regensburger Staatsrechnung, Alena-Verlohn (es ist nicht schwarz in Trumpf), Harra, Rürnberg (ein Gedicht in süßlicher Mundart, auf die Gründung einer Polizeid-Organisation), Der Zeitungserkäufer als Zensor sowie eine Menge kleinerer Beiträge von unseren besten Mitarbeitern. Die Nummer ist in jeder Parteiluchhandlung sowie bei den Kolporturen um den Preis von 10 Pf. zu haben.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. Juli 1906. Trocken und vorwiegend heiter bei schwachen nordöstlichen Winden und wenig veränderter Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Am **Mittwoch** den **1. August** morgens **9 Uhr** **eröffnen wir**

unter neuestes und größtes **Spezial-Haus für einfache u. vornehme Einrichtungen.**

**M. Luckhardt Nchf.**  
BERLIN C.  
**Spandauerstraße 36-39**  
vis-à-vis dem Rathaus.

Nur 1 Minute vom Molkenmarkt.

<b>Wir</b> haben circa <b>100</b> kompl. Küchen Ess-   Zim- Wohn- Schlaf- u. Salons ausgestattet!	<b>Wir</b> führen Einrichtungen von <b>300 bis 20 000</b> Mark!	<b>Wir</b> verkaufen nur gegen Cassa, gewähren auf Wunsch aber auch <b>sehr bequeme Teilzahlung!</b>	<b>Wir</b> haben eigene <b>Polster-Werkstätte</b> und Ateliers für <b>innen- Dekoration.</b>	<b>Wir</b> übernehmen jede gewünschte <b>Garantie</b> für streng reelle <b>Bedienung.</b>
--	--	---	---	--

**Etwas Neues! Was es in Berlin noch garnicht gibt**  
Ist das **jedes** Vertrauen rechtfertigende System, auf welchem unser Unternehmen aufgebaut ist! Bei uns ist **jeder Gegenstand, jedes Zimmer, jede Einrichtung** mit festem Cassa- und auch festem Teilzahlungspreis ausgezeichnet. Jede Uebervorteilung also absolut ausgeschlossen.

Alles Weitere erfahren Sie bei einer Besichtigung, zu der wir Sie hiermit höflichst einladen.  
**Keine Kaufverpflichtung. — Keine Kaufverpflichtung.**



